

25X1A

NO. 51.61
1949

CLASSIFICATION

RESTRICTED

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

INFORMATION REPORT

REPORT NO. [REDACTED]

CD NO.

DATE DISTR. 29 August 1949

NO. OF PAGES [REDACTED]

NO. OF ENCLS.
(LISTED BELOW)

SUPPLEMENT TO
REPORT NO.

COUNTRY Germany

SUBJECT German Booklet on the Berlin Crisis

25X1A

PLACE
ACQUIRED [REDACTED]

25X1A
DATE OF INFO
ACQUIRED [REDACTED]

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE
OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT SO
U. S. C. 51 AND 32, AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION
OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PRO-
HIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED.

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION

25X1A
SOURCE

The attached booklet entitled "Die städtischen Körperschaften in der
Berliner Krise" is sent to you for retention in the belief that it
may be of interest.

SENT TO CIA LIB

25X1A

25X1A

CLASSIFICATION

RESTRICTED

25X1A

FREE



Die städtischen Körperschaften in der Berliner Krise

Tatsachen und Dokumente

ENCLOSURE

Herausgeber Magistrat von Groß-Berlin

FREE



Die städtischen Körperschaften in der Berliner Krise

Tatsachen und Dokumente

Herausgeber Magistrat von Groß-Berlin

VORWORT

Die Veröffentlichung dieser Dokumentensammlung soll nach dem Wunsche des Magistrats dazu beitragen, die Mit- und Nachwelt zuverlässig und vollständig über die unruhige und spannungsvolle Entwicklung der Berliner Krisis im Jahre 1948 zu unterrichten. Es liegt dem Magistrat am Herzen, die Verantwortung für die Geschehnisse und damit für die Not der Berliner Bevölkerung im Winter 1948/49 klar erkennen zu lassen. Wenn sich die städtischen Körperschaften geduldig und zäh bemüht haben, rechtzeitig den Gefahren vorzubeugen, die entstandenen Schwierigkeiten zu bekämpfen und eine geordnete, einheitliche Stadtverwaltung aufrecht zu erhalten, so soll darüber in der Öffentlichkeit keine Unkenntnis und keine Unklarheit bestehen.

Die Zusammenstellung bringt naturgemäß im Wesentlichen schon bekannte Tatsachen, Schriftstücke und Reden. Angesichts der besonderen Lage der Berliner Verwaltung vollzieht sich ihre Arbeit ständig in voller Öffentlichkeit. Die seltenen vertraulichen Verhandlungen kommen selbstverständlich einstweilen noch nicht für eine Bekanntgabe in Betracht. Im übrigen haben nur diejenigen Ereignisse, Reden und Erklärungen Aufnahme gefunden, die sich auf die städtischen Körperschaften und ihre einzelnen Vertreter beziehen, während die Maßnahmen und Äußerungen der Besatzungsmächte selbst aus naheliegenden Gründen nur insofern Berücksichtigung erfahren, als dies für das Verständnis des Zusammenhanges unentbehrlich ist.

Die Zusammenstellung und Überarbeitung des Materials ist von dem Direktor des Stadtarchivs, Herrn Dr. Ernst Kaeb er, unter Mitwirkung von Fräulein Elisabeth Klein m a n n vorgenommen worden. Die Arbeit schließt mit dem 5. Dezember 1948 ab.

Berlin, den 15. März 1949.

Dr. Friedensburg
Bürgermeister

Die städtischen Körperschaften in der Berliner Krise Tatsachen und Dokumente

1. Berlin als Viermächtestadt

Die Berliner Krisis von 1948 beruht auf den Auswirkungen der Stellung Berlins als einer von den vier großen Siegermächten gemeinsam besetzten Stadt. Im November 1944 hatten die Verhandlungen des Europäischen Konsultativ-Komitees in London zu einem Abkommen über die Einsetzung des Kontrollrates als obersten alliierten Verwaltungsorgans für Deutschland geführt, das eine gemeinsame Kommandatura für die Verwaltung Berlins errichten sollte. Dem entsprechend wurde nach der Kapitulation Deutschlands über den Status von Berlin folgendes festgelegt:

„Feststellung seitens der Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik über das Kontrollverfahren in Deutschland.

...

7. Die Verwaltung des Gebietes von Groß-Berlin wird von einer Interalliierten Behörde geleitet, die unter Leitung des Kontrollrates arbeitet und aus vier Kommandanten besteht, deren jeder abwechselnd als Hauptkommandant fungiert. Sie werden von einem Stab von Sachbearbeitern unterstützt, der die Tätigkeit der örtlichen deutschen Behörden überwacht und kontrolliert.

...

5. 6. 1945.“

„Feststellung seitens der Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik über die Besatzungszonen in Deutschland.

...

2. Das Gebiet von Groß-Berlin wird von Truppen einer jeden der vier Mächte besetzt. Zwecks gemeinsamer Leitung der Verwaltung dieses Gebietes wird eine Interalliierte Behörde (russisch: Komendatura) errichtet, welche aus vier von den entsprechenden Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten besteht.

...

5. 6. 1945.“

Die Beratungen der drei Staatschefs vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 setzten in den sogenannten Potsdamer Beschlüssen fest, daß die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberkommandierenden der Streitkräfte der vier Mächte in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates ausgeübt, daß fürs erste keine zentrale deutsche Regierung, aber einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet, und daß Deutschland als ein einziges wirtschaftliches Ganzes betrachtet werden solle. Zu einer Bildung der vorgesehenen deutschen Verwaltungen kam es indessen nicht.

Für die Verwaltung Berlins war schon zur Zeit der alleinigen russischen Besetzung der Stadt ein Magistrat gebildet worden. Zu seinen Aufgaben gehörte die Ausarbeitung einer Vorläufigen Verfassung für Groß-Berlin, die mit einigen Abänderungen von der Alliierten Kommandatura genehmigt und mit folgendem Schreiben dem Magistrat übermittelt wurde:

„Die Alliierten Kommandanten betrachten die Wiederherstellung einer konstitutionellen Regierung für die Stadt Berlin als ein geschichtliches Ereignis. Mit der Übermittlung der Vorläufigen Verfassung an den Magistrat zusammen mit der Anordnung der Alliierten Kommandatura, geben die Besatzungsmächte nochmals ihrem Bestreben Ausdruck, die politische Unabhängigkeit in Berlin herzustellen und der Bevölkerung in Angelegenheiten der Stadtverwaltung das Selbstbestimmungsrecht wiederzugeben.

Im Jahre 1920 erhielt Berlin zum erstenmal eine demokratische Verfassung. Jedoch unter der Beeinflussung des Naziregimes hatte die Beschränkung der politischen Freiheit dazu geführt, daß der Verwaltungs- und Regierungsapparat der Stadt lediglich zum Werkzeuge faschistischer Macht wurde.

Die Verfassung vom Jahre 1946 ist ein provisorisches Dokument, das die Wiederherstellung politischer Freiheit und deren Anvertraung an die Berliner Bevölkerung bezweckt. Sie legt die Gesamtheit der Machtbefugnisse in die Hände der vom Volke gewählten Vertreter. Sie verlangt, daß die gewählten Vertreter sich zu einer konstitutionellen Versammlung zusammenschließen, um unverzüglich mit der Ausarbeitung einer Verfassung auf breiterer Basis für die Stadt Berlin zu beginnen. Sie sieht eine stabilisierte Stadtverwaltung vor auf Grund der allgemeinen Richtlinien der Gesetze von 1853, 1920 und 1931.

Die Alliierten Kommandanten haben beschlossen, daß diese neue Verfassung im Oktober in Kraft treten wird, zu welcher Zeit Wahlen stattfinden werden, und im Vertrauen, daß die demokratische Entwicklung nie wieder aufhören wird, übertragen sie die Verantwortung für die der Alliierten Kommandatura unterstellte Regierung von Berlin auf die Bevölkerung der Stadt.

Keating, Generalmajor, USA
Nares, Generalmajor, Großbritannien
Lançon, General de Brigade, Frankreich
Kotikow, Generalmajor, UdSSR.“

Die Sonderstellung Berlins als Viermächtestadt kommt in Artikel 36 der Verfassung zum Ausdruck:

„Soweit nicht seitens der Alliierten Kontrollbehörden anderweitig besonders bestimmt wird, untersteht die Selbstverwaltung Groß-Berlins der Alliierten Kommandatura und in den Sektoren der Militärregierung des betreffenden Sektors. Alle gesetzlichen Bestimmungen, welche von der Stadtverordnetenversammlung, sowie Verordnungen und Anweisungen, welche vom Magistrat

angenommen bzw. erlassen werden, müssen im Einklang mit den Gesetzen und Anordnungen der Alliierten Mächte in Deutschland und der Alliierten Kommandatura Berlin stehen und von der letzteren genehmigt werden. Verfassungsänderungen, Rücktritt des Magistrats oder eines seiner Mitglieder sowie Ernennung und Entlassung leitender Personen der Stadtverwaltung können nur mit Genehmigung der Alliierten Kommandatura Berlin vorgenommen werden.

Die Bezirksverwaltung untersteht in ihrer Tätigkeit der Genehmigung der Militärregierung des betreffenden Sektors."

2. Berlin und die deutsche Einheit

Zum Jahreswechsel 1947/48 richteten die Kommandanten Botschaften mit Glückwünschen an die Berliner Bevölkerung. Mit seinem Dank für diese Botschaften und Glückwünsche verband Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr auf der Sitzung vom 1. Januar 1948 die Feststellung: „Berlin wird als Einheit nur lebendig und wirksam bleiben, wenn Berlin die Hauptstadt bleibt“; die im Vorjahre geleistete Arbeit an der endgültigen Verfassung Berlins sei daher von dem Bewußtsein getragen worden, daß Berlin nur ein Teil eines größeren Ganzen, Glied einer Deutschen Republik sein soll“.

Ähnlich betonte der amtierende Oberbürgermeister, Frau Schroeder (SPD):

„Der ganze Ernst unserer Situation wird erhellt durch die Tatsache des Abbruchs der Londoner Verhandlungen. Die dadurch entstandenen politischen Verhältnisse Berlins können nur leben und gedeihen in engster Zusammenarbeit mit dem ganzen übrigen Deutschland. Berlin darf nicht ausgeschaltet werden aus den Beratungen der Siegermächte über das Schicksal Deutschlands und Europas. Berlin, das sowohl die Stellung einer Stadt wie eines Landes hat, muß, wenn es leben soll, die Hauptstadt des gesamten Deutschlands bleiben. Vorbedingung für den Erfolg der Arbeit des Jahres 1948 ist die Einheitlichkeit (der Besatzungsmächte).“

Zu eindrucksvollen Kundgebungen für ein demokratisches und einheitliches Deutschland gestaltete die Stadt die Jahrhundertfeier der Revolution von 1948. Am 2. März überbrachten Vertreter der Stadt Frankfurt a. Main eine Einladung zur Teilnahme an der Eröffnungsfeder der wiederhergestellten Paulskirche, des Sitzes der ersten Deutschen Nationalversammlung. Frau Schroeder begrüßte die Einladenden:

„Im Namen Groß-Berlins begrüße ich Herrn Oberbürgermeister Kolb, Herrn Stadtverordnetenvorsteher Auth, und die übrigen Herren und Damen aus Frankfurt, die mit dem ersten, für die deutsche Zivilbevölkerung zugelassenen Passagierflugzeug gekommen sind. Ich sehe hierin ein Zeichen der tiefen Verbundenheit Berlins mit dem übrigen Deutschland. Auf der morgigen Rundfahrt werden die Frankfurter Persönlichkeiten Zerstörungen an den ehemals wundervollen Gebäuden feststellen können. Frankfurt hatte das große Glück, ohne Kämpfe übergeben worden zu sein, während Berlin von den Nazikriegsverbrechern auf Kosten des Lebens und der Interessen der Bevölkerung verteidigt wurde. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus Berlins geographischer Lage und seiner politischen Situation infolge der Besetzung durch vier Mächte; gerade diese Tatsache läßt den Wunsch stärker werden, mit allen vier Zonen dauernd in engster Verbindung zu stehen.

100 Jahre sind verflossen, seit von Berlin der Kampf des Bürgertums und der sich neu bildenden Arbeiterschaft gegen die absolute und für eine konstitutionelle Monarchie seinen Anfang nahm; es war der Beginn des Ringens um eine demokratische Gestaltung unserer Heimat. Gemeinsam werden am 18. März die Berliner mit den Vertretern aller Zonen im Friedrichshain der Kämpfer von 1848 gedenken. Wenn heute die Vertreter Frankfurts zu uns gekommen sind, um uns zur Feier in die Paulskirche einzuladen, so dankt nicht nur der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, sondern auch die Berliner Bevölkerung für dieses Zeichen der Zusammengehörigkeit von ganzem Herzen. Das Ringen, das vor 100 Jahren begonnen hat, war ein Kampf für die Freiheit und Einheit Deutschlands; wir müssen ihn auch heute noch fortsetzen."

Herr Kolb überreichte darauf dem Magistrat die Einladungsurkunde und fügte hinzu:

„Die Überreichung der Urkunde geschieht in dem Wissen, daß Berlin die Hochburg der Demokratie im Osten Deutschlands darstellt. Es ist für uns eine Ehrenpflicht, am 17. und 18. März Gäste Berlins zu sein, um an den Gräbern der Märzgefallenen das Bekenntnis zu erneuern, das in uns allen lebendig ist: Wir erstreben die echte Einheit aller Deutschen und die Verwirklichung eines anständigen Weltbürgertums, um wieder in den Kreis der geachteten und zukunfts-trächtigen Nationen zurückzukehren.“

Die enge Verbundenheit Berlins mit dem Schicksal Gesamtdeutschlands kam, wie schon vorher so auch weiterhin, durch die Teilnahme an den Sitzungen des Deutschen Städtetages im Mai und August zum Ausdruck. Sie zeigte sich auch in der Mitwirkung von Magistratsmitgliedern und des Stadtverordneten-vorstehers an Beratungen über politische und wirtschaftliche Fragen außerhalb Berlins.

Am 22. und 23. Juli nahm der gewählte Oberbürgermeister von Berlin, Stadtrat Professor Dr. Ernst Reuter, an der Sitzung der elf Länder-Chefs der Westzonen im Jagdschloß Niederwald teil und betonte in der Diskussion, daß die Einheit Deutschlands nur erreicht werden könne, wenn es gelinge, den Westen Deutschlands politisch und wirtschaftlich weitgehend zu konsolidieren. Berlin müsse zumindest beratend im Parlamentarischen Rat vertreten sein. An der Eröffnungssitzung des Parlamentarischen Rates am 1. September nahmen für die Stadt Berlin Paul Löbe (SPD), Professor Reuter (SPD), Dr. Suhr (SPD), Jakob Kaiser (CDU) und Dr. Reiff (LDP) teil.

3. Vorboten der Krise. Der Beginn der Verkehrsbeschränkungen.

Die in London seit Anfang 1948 zwischen den drei Westmächten und den Benelux-Staaten stattfindenden Besprechungen über Deutschland führten zu Auseinandersetzungen im Alliierten Kontrollrat. In der Sitzung vom 20. März erklärte Marschall Sokolowski, der Oberste Chef der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, daß der Kontrollrat praktisch nicht mehr bestehe. Am 23. März erklärte demgegenüber die amerikanische Militärregierung, daß das Abkommen vom 5. Juni 1945 über die Besetzung Berlins fortbestehe. Die politischen Spannungen wirkten sich alsbald auf Berlin aus. In der Stadtverordnetensitzung vom 23. März gab Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr folgende Erklärung ab:

„Herr Major Otschkin von der sowjetischen Zentralkommandantur hat mir gestern Abend am 22. März 1948, 18 Uhr 15 Min., folgendes mitgeteilt:

Der Kommandant der Sowjetischen Militärregierung, Herr General Kotikow, wird den Stadtverordnetenvorsteher künftig dafür verantwortlich machen, durch seine Handhabung der Geschäftsführung jegliche antisowjetische Propaganda in der Stadtverordnetenversammlung zu unterbinden.

Ich halte mich für verpflichtet, diese Erklärung öffentlich bekanntzugeben, damit Sie, meine Damen und Herren, daraus für sich die Konsequenzen ziehen können. Ich für meine Person als Stadtverordnetenvorsteher habe Ihnen meinen Standpunkt wie folgt zu erklären:

So entschieden ich gegen jede die Kontrollratsdirektive Nr. 40 verletzende Kritik an irgendeiner Besatzungsmacht bin, so sehr ich es bedauern würde, wenn die Rednertribüne der Stadtverordnetenversammlung zu einer antisowjetischen Propaganda mißbraucht werden würde, so wenig scheint es mir mit dem Wesen der demokratischen Volksvertretung vereinbar zu sein, von irgendeiner Besatzungsmacht Anweisungen für die Geschäftsführung der Stadtverordnetenversammlung entgegenzunehmen.

Nach gewissenhafter Überprüfung muß ich ferner feststellen, daß für eine Entscheidung darüber, was als antisowjetisch zu gelten hat, ein sicherer Anhaltspunkt nicht gegeben ist. Es ist eine politische Frage, für deren Bewertung letzten Endes der Maßstab der sowjetischen Militärregierung und nicht die Stellungnahme eines Deutschen maßgebend sein kann. Ich bin nicht in der Lage, Büttel irgendeiner alliierten Macht zu sein, noch gewillt, Zensor der gewählten Stadtverordneten zu werden. Wenn ich mich auf den von der sowjetischen Zentralkommandantur vorgeschlagenen Weg begeben würde, muß ich Gefahr laufen, daß durch meine Beanstandung der Reden einzelner Stadtverordneten die betreffenden Redner der Verfolgung sowjetischer Dienststellen ausgeliefert werden würden, weil ein Deutscher sie als antisowjetisch gebrandmarkt hat. Umgekehrt muß ich leider Sie, meine Damen und Herren, darauf aufmerksam machen, daß Sie sich der Verantwortung bewußt sein müssen, daß Sie auch mich in die gleiche Gefahr durch Ihre Reden bringen können. Ich sehe den Auftrag der sowjetischen Kommandantur zu meinem Bedauern als undurchführbar an. Sollten Sie, meine Damen und Herren, eine andere Meinung vertreten, muß ich mein Amt zur Verfügung stellen.“

Der Personen- und Güterverkehr zwischen Berlin und den Zonen unterlag schon lange vor der Währungsreform auf Grund sowjetischer Maßnahmen immer fühlbareren Erschwerungen, über die die nachstehende Tabelle einen Überblick gibt:

- | | |
|---------------|--|
| August 1947 | Der Versand von privatem Gut wird von einer schwer zu erlangenden Genehmigung der Sowjetischen Militäradministration abhängig gemacht. |
| 2. Sept. 1947 | Auf Wunsch der sowjetischen Besatzungsbehörde verfügen die Westmächte, daß keine privaten Güter mehr in westliche Militärszüge, bei denen den sowjetischen Behörden keine Kontrollmöglichkeit gegeben war, geladen werden. |
| 19. Okt. 1947 | Erneute Verschärfungen der Bestimmungen für privates Interzonenumzugsgut. |
| Ende 1947 | Einstellung der Genehmigungen für privates Umzugsgut. |
| Ab Jan. 1948 | Erschwerung des Wirtschaftsgütertransportes durch ungenügende Waggongestellung. |
| 15. Jan. 1948 | Einführung neuer, aber nur ganz beschränkt ausgegebener Fahrgenehmigungen für den Kraftwagenfernverkehr zwischen Berlin und der sowjetischen Zone und damit starke Drosselung dieses Verkehrs. |

- 24. Jan. 1948 Britischer Militärzug Berlin—Bielefeld in Marienborn von russischer Grenzkontrolle angehalten. Zwei Wagen mit deutschen Reisenden abgehängt.
- 26. Jan. 1948 Britischer Dienstzug Berlin—Bielefeld zwecks Kontrolle der deutschen Reisenden angehalten.
- 11 Febr. 1948 Britischer Dienstzug Braunschweig—Berlin in Marienborn von russischen Grenzbeamten angehalten. Wagen mit deutschen Reisenden nach Hannover zurückgeleitet.
US-Militärzug Frankfurt—Berlin zwecks Kontrolle der deutschen Reisenden angehalten.
- Ende März 1948 Die aus Berlin herausführenden Straßen werden teilweise aufgerissen, so daß nur bestimmte Ausfahrtsstraßen benutzbar bleiben.
- 1. April 1948 Kontrolle des alliierten Verkehrs Berlin—Westen auf der Autobahn und in den alliierten Militärzügen von der sowjetischen Militärverwaltung gefordert. Infolgedessen Einstellung des gesamten alliierten Personen- und Güterzugverkehrs. (3. 4. 1948 Wiederaufnahme des Militärversorgungszügeverkehrs.)
Systematische Verzögerung bei der Ausfertigung der am 1. 1. 1948 eingeführten Warenbegleitscheine im Verkehr zwischen Berlin und den Westzonen Deutschlands. Diese verzögerte Ausfertigung im Verein mit der ungenügenden Waggongestellung brachte den Güterversand von Berlin nach den Westzonen, der für den Export von Fertigwaren für die Berliner Industrie lebenswichtig war, Mitte April zum Erliegen.
Kontrolle des Lastwagenverkehrs innerhalb Berlins zwischen dem sowjetischen Sektor und den Westsektoren durch sowjetische Militärpolizei und deutsche Polizei. (Die sowjetischen Behörden gaben den Bezirksbürgermeistern, jedoch nicht der Abteilung Verkehr des Magistrats, bekannt, daß jeder einzelne Transport zwischen Ost- und Westsektoren genehmigungspflichtig sei. Diese Anordnung wurde am nächsten Tage von den höheren sowjetischen Dienststellen als ohne Befugnis ausgegeben bezeichnet.)
- 4. April 1948 Unterbrechung des Binnenschiffverkehrs Berlin—Westen wegen russisch-britischer Differenzen über Gültigkeit internationaler Schifffahrtsgenehmigungen.
Lage am Ende der ersten Aprilwoche:
Güterverkehr Westen—Berlin reibungslos, Berlin—Westen fast völlig eingestellt. Briefpost verzögert.
- 5. April 1948 Völlige Lahmlegung des Paketpostverkehrs Berlin—Westen.
- 11. April 1948 Die russische Militärverwaltung verweigert Pässe für amerikanische Telefon- und Telegraphentechniker an den Leitungen Berlin—Westen.
- 12. April 1948 Auflösung britisch-amerikanischer Hilfsstationen an der Autobahn.
- 5. Mai 1948 Anordnung über Postpaketverkehr mit dem Westen. (Die Pakete können nur in bestimmten Postämtern des Ostsektors unter Vorzeigung des Inhalts aufgegeben werden.)

11. Juni 1948 Zweitägige Unterbrechung des gesamten alliierten und deutschen Eisenbahngüterverkehrs Westen—Berlin. Neue Vorschriften über genauere Beschriftung der Waggon.

Behinderung des Interzonen-Personenverkehrs durch Zurückweisung von Personen mit Interzonenpaß, wenn keine Einreisegenehmigung von russischen Stellen vorliegt.

15. Juni 1948 Neuregelung des Interzonenreiseverkehrs durch die Sowjetische Militäradministration. (Der Personeninterzonenverkehr war von Anfang an dadurch beeinträchtigt gewesen, daß die sowjetischen Behörden für den Ostsektor und die Ostzone im Gegensatz zu den Westmächten nur wenig Pässe in einem langwierigen Genehmigungsverfahren ausstellten, daß nur ein einziger Interzonenzug von der sowjetischen Besatzungsbehörde zugelassen wurde, obgleich die Reichsbahn der Westzonen sich bereit erklärt hatte, für weitere Züge Wagen und Lokomotiven zu stellen.) Abfahrt des Interzonenzuges ab Bahnhof Friedrichstraße und dort alleiniger Fahrkartenverkauf. Einreise in die sowjetische Zone nur bei Vorlage besonderer Dokumente. Neuregelung des Verkehrs Berlin—Westen in Aussicht gestellt.

Autobahnbrücke über die Elbe bei Hohenwartha nördlich Magdeburg, auf der der gesamte Straßenverkehr zwischen Berlin und den Westzonen Deutschlands angewiesen ist, „wegen Reparaturbedürftigkeit“ gesperrt. Umlenkung und Fährdienst.

Am 15. April hielt Dr. Suhr in der Stadtverordnetenversammlung folgende Ansprache:

„Seit der letzten Stadtverordnetenversammlung sind fast 15 Tage verflossen, aber eine Fülle von Ereignissen hat die politische Lage in Berlin mehr geändert, als es unter normalen Verhältnissen in 15 Monaten der Fall war. Die internationalen Spannungen, gekennzeichnet durch die Vorgänge im Alliierten Kontrollrat und in der Alliierten Kommandantur, haben in der Bevölkerung zeitweilig eine Spannung hervorgerufen, die den verständlichen Wunsch nach einer vorzeitigen Einberufung der Stadtverordnetenversammlung hat laut werden lassen. Ich gebe gern zu, daß ich selbst, wenn ich in Berlin gewesen wäre, oder wenn mich auf meiner Reise Nachrichten über die Vorgänge in Berlin schneller erreicht hätten, vielleicht den Vorschlag zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gemacht hätte. Aber rückblickend erscheint es mir fraglich, ob eine solche Aussprache notwendig und politisch klug gewesen wäre. Auf jeden Fall glaube ich feststellen zu dürfen, daß eine gewisse Entspannung in der Lage eingetreten ist, von der wir alle hoffen, daß sie nicht die Ruhe vor einem Sturm darstellt, sondern eine Pause, die von den alliierten Mächten schöpferisch ausgenutzt wird, um einen Modus der Zusammenarbeit zu finden, der eine einheitliche und freiheitliche Selbstverwaltung Berlins gewährleistet, die baldige Wiedergewinnung der deutschen Einheit ermöglicht und den Frieden Europas sichert.“

Eine Anfrage über die zunehmenden Verkehrserschwerungen beantwortete Frau Schroeder:

„Es ist selbstverständliche Pflicht des Magistrats, die er auch in diesem Falle ausgeübt hat, die Erschwerungen, die für Berlin entstehen, auf das sorgsamste zu prüfen und zu versuchen, sie zu beheben . . .

Am 1. und 2. April entstand plötzlich eine Verkehrskontrolle innerhalb Berlins, ausgeübt teils von Organen der sowjetischen Besatzungsmacht, teil-

weise von diesen Organen zusammen mit Berliner Polizeiorganen und teilweise von Berliner Polizeiorganen selbständig . . .

Der Befehl und der Auftrag bestand darin, Gütertransporte, die keine besondere Genehmigung der sowjetischen Kommandantur zur Überschreitung der sowjetischen Sektorengrenze nach auswärts bei sich führten, zurückzuhalten und zur Kommandantur zu schicken.

Wir haben diese Maßnahme sofort mit allen zuständigen Stellen besprochen . . . Nach etwa 48stündiger Dauer wurde diese Kontrolle wieder aufgehoben und mitgeteilt, daß es sich nicht um eine Anordnung der Zentralkommandantur gehandelt habe. Es wurde ferner versichert, daß nicht die Absicht bestehe, eine solche Kontrolle einzuführen oder etwa wieder einzuführen.

Nachdem diese Besorgnisse im Augenblick behoben sind, besteht nunmehr seit dem 9. April eine besondere Verkehrskontrolle auf Berliner Gebiet, und zwar ausgeübt nicht nur von sowjetischen Kontrollorganen, sondern auch gleichzeitig von Brandenburgischer Polizei . . . Eine sehr ernste Sorge hat der Magistrat in den vergangenen 14 Tagen auch wegen des Wirtschaftsverkehrs von Berlin nach den Westzonen und von den Westzonen nach Berlin gehabt. Erfreulicherweise zeigte sich sehr bald, daß für die sehr umfangreichen Transporte von Wirtschaftsgütern aus den westlichen Zonen nach Berlin, besonders für die Zufuhr von Ruhrkohle, diese Besorgnisse nicht so groß zu sein brauchten . . . Die größte Sorge in unserem Verkehr ist wohl in diesen Wochen der Verkehr mit Paketen und Briefen. Bis zum 31. März hatten sich bereits beim Postamt SW 77 49 Güterwagen mit Paketen nach den westlichen Zonen angesammelt, weil der Anhalter Bahnhof auf Befehl des russischen Rayonchefs die Waren zum Weitertransport nicht annehmen durfte. Am 31. März wurde die Hauptverwaltung verständigt, daß die 49 Wagen nach den westlichen Zonen abgehen sollten, und daß wir in Zukunft täglich die erforderliche Zahl von 15 Güterwagen für den Paketverkehr und die Päckchenpost nach den westlichen Zonen erhalten. Während die 49 Güterwagen auch tatsächlich sofort mit einem Sonderzug abgingen, haben wir trotz der gemachten Zusage täglich nur 2 Wagen durch den russischen Rayonchef zur Beladung freigegeben erhalten, und zwar bis zum 6. April. Seit dem 7. April ist leider überhaupt kein Wagen mehr abgenommen worden . . . So haben wir den Zustand, daß in Berlin 116 Waggons beladen mit Paketen stehen und daß noch 50 000 lose Pakete unsere Postämter verstopfen. . .

Der Magistrat aber hat es selbstverständlich auch für seine Pflicht gehalten, die Schwierigkeiten zu beobachten, die an den Zonengrenzen entstanden sind . . .

Wir haben nicht nur in den üblichen Magistratssitzungen, sondern auch in Sondersitzungen mit den Bezirksbürgermeistern die Dinge besprochen . . . Wir werden aber auch in Zukunft alles tun, um diese Dinge weiter zu beobachten. Wir werden von uns aus alles tun, um der Alliierten Kommandantur zu sagen, daß Berlin nicht nur auf die Zufuhr von Gütern aus dem Osten und aus dem Westen angewiesen ist, sondern daß Berlin auch auf die Ausfuhr seiner Güter angewiesen ist, weil sonst unser gesamtes Wirtschaftsleben in Berlin ins Stocken und in Schwierigkeiten geraten würde, und ich möchte mir deshalb erlauben, auch von dieser Stelle aus in aller Öffentlichkeit einen Appell an die Alliierte Kommandantur zu richten, Berlin als Einheit in seiner Stadt und als Einheit in einem einheitlichen Deutschland zu betrachten im Interesse von Leben und Arbeit der gesamten Berliner Bevölkerung.“

Nach ausgiebiger Debatte wurde ein kombinierter Antrag der SED und SPD angenommen:

„Der Magistrat wird beauftragt zu überprüfen, nach welchen Gesichtspunkten die Abteilung für Wirtschaft Verlagerungen oder Sitzverlegungen von Unternehmen aus Berlin genehmigt hat. Außerdem wird der Magistrat beauftragt, die Genehmigung von weiteren Verlagerungen zu verbieten . . . Der Magistrat wird ferner beauftragt, eine Aufstellung über den Empfänger aller seit 1945 aus Berlin verlegten und entfernten Maschinen der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen . . . Der Magistrat wird ferner ersucht, alles zu tun, um die Freizügigkeit des Verkehrs nicht nur zwischen allen Sektoren Berlins, sondern darüber hinaus auch mit allen deutschen Zonen zu ermöglichen.

Berlin ist die Stadt der Veredelungsindustrie. Nur durch Einfuhr von Rohstoffen und Ausfuhr von Fertigfabrikaten wird unser weiterer wirtschaftlicher Aufstieg ermöglicht. Die Stadtverordnetenversammlung wünscht, daß der Magistrat durch Verhandlungen mit der Alliierten Kommandantur zu erreichen versucht, daß er die seit einiger Zeit durch die Nichterteilung von Propusken und Fahrbescheinigungen und durch die seit dem 1. April noch stärkeren Hemmungen entstandenen Schwierigkeiten beseitigt. Berlin war 1945 durch die Ausräumung seiner Produktionsstätten auf einen Stand herabgedrückt, der die Existenz aller seiner Bewohner gefährdete. Nur durch den Fleiß der Berliner Bevölkerung befinden wir uns wieder im wirtschaftlichen Aufstieg. Um diesen nicht zu gefährden, richten wir unsere Bitte an die Alliierten: Reißt die Sektoren- und Zonengrenzen nieder, damit in einem einheitlichen Deutschland alles zur Wiedergutmachung und Befriedigung Europas getan werden kann.“

Der Magistrat stimmte diesem Beschluß zu.

Zu den sowjetischen Behauptungen von einer Ausplünderung Berlins erklärte Stadtrat Klingelhöfer (SPD):

„daß alle Behauptungen über Verlagerungen von Industriebetrieben, von Maschinen und Maschinenteilen, soweit daraus ein Nachteil für Berlin entstanden sein soll, entweder unwahr oder gewissenlos übertrieben sind. Der Magistrat bedürfe keines Druckes, um darüber zu wachen, daß der Berliner Bevölkerung die Arbeitsmöglichkeiten und die Voraussetzungen zu ihrer Existenz erhalten bleiben.“

Stadtrat Reuter stellte fest, daß unendlich mehr beladene Waggons von Westen nach Berlin kommen, als von Berlin nach dem Westen gehen. Es sei im Gegenteil

„nicht möglich, daß Berlin mit einem Export von 24 Eisenbahnwagen nach dem Westen im Durchschnitt des Tages auf die Dauer tausende von Waggons pro Tag aus dem Westen empfängt.“

4. Der Ausbruch der vollen Krise

Am 3. Juni erließ Generalmajor Kotikow, der Kommandant des sowjetischen Sektors von Berlin, den Befehl Nr. 20 über die Verbesserung der rechtlichen und materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in den Industrie- und Transportbetrieben im sowjetischen Sektor. Der Magistrat beschloß dazu am 9. Juni:

„da sich der Befehl an acht Bezirksämter wendet... für einheitliche Durchführung und Bereitstellung der Mittel zu sorgen... Im übrigen wird der Magistrat wegen der Einheitlichkeit Groß-Berlins in Gesamtheit bei der sowjetischen Kommandantur und bei dem Alliierten Kontrollrat vorstellig werden.“

In der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Juni nannte Stadtrat Klingelhöfer den Befehl „den ersten eindeutigen Akt einer Sondergesetzgebung für den sowjetischen Sektor“; dadurch werde „die Wirtschaftseinheit, die Verwaltungseinheit und damit die politische Einheit in Frage gestellt“. Nach Ansicht Stadtrats Schmidt dagegen beträfen 70 % des Befehls die Aufgaben der Abteilung für Arbeit des Magistrats, die für deren Durchführung die Initiative ergriffen habe; insofern sei der Magistrat nicht ausgeschaltet.

Am 7. Juni wurden die sogenannten Londoner Empfehlungen veröffentlicht, das Ergebnis der langen Besprechungen der Westmächte über Deutschland. Die Stadtverordnetenversammlung nahm dazu am 13. Juni durch die Annahme eines Antrages der Mehrheitsparteien (SPD, CDU, LDP) Stellung:

„Die Berliner Bevölkerung hat ihren entschlossenen Willen zur Verteidigung ihrer Selbständigkeit und ihrer demokratischen Freiheitsrechte in ernster Lage bewiesen. Sie hat daher die Berechtigung, zu dem Ergebnis der Londoner Besprechungen durch ihre berufenen Vertreter Stellung zu nehmen. Die Stadtverordnetenversammlung fühlt sich verpflichtet, auf die großen Gefahren der Londoner Empfehlungen hinzuweisen, die sich aus der unbefriedigenden Lösung der deutschen Frage ohne Mitwirkung und Zustimmung des deutschen Volkes vor allem für Berlin ergeben. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt daher den Magistrat, in Zusammenarbeit mit allen Besatzungsmächten dafür zu sorgen, daß Berlin die Möglichkeit hat, seine Stimme geltend zu machen und seine Interessen zu vertreten bei der Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Ferner wird der Magistrat beauftragt, sich für die Durchführung freier Wahlen in allen Teilen Deutschlands zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung einzusetzen. Dazu gehört die freie Betätigungsmöglichkeit der demokratischen Parteien auch in allen Teilen Berlins.“

Die unmittelbare Folge der Londoner Empfehlungen waren die Sprengung der Alliierten Kommandantur, die am 16. Juni von den russischen Vertretern verlassen wurde, und die Einführung einer separaten Währungsreform in den Westzonen am 18. Juni, die allerdings zunächst nicht auf die Westsektoren Berlins ausgedehnt werden sollte.

Eine gesamtdeutsche Regelung der dringend notwendigen Währungsreform hatten Anfang Juni Beratungen im Alliierten Kontrollrat zum Ziel. Da diese allem Anschein nach zu scheitern drohten, versuchten die städtischen Behörden, die für Berlin zu befürchtenden Gefahren abzuwenden. Darüber berichten gleichzeitige Aufzeichnungen Dr. Friedensburgs:

„Am Donnerstag, dem 27. Mai, fand in meinem Dienstzimmer eine Besprechung mit den Herren Stadträten Dr. Haas, Dr. Kielinger und Heinzelmann und dem Abteilungsleiter im Institut für Wirtschaftsforschung, Herrn Dr. Wolf, zur Frage der Berliner Währungsschutzmaßnahmen statt. Ich trug meine Absicht vor, mit den alliierten Dienststellen, wenn möglich mit den Oberst-Kommandierenden als Mitgliedern des Kontrollrates, in Verbindung zu treten, um einen Aufschub der offenbar schwebenden Währungsreformpläne zu erreichen, bis eine gesamtdeutsche Regelung möglich sei... Ich erklärte dann, daß ich versuchen würde, die Besprechungen selbst möglichst bald herbeizuführen, bäte aber Herrn Stadtrat Heinzelmann, mich

hierbei zu begleiten, weil ich in den technischen Einzelheiten nicht genügend erfahren sei und weil ich auch, zumal ich ja nur die vorübergehende Vertretung der Oberbürgermeister-Geschäfte hätte, politisch es nicht für zweckmäßig halte, wenn ich allein ginge . . .

Bürgermeister Dr. Acker war von mir ebenfalls gebeten worden, an der Besprechung teilzunehmen, und hatte zugesagt, mußte aber fernbleiben, da er sich nicht wohlfühlte. Seine spätere Unterrichtung wurde in Aussicht genommen.

Im Verfolg dieser Unterredung besprach ich diese Frage am 30. d. M. auch noch mit Stadtrat Reuter. Ich erweiterte hierbei meine Vorschläge dahin, daß ich mein Ziel nicht so sehr in der Abwehr der Sondermaßnahmen des Westens sehen wollte. Ich wollte vielmehr vorschlagen, die Währungsreform in allen Zonen solange auszusetzen, bis Berlin Gelegenheit gehabt habe, einen Versuch zur gesamtdeutschen Regelung auf Grund eines deutschen Entwurfes zu machen. Hierzu sollte Berlin sich mit maßgebenden Vertretern der beiden großen Zonen in Verbindung setzen. Unsere Eingabe beim Kontrollrat würde also den Zweck haben, die ausreichende Frist für einen solchen Versuch zu sichern. Beide Herren stimmten meinen Vorschlägen vorbehaltlos zu. Insbesondere betonte Stadtrat Reuter, daß vom Berliner Standpunkt unbedingt ein solcher Schritt unternommen werden müsse, selbst wenn man die Erfolgsaussichten hierfür nicht als groß ansehen könne."

Nach einer für den amerikanischen Verbindungsoffizier im Magistrat, Major Mautner, bestimmten Aufzeichnung Dr. Friedensburgs vom 31. Mai 1948:

„Am 29. Mai habe ich gebeten, gemeinsam mit Herrn Stadtrat Heinzelmann, dem Leiter der Abteilung für Banken und Versicherungen, von General Clay oder einem von ihm zu beauftragenden Herrn empfangen zu werden. Gegenstand der Besprechung soll die bevorstehende Währungsreform sein. Eine separate Währungsreformmaßnahme außerhalb Berlins würde Berlin wirtschaftlich und politisch in eine verzweifelte Lage bringen, die durch keine Schutzmaßnahme wirksam abgewehrt werden könnte. Aus diesem Grunde fühlt sich die Stadtverwaltung verpflichtet, noch einmal um Aufgäbe der Währungsreform zu bitten, bis eine gesamtdeutsche Regelung erfolgen kann. Berlin ist bereit, bei Gewährung einer ausreichenden Frist Sachverständige aus den verschiedenen deutschen Landesteilen zusammenzuberufen, um einen Entwurf für eine gesamtdeutsche Regelung auszuarbeiten.

gez. Dr. Friedensburg."

Schreiben an den französischen Militärgouverneur, General Koenig:

Berlin, den 9. Juni 1948.

„Hochgeehrter Herr General!

Die Berliner Stadtverwaltung ist ernsthaft und tief beunruhigt über die möglichen Wirkungen, die sich aus einer nur in Westdeutschland durchgeführten Währungsreform für Berlin ergeben würden. Auch bei aller vorausschauenden Arbeit läßt sich unserer Ansicht nach kein Weg finden, der die in diesem Falle eintretenden verhängnisvollen Nachteile für Berlin abwehren könnte. Unter diesen Umständen habe ich den Wunsch, dem Kontrollrat die Bitte vorzutragen, daß die Währungsreform für Westdeutschland aufgeschoben wird, bis ein, vielleicht von Berlin einzuberufendes Kollegium von Sachverständigen Gelegenheit gehabt hat, eine sämtliche Zonen einschließlich Berlins befriedigende Lösung zu entwerfen. Voraus-

sichtlich würde hierfür eine Frist von zwei bis drei Monaten erforderlich sein. Die geldtechnischen und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten für einen solchen Vorschlag werden von unseren Sachverständigen durchaus als gegeben bezeichnet.

Ich habe die Bitte, Herr General, daß Sie mich in Begleitung des für diese Angelegenheit zuständigen Stadtrates Heinzelmann zu einer kurzen Unterredung empfangen.

Genehmigen Sie, Herr General, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Ganz ergebenst!

gez. Dr. Friedensburg."

An den englischen Militärgouverneur, General Robertson, sowie an den Obersten Chef der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Marschall Sokolowski, richtete Bürgermeister Dr. Friedensburg über die zuständigen Verbindungs-offiziere gleichfalls die Bitte, ihn und Stadtrat Heinzelmann (SPD) zu einer kurzen Unterredung über das Währungsproblem zu empfangen.

General Robertson ließ Dr. Friedensburg mitteilen, daß er ihn zu seinem Bedauern nicht empfangen könne.

Eine Besprechung zwischen dem amerikanischen Kommandanten Oberst Howley und Bürgermeister Dr. Friedensburg am 11. Juni eröffnete nur geringe Hoffnungen auf eine Zurückstellung der Währungsreform im Westen und eine Bevollmächtigung des Magistrats zur Vorbereitung eines gesamtdeutschen Reformentwurfs.

Über den Verlauf eines Empfanges bei General Ganeval am 14. Juni liegt folgende Niederschrift vor:

„Bürgermeister Dr. Friedensburg führte aus, daß eine separate Geldreform im Westen für Berlin zu großen Schwierigkeiten führen würde. Jede der Alternativen, die sich dann für Berlin ergeben, sei nicht akzeptabel. Anschluß an die Maßnahmen der Ostzone bedeute volle Abhängigkeit Berlins von der Ostzone. Das sei psychologisch für die Bevölkerung unakzeptabel. Ein Anschluß an den Westen würde an dem Widerstand einer Besatzungsmacht scheitern. Die dritte Möglichkeit der eigenen Währung wäre s. E. auf die Dauer nicht durchzuhalten. Die vierte Möglichkeit der Spaltung Berlins durch Anschluß der Westsektoren an die Westzonenreform und des Ostsektors an die Ostreform erscheine zwar vielen als das kleinste Übel, würde aber praktisch zu größten Schwierigkeiten führen. Der Umlauf zweier Währungen in Berlin wäre bei freiem Umtausch beider Währungen denkbar; aber wenn sich die Mächte darauf einigten, dann hätten sie sich ebenso gut auf ein einheitliches Geld einigen können.

Unter diesen Umständen sei für Berlin das einzig vernünftige eine Geldreform auf gesamtdeutscher Basis.

Er bat deshalb zu überlegen, ob nicht der Kontrollrat veranlaßt werden könnte, die Reform noch für 2--3 Monate aufzuschieben. In der Zwischenzeit sollten Sachverständige aus ganz Deutschland in Berlin zusammentreten, um eine gesamtdeutsche Geldreform auszuarbeiten, wobei ständig Fühlungnahme mit den alliierten Vertretern gehalten werden müßte. Vielleicht komme auf diese Weise eher die Einigung zustande, die bisher durch die Alliierten nicht erreicht werden konnte. Ein solcher Plan werde zwar auf politische Schwierigkeiten stoßen, aber angesichts der Tragweite der Reform lohne es die Mühe.

Wenn dieser Vorschlag nicht auf Gegenliebe stoße, dann sei zu besprechen, welche Maßnahmen in Berlin zu ergreifen seien, um Berlin vor dem Zustrom von in anderen Zonen ungültigen Noten zu schützen. Da bisher Vorbereitungen in Berlin nicht getroffen werden konnten, gäbe es als grobe Maßnahme wohl nur die Möglichkeit, eine Denomination aller Geldzeichen auf ein Zehntel ihres Nennwertes vorzunehmen.

General Ganeval antwortete, daß er über die durch die separate Westreform entstehenden Schwierigkeiten für Berlin oft nachgedacht habe. Er werde heute noch General Koenig die Berliner Sorgen mitteilen. Zur Durchführung des Vorschlages, eine neue Währungskonferenz zusammenzurufen, sei wohl keine Zeit mehr. Der zweite Vorschlag, das in Berlin umlaufende Geld 1:10 zu denominieren, bedeute praktisch schon eine Geldreform. Darüber würde vor Inkrafttreten der Westreform keine Einigung unter den vier Kommandanten zu erzielen sein. Überdies müßte ein entsprechender Antrag des Magistrats erst vorgelegt werden.“

Politische Vertreter der Berliner Bevölkerung überreichten dem damaligen Vorsitzenden der Alliierten Kommandantur, General Ganeval, am 15. Juni ein Memorandum, in dem ebenfalls die Besorgnisse über eine getrennte Währungsreform für Ost und West und ihre Wirkungen auf Berlin zum Ausdruck gebracht wurden. Die Delegation bestand aus dem Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr (SPD), Curt Swolinzky (SPD), Dr. Schreiber (CDU), Carl-Hubert Schwennicke (LDP), Otto Bach (SPD), Professor Joachim Tiburtius (CDU) und Dr. Reif (LDP). General Ganeval nahm die Bedenken zur Kenntnis, äußerte sich jedoch nicht dazu.

Marschall Sokolowski antwortete am 17. 6. auf eine Anfrage der Stadtverordneten Karl Litke (SED) und Karl Maron (SED), wie er sich zum Vorschlag von Dr. Friedensburg über die deutsche Währungsreform verhalte, wie folgt:

„Den Vorschlag von Dr. Friedensburg über die Durchführung einer gesamtdeutschen Währungsreform halte ich für richtig. Die Sowjetunion ist dafür, gerade eine gesamtdeutsche Währungsreform durchzuführen, da eine separate Währungsreform in einer oder einigen Zonen Deutschlands die endgültige Spaltung Deutschlands bedeuten würde, was den Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der friedliebenden demokratischen Völker Europas nicht entspricht.

Die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland ist daher bereit, jede Maßnahme zu unterstützen, die der Durchführung einer gemeinsamen deutschen Währungsreform auf Grundlage eines Viermächtebeschlusses dienen würde, den ich für durchaus möglich halte.“

Am 19. Juni, nach der Bekanntgabe der westdeutschen Währungsreform, suchte Dr. Friedensburg im Einvernehmen mit Frau Schroeder erneut General Ganeval auf, um mit ihm die Lage zu erörtern. Am gleichen Abend gab Frau Schroeder in einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten namens des Magistrats eine Erklärung ab:

„... Nach wochenlanger Spannung ist gestern von Seiten dreier Besatzungsmächte die Währungsreform in Westdeutschland verkündet worden. Mit tiefem Bedauern haben wir davon Kenntnis genommen, daß es nicht möglich war, eine Einigung unter allen Alliierten über eine Währungsreform in Gesamtdeutschland zu erzielen. Daran, daß dies nicht geschehen ist, konnte und kann Berlin nichts ändern. Für uns ergibt sich aber die Notwendigkeit, uns mit den sich dadurch ergebenden Schwierigkeiten auseinanderzusetzen.

Der Magistrat — das darf ich in seinem Namen sagen — wird alles tun, um das Berliner Leben reibungslos zu erhalten . . .

Ebenso darf die Berliner Bevölkerung überzeugt sein, daß die Lebensmittelversorgung gesichert ist . . .

Wir haben zu unserer Befriedigung gehört, daß nach Verlautbarungen von Seiten der Westmächte wie von sowjetischer Seite der Güterverkehr und damit die Versorgung Berlins gesichert werden soll. . .

Und nun noch ein Wort des Magistrats ganz besonders an die Bevölkerung von Berlin, die schon so manches Schwere ertragen hat. In diesen ernsten Tagen müssen wir uns alle, Männer und Frauen, alt und jung, als eine große Schicksalsgemeinschaft betrachten, die in Kriegs- und Nachkriegsjahren Schweres ertragen hat und auch die gegenwärtige Lage meistern wird.

An die Alliierten aber möchte ich das Wort richten: Wenn ich noch einmal dem tiefen Bedauern Ausdruck gebe, daß eine gesamtdeutsche Währungsreform unter Einschluß von Berlin nicht zustande gekommen ist, so möchte ich doch hierbei betonen, daß dadurch der politische Charakter Berlins als einer den vier Mächten unterstellten Stadt nicht beseitigt ist. Wir bitten dringend, an diesem Charakter der Stadt festzuhalten und die Stadtverwaltung nicht in eine ganz außerordentlich schwierige Lage zu bringen.“

Demgegenüber führte der Stadtrat für Arbeit Schmidt (SED) aus:

„Es dürfte sicherlich ein ungewöhnlicher Vorgang sein, daß ein anderes Magistratsmitglied zu derselben Sache, zu der gerade der amtierende Oberbürgermeister Stellung genommen hat, Gelegenheit nimmt, einiges zu bemerken. Aber der Herr Stadtverordnetenvorsteher hat schon darauf hingewiesen, daß wir uns seit gestern insbesondere in Berlin in einer ungewöhnlichen Lage befinden, und deshalb wollte ich Sie bitten, auch für das, was ich Ihnen jetzt zu sagen habe, Verständnis aufzubringen.

Ich möchte ferner betonen, daß, soweit es sich um die sachlichen Maßnahmen handelt, wir — wenn ich „wir“ sage, dann meine ich damit Herrn Bürgermeister Dr. Acker, Herrn Stadtrat Lübke und spreche auch in meinem eigenen Namen — mit diesen Maßnahmen im wesentlichen übereinstimmen. Wir sind aber der Meinung, daß in dieser ungewöhnlichen Situation auch gewisse politische Konsequenzen aus einer Entwicklung gezogen werden müssen.“

Aus diesem Grunde gab Stadtrat Schmidt, gleichzeitig im Namen von Bürgermeister Dr. Acker (SED) und Stadtrat Lübke (SED) folgende Sondererklärung ab:

„Die am 18. Juni 1948 in der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszone befohlene separate Geldreform ist der schwerste Schlag gegen die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands und gegen die Existenz der Hauptstadt Berlin. Die in Frankfurt am Main getroffenen Maßnahmen haben die Spaltung Deutschlands in zwei Teile vollzogen. Die Hoffnung des deutschen Volkes, besonders aber der Berliner Bevölkerung auf eine gesamtdeutsche Regelung wird durch diese separate Währungsreform zunichte gemacht.

Die separate Geldreform gehört zu den Bestandteilen einer in den Westzonen betriebenen Politik der dauernden Zerreißung Deutschlands, der Schaffung eines westdeutschen Separatstaates mit eigener Verfassung und Regierung.

Der Beschluß der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsbehörden, die Westwährung in den westlichen Sektoren Berlins nicht einzuführen, entspricht, wenn dieser Beschluß ehrlich gemeint ist, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Berlins. Alle dahin zielenden Pläne, die westlichen Sektoren Berlins in die separate Westwährung einzubeziehen, würden auch die Zerreißung Berlins und die wirtschaftliche Katastrophe bedeuten; die Folgen für die Bevölkerung wären unabsehbar.

In dieser für Berlin so schicksalsschweren Stunde ist es die Aufgabe des Magistrats von Groß-Berlin, die Interessen von 3,3 Millionen Berlinern zu schützen und alles zu tun, um die Einführung von zwei Währungen zu verhindern.

Ein Anschluß an die Westwährung würde die Gefahr einer großen Massenarbeitslosigkeit mit sich bringen. Auch die verschiedentlich propagierte Einführung einer Sonderwährung für Berlin, der sogenannten Bärenmark, ist eine Utopie und würde Berlin wirtschaftlich völlig isolieren. Nachdem die Westwährung geschaffen und eine Sonderwährung für Berlin unmöglich ist, gibt es für Berlin keinen anderen Ausweg mehr, als durch intensive Handelsbeziehungen mit der sowjetischen Besatzungszone eine Neuorientierung unserer Wirtschaft herbeizuführen. Der Magistrat hat die Pflicht, alles zu tun, daß die Berliner Wirtschaft nicht in eine Sackgasse gerät. Die Maßnahmen des Magistrats haben diese Tatsachen zu berücksichtigen. Berlin ist keine Insel, sondern geographisch von der sowjetischen Besatzungszone umgeben und mit zahlreichen Fäden wirtschaftlich und kulturell mit dieser Zone verbunden.

Aus all dem ergibt sich für den Magistrat die Aufgabe, Maßnahmen zu ergreifen, die den Warenaustausch zwischen Berlin und seinem natürlichen Hinterland sicherstellen.

Dadurch wird in Berlin der Zerfall seiner Wirtschaft verhindert und die Arbeitslosigkeit in den westlichen Sektoren vermieden. . .“

Während die Fraktionen der SPD, CDU und LDP beantragten, die Magistrats-erklärung zu billigen und die Bevölkerung Berlins aufzufordern, sich allein an die Anordnungen, die vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung im Benehmen mit der Alliierten Kommandantur erlassen würden, zu halten, forderte die SED die engste Verbindung Berlins mit der sowjetischen Zone. Auf die von ihrem Sprecher erhobenen Vorwürfe, der Magistrat habe die Spaltungspolitik mit allen Mitteln gefördert und damit Sabotage getrieben, erwiderte Dr. Friedensburg:

„Ich glaube, daß dieser Vorwurf wahrhaftig unrichtig ist. Wir haben die Spaltungspolitik zunächst dadurch in unseren eigenen Reihen bekämpft, daß wir uns bemüht haben, der Berliner Bevölkerung das Bild eines einigen Magistrats vorzuführen. Und wenn wir heute die Erklärung, die der Kollege Schmidt Ihnen vorgetragen hat, in der Mehrheit so tief bedauert haben, . . . so geschieht es vor allen Dingen deshalb, weil hier zum ersten Male seit anderthalb Jahren der Magistrat nicht einheitlich vor die Berliner Öffentlichkeit getreten ist und damit die Spaltungspolitik in Deutschland vor Augen geführt hat. . .“

Was hat der Magistrat getan bzw. unterlassen, um rechtzeitig eine vernünftige Regelung des Währungsproblems einzuleiten? Ich darf sagen, daß wir in diesem Punkte . . . bisher durchaus in Harmonie gearbeitet haben. Mir ist nicht bekannt, daß die Herren von der Minderheit Vorschläge gemacht hätten bezüglich der Durchführung der Währungsreform, die dann von der Mehrheit etwa abgelehnt worden wären. . .“

Wir haben bewußt und planmäßig darauf verzichtet, rechtzeitig eine besondere Berliner Währungsreform vorzubereiten. Wir sind der Ansicht gewesen..., daß die spezifischen Schwierigkeiten der Berliner Situation dazu beigetragen haben, eine Spaltung auf dem Gebiet der Währung bisher zu verhindern. Es ist eines der wichtigsten Hindernisse auf dem Felde der frühzeitigen Währungsreformversuche in den anderen Zonen gewesen, daß Berlin in keinen dieser Pläne hineingepaßt hat. Wir haben von Berlin aus diese Entwicklung verfolgt und haben uns immer wieder... gesagt: hier erfüllt Berlin eine nützliche Aufgabe...

Ich kann Ihnen ferner sagen, daß diese Tatsache der völlig unlösbaren Problematik des Währungsproblems für Berlin auch eines der Hauptargumente, ich kann sagen, das entscheidende Argument gewesen ist, als wir in letzter Stunde versucht haben, eine gesamtdeutsche Lösung für das Währungsproblem zu erbitten... Ich stelle mit Dankbarkeit fest, daß namentlich seitens der verantwortlichen Vertreter der französischen Regierung dieser Vorschlag mit einer gewissen Willigkeit aufgenommen worden ist, so daß wir noch vor wenigen Tagen eine leise Hoffnung haben konnten, über Berlin als Vermittler werde es möglich sein, in letzter Stunde dieses neue Unglück von Deutschland fernzuhalten...

Aber in einer solchen Lage habe ich nicht den Mut, dem Kollegen Acker zu folgen und nun vorzeitig zu sagen: jetzt bleibt nichts anderes übrig, als den gewiß billigen und bequemen Weg zu gehen und sich der Ostzonenregelung anzuschließen... Denn damit würden wir die eigentliche große Mission Berlins in den Wind schlagen. Wir würden die großen Möglichkeiten, die Berlin noch gegeben sind, vor der Geschichte versäumen. Das mag für die nächsten Tage und Wochen sehr große Schwierigkeiten und Spannungen bringen, die Sorge, die wir um Deutschland haben, ist noch größer. Wenn jetzt das letzte Band, das Deutschland äußerlich einigt, die Währung, völlig und endgültig zerreißt, so ist eine Entwicklung vorwärtsgetrieben, über deren verhängnisvollen Charakter zwischen uns Deutschen hier kein Zweifel sein kann.

In dieser Situation hat Berlin meiner Ansicht nach die Aufgabe, vorübergehende und selbst vielleicht längerdauernde ernste Schwierigkeiten auf sich zu nehmen. Es wird sich vorübergehend vielleicht sogar zum Tummelplatz der Währungsmaßnahmen der großen Besatzungsmächte hergeben müssen. Es kann sich nicht dagegen wehren. Aber es würde untreu handeln, wenn es sich... vorzeitig der einen oder anderen Lösung verschreiben wollte..."

Nach Abschluß der Aussprache wurde die Haltung des Magistrates durch die Mehrheit der Stadtverordneten gebilligt und ihm das Vertrauen ausgesprochen.

Am 21. Juni sprach Dr. Friedensburg fernmündlich gegenüber dem Vizepräsidenten der Wirtschaftskommission für die Ostzone, Selbmann, seine Ansicht dahin aus,

„daß in Berlin ein Organ geschaffen werden müsse, das das Nebeneinanderbestehen der beiden Währungen nötigenfalls für Berlin, jedenfalls aber für Deutschland erträglich zu machen habe.“

Am 22. Juni übersandte der Stabschef der SMA an Frau Schroeder den Befehl Nr. 111 Marschall Sokolowskis über die Einführung der Währungsreform in der Ostzone und in ganz Berlin nebst der dazugehörigen Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 21. Juni.

Vermerk von Bürgermeister Dr. Friedensburg vom 23. Juni 1948:

„Am 22. d. M. gegen 21 Uhr wurde ich in meiner Wohnung von der Sowjetischen Zentralkommandantur im Auftrag von Major Otschkin durch einen Dolmetscher angerufen, mit der Bitte, mich um 23 Uhr im Rathaus zur Entgegennahme einer „bedeutsamen Botschaft“ der Sowjetischen Militärverwaltung einzufinden. Auf meine Frage, ob ich allein bestellt sei, wurde mir erwidert, daß auch Frau Bürgermeister Schroeder gebeten worden sei. Ich sagte zu, zu erscheinen...

Major Otschkin übergab mir mit einer gewissen feierlichen Form das Handschreiben von Stabschef Generalleutnant Lukjantschenko vom 22. d. M., den Befehl Nr. 111 des Marschalls Sokolowski vom 23. d. M., die Verordnung der Wirtschaftskommission für die Ostzone vom 21. d. M. und die Durchführungsbestimmungen vom gleichen Tage...

Ich fragte nunmehr Major Otschkin, ob auch seiner Ansicht nach der Befehl Nr. 111 sich auf die nichtsowjetischen Sektoren von Berlin erstrecke, was er ausdrücklich bejahte. Ich fragte daraufhin, wie sich diese Auffassung mit der Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin vereinbaren lasse. Major Otschkin erklärte darauf, daß er hierzu keinerlei Erklärung abgeben könne. Ich fragte dann endlich, wie sich der Magistrat verhalten solle, wenn die nichtsowjetischen Besatzungsmächte ausdrücklich andere Verordnungen für ihre Sektoren trafen. Major Otschkin deutete hierauf ausweichend an, daß seiner Ansicht nach die Westmächte keine solchen Anordnungen erlassen würden, und lehnte im übrigen eine präzise Stellungnahme zu meiner Frage ab. Ich erklärte darauf, daß ich die Anordnung entgegennähme und sie dem Magistrat unterbreiten würde.

gez. Dr. Friedensburg“

In seiner Sitzung vom 22. Juni stellte der Magistrat fest,

„daß der Befehl einzelner Sektorenkommandanten nach Artikel 36 der Vorläufigen Verfassung lediglich für den betreffenden Sektor bestimmt sein könne. Jede andere Auslegung würde zu der Möglichkeit abweichender oder gar entgegengesetzter Anordnungen für das gleiche Stadtgebiet und damit zu unüberschaubaren Schwierigkeiten für die Stadtverwaltung führen.“

Am 23. Juni erklärten die drei westlichen Besatzungsmächte den sowjetischen Währungsbefehl für null und nichtig in ihren Sektoren und ordneten als vorübergehende Notmaßnahme die Schließung aller Banken und Geschäfte, abgesehen von Lebensmittelgeschäften und Apotheken, an. Am nächsten Tage wurde die Westwährung in den Westsektoren eingeführt.

Die zum 23. Juni um 16 Uhr einberufene Sitzung der Stadtverordneten konnte erst um 17.41 Uhr eröffnet werden, da eine größere Menschenmenge in den Sitzungssaal eingedrungen war. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr gab dazu die Erklärung ab:

„Ich eröffne die 74. Außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin. Ich bedaure außerordentlich die Vorkommnisse, die dazu geführt haben, den Beginn der Stadtverordnetenversammlung um nahezu zwei Stunden zu verzögern. Es war mir heute morgen bekannt geworden, daß von einer Reihe von Betrieben Delegationen abgesandt werden würden, um der Stadtverordnetenversammlung heute Petitionen zu überreichen. Daher habe ich angeordnet, daß das Betreten des Hauses keinen größeren Gruppen von Menschen gestattet würde, sondern die Delegationsführer sollten gebeten werden, ihre Petitionen in meinem Büro abzugeben. Von mittags 1 bis 3 Uhr hat sich dieser Verkehr auch reibungslos vollzogen.

Um drei Uhr hat dann eine Menschenmenge die aufgestellten Pfortner und den dort stets postierten Schutzmann beiseite geschoben, ist in das Haus eingedrungen, hat die Tribüne und die hinteren Reihen des Sitzungssaales der Stadtverordnetenversammlung besetzt. Ich bedaure das außerordentlich. Sie können überzeugt sein, daß eine solche Stunde in der Geschichte der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin für mich besonders schmerzlich ist. Aber Sie werden zugeben, daß ich mich bemüht habe, mit Geduld und Abwarten zu einer geordneten Geschäftsführung zu kommen. Ich habe absichtlich nicht veranlaßt, daß die Polizei unmittelbar eingreift, denn ich würde es nicht als ein Ehrenzeichen einer Stadtverordnetenversammlung ansehen, wenn wir uns hier mit Polizeigewalt Ruhe und Ordnung verschaffen würden. — Ich bitte also um Ihr Verständnis dafür, daß wir unter diesen Umständen unsere heutige Sitzung verspätet beginnen.

Die Tatsache, daß ich zum zweiten Mal innerhalb von 5 Tagen von der Ermächtigung der Vorläufigen Verfassung Gebrauch machen muß, im Falle äußerster Dringlichkeit eine Außerordentliche Stadtverordnetenversammlung ohne Einhaltung der Einladungsfrist einzuberufen, kennzeichnet den Notstand, in dem sich die Berliner Bevölkerung und die Berliner Selbstverwaltung befinden. Erschien am vergangenen Sonnabend eine Außerordentliche Sitzung dringend geboten, um zu den Auswirkungen der Währungsreform der Westzonen Stellung zu nehmen, so ist heute die Außerordentliche Sitzung noch dringender geworden, weil der Befehl des Obersten Chefs der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland zur Währungsreform einging. Waren wir am letzten Sonnabend nur mittelbar von der Währungsreform betroffen, so sind wir es jetzt unmittelbar. . . . Aber es handelt sich nicht mehr nur um die Währungslage der Berliner Wirtschaft, sondern um eine Schicksalsfrage der Berliner Selbstverwaltung. Die Tatsache, daß der Befehl des sowjetischen Oberbefehlshabers sich nicht nur auf den sowjetischen Sektor beschränkt, sondern auch die drei übrigen Sektoren von Groß-Berlin mit erfaßt und eine Maßnahme ist, die von den anderen Mächten mit Berufung auf das Viermächteabkommen bestritten wird, beweist, daß eine Allianz der Alliierten nicht nur in der Währungsfrage nicht mehr besteht. Das zeigt die ganze Tragik des Schicksals dieser Stadt und ist geeignet, in der Bevölkerung Verwirrung zu schaffen, erschwert die Arbeit des Magistrats außerordentlich. In dieser Situation muß es uns aber darauf ankommen, die Ausführungen der Befehle der Alliierten Mächte durch den Magistrat zu unterstützen. Die Stadtverordnetenversammlung würde ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, wenn sie in diesem Augenblick schweigen würde. Sie muß durch die Aussprache die Situation klären und durch die Art ihrer Sprache in der Bevölkerung das Gefühl für die Sicherheit der Führung der Selbstverwaltung stärken. Es kommt aber nicht nur darauf an, die Bevölkerung über die Währungslage zu informieren, sondern auch die Stellung der Selbstverwaltung in der politischen Situation zu klären.“ . . .

Frau Schroeder führte dazu, nach Mitteilungen über den Inhalt des Befehls Nr. 111, aus:

. . . Wie ich am 19. Juni 1948 ausgesprochen habe, wäre es nicht nur mein, sondern der größte Wunsch des Magistrats gewesen, wenn es hätte gelingen können, für ganz Deutschland eine einheitliche Währungsreform durchzuführen. Nachdem dies nicht der Fall war, hat wohl die Bevölkerung mit uns sich der Hoffnung hingegeben, daß eine Einigung zustande käme über eine einheitliche Währungsreform für Groß-Berlin. Wir haben es deshalb begrüßt, daß eine Sitzung aller vier Besatzungsmächte im Hause des Kontrollrats stattfand. Die Überreichung der genannten Befehle seitens des Obersten Chefs der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland hat uns

eines anderen belehrt. Die Tatsache, daß eine solche Einigung zwischen den vier Mächten, die Groß-Berlin als Besatzungsmächte verwalten, nicht erfolgt ist, wurde heute durch die Überreichung dreier weiterer Anordnungen seitens der Militärgouvernements der britischen, der amerikanischen und der französischen Besatzungsmacht bestätigt . . .

Unter diesen Umständen hat der Magistrat von Groß-Berlin den Bürgermeistern des sowjetischen Sektors Anweisung erteilt, in jeder Weise und mit allem Verantwortungsbewußtsein den Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland durchzuführen. Der Magistrat ist aber nicht in der Lage, so sehr ihm die einheitliche Verwaltung für Berlin am Herzen liegt, den sowjetischen Befehl in den drei westlichen Sektoren zur Durchführung zu bringen. Es würde gegen den ausgesprochenen Willen der entsprechenden Militärverwaltungen und ihre gegebenen Befehle verstoßen. Er ist gezwungen, die Bürgermeister der britischen, amerikanischen und französischen Sektoren zu ersuchen, die von ihren Sektorenkommandanten angeordneten Notmaßnahmen zu befolgen und für ihre Durchführung in jeder Hinsicht besorgt zu sein . . .

Es ist selbstverständlich, daß der Magistrat das dringendste Bedürfnis hat, die Berliner Bevölkerung vor Schäden, wie sie aus zwei Währungen entstehen können, zu schützen. Er wird deshalb alles daran setzen, um in Verhandlungen mit den vier Kommandanten Berlins eine Angleichung der Währung innerhalb Berlins und in den verschiedenen Zonen Deutschlands durch zu erlassende Ausführungsbestimmungen zu erreichen.

Wenn ich zum Schluß meiner Rede am letzten Sonnabend den Wunsch ausgesprochen habe, daß Berlin nach wie vor auf der Grundlage des Viermächte-Statuts einheitlich verwaltet wird, so möchte ich in diesem Augenblick nicht nur diese Bitte wiederholen, sondern ausdrücklich betonen, daß Berlin trotz der in der Währung eingetretenen Schwierigkeiten von uns als ein einheitliches Verwaltungsgebiet betrachtet wird. Wir werden stets bemüht sein, in dieser Weise die Berliner Verwaltung einheitlich zu gestalten."

Gegenüber dieser Stellungnahme gab Bürgermeister Dr. Acker für die der SED angehörenden Mitglieder des Magistrats eine Sondererklärung ab:

"... Wir hatten dem Magistrat folgendes vorgeschlagen zu beschließen, sind aber dabei allein auf der Flur geblieben. Unser Entschließungsvorschlag lautete:

So wie zu einem einheitlichen Gesamtdeutschland eine einheitliche Währung gehört, so gehört auch zu einem einheitlichen Berlin eine einheitliche Währung. Bei der gegebenen Lage sieht sich der Magistrat demgemäß veranlaßt, den Befehl Nr. 111 der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland durchzuführen und die westlichen Alliierten zu bitten, der Durchführung keinen Widerstand entgegenzusetzen. Der Magistrat sieht sich zugleich mit der Durchführung veranlaßt, im Rahmen der neuen Währung für eine hinreichende Selbständigkeit Berlins Sorge zu tragen und seine wirtschaftliche Verflechtung mit dem Westen Deutschlands zu sichern und zu fördern. Er wird entsprechende Einzelvorschläge unterbreiten. Hiermit glaubt der Magistrat, der Berliner Bevölkerung Erschütterungen und Erschwerungen ihres Daseins zu ersparen und Berlin sowie Gesamtdeutschland den Weg in eine bessere Zukunft nicht zu verschütten.

Wir stehen in einer ungemein verantwortungsvollen Lage. Es handelt sich in der Tat um die tägliche Existenz von Millionen von Menschen. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie unsere verantwortungsvolle Entschließung zu würdigen verstanden."

Stadtverordneter Maron ergänzte diese Ausführungen durch eine Erklärung der Fraktion der SED:

„Berlin kann seine Stellung als Hauptstadt Deutschlands nur behaupten, wenn es sich auf die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte der sowjetischen Besatzungszone stützt, die die Vorkämpfer für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sind.

Die Einführung einer eigenen Berliner Währung oder einer Parallelwährung für Berlin müßte zu einem wirtschaftlichen Chaos führen. Wer diese Regelung vertritt, handelt gegen die Interessen Berlins und ist ein Feind seiner Bevölkerung.

Die heutige Erklärung der Mehrheit des Magistrats vollendet die verderbliche Politik, die diese Mehrheit seit dem 20. Oktober 1946 getrieben hat. Die Berliner Parteiführungen der SPD, CDU und LDP haben alles getan, um Berlin in eine Provinzstadt der Bizone zu verwandeln.

Die gegenwärtige Magistrate Mehrheit und ihre Auftraggeber in New York und London haben durch ihre Taten bewiesen, daß sie überhaupt nicht interessiert sind am Leben und Aufbau Berlins, sondern Berlin nur als Brückenkopf gegen die Demokratie betrachten.

Ein Vergleich der Währungsreform in den Westzonen und der Ostzone zeigt den grundlegenden Unterschied in sozialer Hinsicht. Im Westen führt die Währungsreform zur weiteren Verarmung und Ausplünderung der arbeitenden Schichten, zur Rettung der Vermögen der Kriegsgewinnler, Großkapitalisten, Junker und Schwarzhändler. In der Ostzone geht die Währungsreform von der Sicherung und dem Aufbau der Friedenswirtschaft und der Demokratisierung Deutschlands aus, unter besonderer Berücksichtigung der Interessen des werktätigen Volkes. Der Versuch, diese sozialen Maßnahmen als kommunistisch hinzustellen, beweist die Absicht, die Berliner Bevölkerung zu verwirren.

Für die Berliner gibt es nur einen Ausweg. Das ist die Durchführung der Geldreform nach den Vorschlägen der Deutschen Wirtschaftskommission und dem Befehl 111 des Marschalls Sokolowski. Jede andere Regelung bedeutet eine Schädigung jedes einzelnen Berliner Einwohners und der Gesamtheit der Interessen Berlins. Wir sagen darum auch von dieser Stelle aus der Berliner Bevölkerung: Wer die westliche Separatistenmark annimmt, verliert die Grundlage seiner Existenz.

Die Sparguthaben der Berliner Bevölkerung und die Gelder der Sozialversicherung liegen im sowjetischen Sektor Berlins. Wir werden niemals unsere Zustimmung dazu geben, daß diese Gelder der Berliner Bevölkerung den monopolistischen Interessen der Westmächte geopfert werden.“

Nach Abschluß der Debatte wurde ein Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und LDP angenommen:

Die Stadtverordnetenversammlung billigt die Haltung des Magistrats und spricht ihm das Vertrauen aus. Sie hält aus rechtlichen und politischen Gründen an der Einheit Berlins fest. Dies erfordert eine von allen Besatzungsmächten anerkannte Währungsordnung für ganz Berlin. Nachdem es den Besatzungsmächten nicht gelungen ist, eine einheitliche Währung für ganz Deutschland zu schaffen, fordert die Stadtverordnetenversammlung die Gültigkeit der beiden neu eingeführten Währungen für ganz Berlin, um seine wirtschaftliche Einheit zu sichern. Unbeschadet der Verschiedenheit der beiden Währungen besteht die Verpflichtung der Besatzungsmächte, die Versorgung der Bevölkerung in allen Sektoren zu sichern. Die Störungen und

Schwierigkeiten, die aus der Zusammenarbeit der Besatzungsmächte für die Selbstverwaltung der Stadt Berlin in zunehmendem Maße entstanden sind, zwingen dazu, daß den verfassungsmäßigen Organen Berlins zur Überwindung des bestehenden Notstandes unverzüglich die freie Selbstverwaltung auf Grund der am 22. April beschlossenen Verfassung eingeräumt wird und die Besatzungsmächte sich auf die Aufsicht und Wahrung ihrer Besatzungsinteressen beschränken.

Dr. Suhr knüpfte daran ein Schlußwort:

„... Mit diesem Beschluß ... ist erst ein erster Schritt getan. Unter den gegenwärtigen politischen Spannungen, die leider zwischen den alliierten Mächten bestehen und die leider — und ich sage nochmals leider — in dem bisher so ruhigen Berlin offenbar am heutigen Tage erzeugt worden sind, werden diese Arbeiten besonders schwierig sein ...

Morgen jährt sich in der Geschichte ein Schicksalstag. Morgen vor 26 Jahren ist Walter Rathenau ermordet worden. Mit dieser Tat und mit diesem Tage ist damals die deutsche Währung und die deutsche Politik in eine Krisis hineingeraten, die das Dasein des deutschen Volkes und seine Zukunft erschüttert hat. Heute stehen wir in einem ähnlich krisenhaften Zustand. Wiederum sind Währungsfragen mit politischen Fragen schicksalhaft verknüpft, und wiederum, mehr als damals, an die Entscheidung außerdeutscher Mächte gebunden. In diesem Notstande ist die Währungsfrage zu einer Bewährungsfrage der Berliner Politik geworden. Ich glaube, der Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, daß der Beschluß, den Sie eben mit so großer Mehrheit gefaßt haben, den Berlinern diese Entscheidung und Arbeit erleichtern möge.“

Nach Schluß der Sitzung wurden mehrere Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung bei dem Verlassen des Gebäudes von Demonstranten durch Schmährufe beleidigt und körperlich mißhandelt, ohne daß die anwesenden Polizeibeamten eingriffen. In der Sitzung vom 29. Juni wurde deshalb ein Gesetz über Befriedung des Neuen Stadthauses, ein sogenanntes Bannmellengesetz, beschlossen. Die zu seinem Inkrafttreten erforderliche Bestätigung durch die Alliierte Kommandantur erfolgte nicht.

Der Magistrat beschloß am 25. Juni:

„Durch Rücksprache mit den in Betracht kommenden Kommandanturen soll dahin gewirkt werden, daß die Wertzeichen beider Währungsarten im gesamten Stadtgebiet nebeneinander als gleichwertige gesetzliche Zahlungsmittel gelten. Hierbei ist insbesondere erwünscht, daß das Verbot des Umlaufs von D-Mark im Ostsektor und die Beschränkung des Umlaufs von Ost-Mark in den Westsektoren gleichzeitig aufgehoben werden.“

5. Verschärfung der Blockade

Im Anschluß an die Bekanntgabe der Verordnung über die Währungsreform in den Westzonen traten folgende Verschärfungen in der bereits bestehenden Abschnürung Berlins ein:

18. Juni Der Personenverkehr Westen—Berlin und Westen—Ostzone eingestellt.

24. Juni Verlautbarung des sowjetisch lizenzierten Nachrichtenbüros ADN:
„Infolge einer technischen Störung an der Eisenbahnstrecke war die Transportverwaltung der sowjetischen Militärverwaltung in Deutsch-

land gezwungen, in der Nacht zum 24. Juni sowohl den Passagier- als auch den Güterverkehr auf der Strecke Berlin—Helmstedt in beiden Richtungen einzustellen. Der Chef der Transportverwaltung der SMV, Generalmajor Kwaschnin, erließ die notwendigen Anordnungen, um die Strecke schnellstens in Ordnung zu bringen.

Wie verlautet, ist es zur Zeit nicht möglich, zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs in dieser Richtung eine Umleitung vorzunehmen, da sich das auf den gesamten Eisenbahnverkehr der sowjetischen Besatzungszone ungünstig auswirken würde.“

In der gleichen Nacht Einstellung der Stromlieferungen aus dem sowjetischen Sektor in die Westsektoren.

Einstellung der Kohlenlieferungen aus der Ostzone nach den Westsektoren Berlins.

Auslieferung von Lebensmitteln sowie Frischmilch aus der Ostzone und dem Ostsektor nach den Westsektoren Berlins gesperrt.

26. Juni Beginn der Versorgung Berlins aus der Luft durch die Westmächte.

Verhandlungen der Militärgouverneure über Wiederaufnahme des Verkehrs waren ergebnislos. Die Versorgung der zwei Millionen Einwohner der Westsektoren ausschließlich aus der Luft schien schwerste Gefahren für die Aufrechterhaltung der Zuteilung an Lebensmitteln, Strom und Verbrauchsgütern mit sich zu bringen, so daß Bürgermeister Dr. Friedensburg nach eingehenden Verhandlungen mit den Vertretern verschiedener Militärmissionen am 29. Juni eine Magistratsvorlage über einen Appell an die Organisation der Vereinten Nationen wie folgt begründete:

„... Wenn der Magistrat den ungewöhnlichen Schritt unternimmt, die Organisation der Vereinten Nationen anzurufen, die Notlage der Stadt Berlin damit vor die Weltöffentlichkeit und vor die friedliche Gemeinschaft der Nationen zu bringen, so bedarf ein solcher Schritt einer eingehenden Begründung. Ich will versuchen, Ihnen darzulegen, auf Grund welcher Voraussetzungen der Magistrat zu diesem Schritt gelangt ist, wie er sich die technische Ausführung dieses Schrittes denkt und welche Hoffnungen und Erwartungen er an diese Maßnahme knüpft.

... Der Magistrat hat in der vorigen Woche den Bericht seiner Mitglieder entgegengenommen, die mit der Versorgung der Stadt Berlin auf den verschiedenen Gebieten vertraut sind, d. h. der Herren Stadträte für Ernährung, für Wirtschaft und für Verkehr. Auf Grund dieser Berichte hat das Magistratskollegium die Überzeugung gewonnen, daß die fortschreitenden Erschwerungen des Verkehrs zwischen Berlin und einem großen Teil seines Versorgungsgebiets, ja eigentlich mit seinem gesamten Versorgungsgebiet ein Lage schaffen, die eine sehr ernste Krisis für die Berliner Bevölkerung in nicht zu ferner Zukunft heraufzuführen geeignet ist.

Ohne hier in die Einzelheiten eingehen zu müssen, stelle ich fest, daß voraussichtlich schon mit Ende des Monats für einen großen Teil der Berliner Bevölkerung Versorgungsschwierigkeiten auftreten werden, die eine ernste, um nicht zu sagen tödliche Gefahr für diesen Bevölkerungsteil bedeuten müssen, wenn der Gefahr nicht rechtzeitig entgegengetreten und Abhilfe geschaffen wird.

Wie Sie wissen, unterliegt der Verkehr zwischen Berlin und seinen Versorgungsgebieten etwa seit Beginn dieses Jahres Schwierigkeiten und Maßnahmen, die zu einer immer stärkeren Einschränkung der Versorgung, in den letzten Tagen sogar zu einer regelrechten Unterbindung, zu einer regelrechten Beendigung dieser Versorgung geführt haben.

Es ist historisch und auch politisch wichtig, daß diese Schwierigkeiten nicht erst in jüngster Zeit aufgetreten sind. Ich lege ausdrücklich Wert darauf, daß diese Schwierigkeiten sich zwar in den letzten Tagen zu der jetzigen Krisis gesteigert haben, daß sie aber in ihrem Ursprung und auch in ihrer deutlich erkennbaren Tendenz mit Beginn dieses Jahres, etwa mit Anfang Januar 1948, eingesetzt haben, so daß es also eine falsche Auffassung wäre, sie lediglich mit den jetzigen Nahrungsmaßnahmen in Verbindung zu bringen.“

Nach einem Überblick über die historische Entwicklung der Dinge und einem Hinweis auf die bereits eingetretenen oder zu erwartenden Schwierigkeiten ging Dr. Friedensburg auf die rechtlichen Voraussetzungen und die Technik einer Anrufung der UN ein. Er fuhr dann fort:

„Ich glaube, daß wir deshalb nicht nur in unserem Sinne, nicht nur im eigenen Interesse handeln, sondern daß wir der Menschheit einen Dienst erweisen, wenn wir ihr vor Augen halten, was bei Überspitzung machtpolitischer Zielsetzungen und machtpolitischer Maßnahmen für die Menschheit zu entstehen vermag.

Und vor allen Dingen wollen wir uns nicht vorwerfen lassen, wenn sich die Lage wirklich so entwickelt, wie sie sich augenblicklich zu entwickeln droht, daß wir nicht rechtzeitig die Stimmen erhoben haben und nicht rechtzeitig alle, die es anging, auf den Ernst der Dinge hingewiesen haben.

Aber lassen wir einmal die politischen Erwägungen beiseite. Was sich hier abspielt und was sich hier entwickelt, ist bei allem Grausen, was wir schon erlebt haben — und wir wissen etwas davon zu sagen — etwas so Unerhörtes, daß wir auch schon als Menschen, als moralisch und rechtlich denkende Menschen dazu nicht schweigen dürfen.

Ob der Weg, den wir einschlagen, von Erfolg sein wird, das können wir nicht übersehen. Ob der Weg von allen Seiten gutgeheißen wird, wissen wir auch nicht. Aber wir haben rechtzeitig unsere Pflicht getan gegenüber unserer armen Bevölkerung. Sie hat wahrhaftig in den letzten Jahren genug durchgemacht, und ich glaube, wir alle stehen voll Respekt und Dankbarkeit vor unseren Menschen, die unter diesen unerhörten Schwierigkeiten immer wieder mit Mut, immer wieder sogar mit Freudigkeit ihre ganze Kraft eingesetzt haben . . . Wir können diesen Respekt und diese Dankbarkeit meiner Ansicht nach nicht anders und besser zum Ausdruck bringen, als wenn wir für eben unsere Bevölkerung rechtzeitig unsere Stimme erheben und die Welt bitten: Helft uns. Wir haben keine andere Hilfe, wenn ihr versagt.“

Während die SED eine Anrufung nicht der UN, sondern des Kontrollrats für richtig hielt, stimmten die Mehrheitsparteien der Magistratsvorlage zu. Aus den Reden ihrer Vertreter sind folgende Stellen bemerkenswert:

Frau Krüger (CDU):

„Um was handelt es sich denn bei solchen Maßnahmen? Sprechen wir das Wort auch hier offen aus! Es ist einfach eine Blockade einer offenen Stadt . . . Wir fühlen uns daher verpflichtet, auch nach allen Wegen Ausschau zu halten, die unserer Stadt Hilfe bringen können, mit Ausnahme allerdings eines Weges — das muß ich betonen —, der auf Kosten unserer persönlichen Freiheit gehen würde . . . Diesen Weg würden wir nicht mitgehen können . . . Die Gefahr eines neuen Krieges und die durch nichts gerechtfertigte Bedrohung des nackten Lebens von Millionen Menschen empfinden wir als so schwerwiegende Gründe, daß wir uns an die Vereinten Nationen wenden und die ganze Welt auf diese Not ausdrücklich aufmerksam machen wollen. Es sind genug Tränen geflossen. Es sind genügend Frauen und Kinder verhungert. Einmal muß auch dies ein Ende haben. Die Welt muß es begreifen . . .“

Frau Leber (SPD):

„... Seit den letzten Ereignissen kann wohl kaum noch einer im Zweifel sein, was mit dieser Stadt und ihrer Bevölkerung beabsichtigt ist, einer Bevölkerung, die sich keineswegs und selbst nicht um den Preis der Strangulation dem Anspruch einer politischen Partei unterwerfen will. ... Wir, die wir leider nicht in den Kreis der Vereinten Nationen gehören dürfen, obwohl wir nicht nur aus innerpolitischen Gründen, sondern auch aus Gründen der Völkerrechtsbrüche Hitlers gegen Hitler kämpften, wir glauben, daß wir das Prinzip der freien demokratischen Welt hochgehalten haben und daß wir nun wohl auch unsere freien demokratischen Freunde in aller Welt daran erinnern dürfen, daß auch sie das Prinzip hochzuhalten haben und es an uns erfüllen müssen.

Bei der ganzen Bedeutung, die der Stadt Berlin zufällt und über die hier oft genug gesprochen worden ist, möchte ich noch zu bedenken geben, daß Berlin der Schauplatz ist für das Neuwerden einer europäischen, ja, ich möchte sagen, einer Weltgesinnungs- und Prinzipientreue. Vorläufig sind wir Berliner in diesem Schauspiel die Akteure, und die Welt sitzt auf der Tribüne und sieht zu. Wir wollen nicht das, was wir tun, zum Schauspiel einer Tribüne machen, sondern das, was wir tun, ist Selbstverständlichkeit für uns. Aber wir wünschen, daß die Welt von der Tribüne herabsteigt, um mit uns gemeinsam Akteur in dieser schicksalsschweren Zeit zu sein.

Ich zweifle nicht daran, daß ein Appell an die UN von Erfolg sein wird. . . .“

Frau Dr. Barnowsky (LDP):

„Die Situation Berlins ist unerhört. Der Tatsachenbericht, den uns Herr Bürgermeister Dr. Friedensburg gegeben hat, spricht für sich. Er spricht so sehr für sich, daß ich persönlich der Meinung bin, eine Debatte darüber hätte sich eigentlich erübrigt. . . . Die Dinge sprechen so für sich, daß es eigentlich unerhört ist, diese Berliner Not in eine parteipolitische Debatte hineinzuziehen. . . .

Wenn wir den Beschluß des Magistrats, sich an die UN zu wenden, unterstützen, so deshalb, weil wir der Auffassung sind: Die ganze Welt soll sehen, welche Not hier herrscht, die ganze Welt soll sich angesprochen fühlen, die ganze Welt soll die Verpflichtung fühlen, hier zu helfen.

Wir sind überhaupt der Auffassung, daß die Politik unter dem Gesichtspunkt der Menschlichkeit getrieben werden muß, auch die große Weltpolitik. . . . Wir haben die Hoffnung, daß die Realpolitik der Humanität auch einmal von den starken und mächtigen, den Siegernationen, und zwar von allen Siegernationen, gesehen wird; denn Wirklichkeit werden kann sie ja erst, wenn auch der Starke sich an die Humanität gebunden fühlt.“

Stellv. Oberbürgermeister Frau Schroeder:

„Ich habe Frau Stadtverordneter Barowsky von Herzen zugestimmt, als sie meinte, diesen Appell an die UN hätten wir hier einstimmig und möglichst ohne Debatte beschließen sollen. Aber noch mehr bedaure ich, daß der Magistrat hier heute zum dritten Male das Bild gibt, nicht einmütig vor die Stadtverordnetenversammlung getreten zu sein. Ich möchte offen sagen, daß wir schon in den beiden anderen Fällen, in denen wir gesehen haben, daß die Minderheit des Magistrats hier ihre Meinung geäußert hat, aber ganz besonders in diesem Falle, nicht nur einmal, sondern zweimal in zwei Sitzungen stundenlang im Magistrat alles Für und Wider besprochen haben, und ich meine, es ist auch ein Punkt der Demokratie, daß sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen hat, ganz besonders in einer Arbeitsgemeinschaft, wie sie die Verwaltung der Stadt Berlin darstellt. . . . Ich fühle mich als Vertreterin des Magistrats verpflichtet, offen zu sagen, daß ich glaube, daß unsere Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft des Magistrats und in der Sache nur darunter

leiden kann, wenn in dieser Weise, wie es jetzt üblich geworden ist, in jeder Sitzung zwei Meinungen des Magistrats vertreten werden.

Aber . . . zur Sache selbst. Niemand von uns hat etwas dagegen, den Kontrollrat anzurufen. Aber ich möchte doch die Herren und Damen, die hier den Antrag gestellt haben, daran erinnern, daß der Kontrollrat seit Monaten nicht mehr zusammengekommen ist.

Wenn der Kontrollrat gearbeitet hätte, dann hätten wir vielleicht diese ganze Sitzung und die Anrufung der UN nicht nötig gehabt. Das ist doch leider das, worunter wir Deutschen so tief zu leiden haben, daß die Besatzungsmächte sich nicht einig geworden sind. Unser Ruf an die UN ist in keiner Weise für die eine oder andere Besatzungsmacht, unser Ruf an die UN ist lediglich ein Ruf: Laßt nicht die Berliner Bevölkerung und damit auch Deutschland in Gefahr kommen, zugrunde zu gehen! Wir sprechen nicht über die Ursachen. Ich möchte aber noch eins hinzufügen. Nicht nur, daß der Kontrollrat seit Monaten nicht getagt hat, sondern wir wissen ganz genau, daß wir nicht das Recht haben, uns direkt an den Kontrollrat zu wenden, sondern daß wir gezwungen sind, zunächst einmal die Kommandantur zu bitten, unseren Antrag an den Kontrollrat weiterzugeben. Das ist eine neue Erschwerung. Wir haben aber im Magistrat beschlossen, den alliierten Mächten von unserer Eingabe an die UN sofort Mitteilung zu machen, und zwar volle Mitteilung des Wortlauts. Daraus sehen Sie schon, daß wir nicht Stellung nehmen wollen gegen die Besatzungsmächte oder gegen eine Besatzungsmacht, sondern daß wir in uns die Verpflichtung fühlen, etwas zu tun, was dem Berliner Volk aus der schweren Lage heraushelfen kann.

Und wenn nun Herr Kollege Dr. Acker gemeint hat: was nützt uns das alles, wenn wir nicht den Staat finden, der unsere Eingabe weitergibt, so erinnere ich ihn daran, daß entsprechend den heutigen Pressemeldungen schon lediglich die Kenntnis davon, daß in Berlin etwas Derartiges beabsichtigt ist, den Generalsekretär veranlaßt hat, Schritte zu unternehmen, um festzustellen, ob die Beteiligten bereit sind, im Sicherheitsrat die Frage zu erörtern.

Daraus erschen Sie, daß also, selbst wenn wir in der traurigen Lage sein sollten, keine Macht zu finden, die bereit ist, unsere Interessen zu vertreten, wenn wir hier sachlich aussprechen, was ist, und sachlich aussprechen, was sein könnte, wenn uns nicht rechtzeitig geholfen wird, wir vor der Weltgeschichte unsere Pflicht getan haben und hoffen können, daß die Weltöffentlichkeit dem nicht gleichgültig gegenübersteht.“

Der Wortlaut des Appells der städtischen Körperschaften an die UN vom 30. Juni 1948:

„Die demokratisch gewählten Körperschaften von Groß-Berlin, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, bitten auf Grund der Artikel 34 und 35, Ziffer 1, der Charta der Vereinten Nationen, die gegenwärtige Situation von Groß-Berlin vor den Sicherheitsrat oder die Vollversammlung der Vereinten Nationen zu bringen. Die Fortdauer der gegenwärtigen Situation von Groß-Berlin erscheint geeignet, „die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu gefährden“. Gleichzeitig nehmen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung auf Artikel 73 der genannten Charta Bezug: hier haben die Mitglieder der Vereinten Nationen es als „heilige, ihnen anvertraute Aufgabe übernommen, die Wohlfahrt der Bewohner von Territorien, die noch kein volles Maß von Selbstregierung erreicht haben, soweit als möglich zu fördern“, und haben anerkannt, daß „die Interessen der Bewohner dieser Territorien am höchsten stehen“. Gerade diese Bestimmung der Charta der Vereinten Nationen gibt der Berliner Bevölkerung das Vertrauen, daß sich die Vereinten Nationen der Not der Stadt Berlin annehmen werden.

Das Gebiet von Groß-Berlin, 884 Quadratkilometer groß, mit einer jetzt rund 3,3 Millionen Köpfe zählenden Bevölkerung, steht auf Grund der Erklärung der

Siegermächte über das Kontrollverfahren in Deutschland vom 5. Juni 1945 unter der unmittelbaren Verwaltung und Kontrolle von vier Besatzungsmächten, Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und der Sowjetunion, die sämtlich Mitglieder der Vereinten Nationen sind. Der Stadt Groß-Berlin ist im Herbst 1946 eine Vorläufige Verfassung gegeben worden, die der Bevölkerung in kommunalen Angelegenheiten ein gewisses Maß von Selbstverwaltung gewährt, alle Gesetzgebung jedoch und alle wichtigen Verwaltungsentscheidungen der Zustimmung der Alliierten Kommandantur unterwirft. Da die Beschlüsse der Alliierten Kommandantur der Einstimmigkeit bedürfen, hat die zwischen den Besatzungsmächten bestehende Spannung das Zustandekommen solcher Beschlüsse seit längerer Zeit immer mehr erschwert, so daß viele notwendige Entscheidungen auf wichtigen Gebieten nicht mehr erfolgen. Dagegen sind die einzelnen Besatzungsmächte auf Grund eines in der Vorläufigen Verfassung ausgesprochenen Vorbehalts immer mehr dazu übergegangen, in den von ihnen besetzten Gebiets teilen Berlins, den sogenannten Sektoren, gesonderte Maßnahmen zu treffen und haben damit die für das Gedeihen Berlins unentbehrliche Einheitlichkeit der Verwaltung in immer stärkerem Maße zerstört. Den Höhepunkt dieser gefährvollen Entwicklung bildet die Einführung getrennter Geldwährungen, die in den letzten Tagen der Schaffung einer neuen Währung in Westdeutschland gefolgt ist. Die sowjetische Kommandantur hat für den von ihr besetzten Ostsektor von Groß-Berlin die in der sowjetischen Besatzungszone geltende Währung eingeführt, während die Kommandanten Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs für die Westsektoren die Währung eingeführt haben, die für die von ihnen besetzten Zonen Deutschlands gilt.

Die auf diesen Umständen beruhende Krisis der Berliner Wirtschaft und Verwaltung hat nun in der letzten Zeit eine unheilvolle Verschärfung dadurch erfahren, daß der Verkehr zwischen Berlin und dem übrigen Deutschland durch Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht auf den meisten Gebieten zum Stillstand gebracht worden ist. Wie bei den geographischen Bedingungen nicht anders zu erwarten, ist die Versorgung der Berliner Bevölkerung mit den wichtigsten Verbrauchsgütern so gut wie vollständig auf die Zufuhr von außen angewiesen. Die gesamte Kohle, etwa ein Drittel der verbrauchten elektrischen Energie und etwa 99% des Nahrungsbedarfs werden aus dem übrigen Deutschland und aus dem Ausland bezogen. Bis zur Kapitulation Deutschlands konnte Berlin diese Leistungen mit seiner Verwaltung als Hauptstadt und mit den Erträgen seiner Industrie und seines sonstigen Gewerbes bezahlen; da Berlin jedoch einstweilen einen wesentlichen Teil seiner Hauptstadtfunktion nicht ausüben vermag, und da Industrie und Gewerbe durch Bombenschäden, durch die Vorgänge bei der Eroberung der Stadt im Frühjahr 1945 und durch Demontagen mehr als zwei Drittel ihrer früheren Leistungsfähigkeit eingebüßt haben, ist Berlins Versorgung zum großen Teil nicht mehr aus eigener Kraft möglich.

Die neuen Erschwerungen betreffen also eine Bevölkerung, die ohnedies unter sehr harten Umständen lebt und arbeitet. Nunmehr ist seit Mitte Januar 1948 der Versand von Berliner Gütern und der Kraftwagenverkehr zwischen Berlin und der sowjetischen Besatzungszone weitgehend eingeschränkt worden. Seit Anfang April 1948 wurde der Versand von Berliner Erzeugnissen nach dem Westen durch Einführung neuer Kontrollvorschriften auf etwa ein Zehntel der ohnedies zur Bezahlung der Berliner Verpflichtungen ganz unzureichenden früheren Menge zurückgeführt. Durch unzureichende Gestellung von Postwagen wurde ferner der Paketpostverkehr von Berlin nach dem Westen seit dem 5. April 1948 auf etwa ein Drittel des früheren Umfanges verringert. Am 7. Mai 1948 wurde der Eisenbahngüterverkehr zwischen Berlin und dem Westen völlig unterbrochen. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichten diese Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung getrennter Währungen Mitte Juni: Am 24. Juni erfolgte die vollständige Sperrung des einzigen Verkehrs zwischen dem Westen und Berlin dienenden Bahnstrecke Berlin-Helmstedt unter ausdrücklicher Ablehnung etwaiger

Umleitungen. Am gleichen Tage wurde die Lieferung von elektrischem Strom aus dem sowjetischen Besatzungssektor von Groß-Berlin nach den Westsektoren eingestellt und der Austausch von Lebensmitteln zwischen den Sektoren von Groß-Berlin verboten.

Die Wirkung der vorstehend nur im Wichtigsten aufgezählten Sperrmaßnahmen erstreckt sich im wesentlichen auf die Bewohner der drei westlichen Sektoren. Die gesamte Berliner Bevölkerung wird nach Erschöpfung der noch in der Stadt vorhandenen Kohlenvorräte, das heißt nach Ablauf einer nur wenige Wochen betragenden Frist, vor dem Erliegen der Gas-, Elektrizitäts- und auch der Wasserversorgung stehen, wobei der der sowjetischen Besatzung unterstehende Ostsektor bei der Fortführung der Elektrizitätslieferung aus der Ostzone und vielleicht auch in anderer Hinsicht weniger betroffen wird. Für die Bewohner der drei anderen Sektoren dagegen muß das vollständige Aufhören aller drei Versorgungsarten etwa ab Anfang August zu noch schwer ausdenkbaren Folgen auf allen Gebieten des öffentlichen, wirtschaftlichen und privaten Lebens, insbesondere auch auf gesundheitlichem Gebiete führen. Etwa um die gleiche Zeit wird auch die Möglichkeit der geordneten Ernährung für die Bevölkerung dieser drei Sektoren aufhören, da die jetzt vorhandenen Vorräte durchschnittlich nur bis zu dieser Zeit reichen und da ins Gewicht fallende andere Zufuhrmöglichkeiten nicht bestehen. Gegenwärtig ist die Stromversorgung für die drei Westsektoren bis auf wenige Stunden eingestellt worden; ebenso hat bereits die Frischmilchversorgung der Säuglinge und Kleinstkinder in den Westsektoren aufgehört. Beide Tatsachen schaffen schon jetzt eine überaus gefährliche Lage für die Gesundheit der Bevölkerung. In fortschreitender Entwicklung wäre die gesamte, 2,1 Millionen zählende Bevölkerung der Westsektoren zum regelrechten physischen Untergang verurteilt, wenn nicht mit größter Beschleunigung Abhilfe geschaffen würde.

Es ist nicht die Aufgabe des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, hier Erwägungen über die politischen und technischen Gründe anzustellen, die die das Leben der Berliner Bevölkerung bedrohenden Maßnahmen veranlaßt haben. Die städtischen Körperschaften können nur die tatsächliche Lage schildern und dazu feststellen, daß die Verantwortung für diese Lage weder der Verwaltung Berlins noch der Bevölkerung im allgemeinen auferlegt werden kann, ja daß eine solche Verantwortung bisher von keiner Seite der Verwaltung oder der Bevölkerung auferlegt worden ist. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung müssen ferner ausdrücklich feststellen, daß Verwaltung und Bevölkerung nicht die geringste Möglichkeit besitzen, um von sich aus eine Abhilfe aus der bestehenden Notlage zu schaffen. Die Notlage von Groß-Berlin steht offensichtlich mit den Meinungsverschiedenheiten zwischen den die Besatzung ausübenden Mitgliedern der Vereinten Nationen im Zusammenhang und stellt infolgedessen bei dem Umfang und bei der verhängnisvollen Schärfe der heraufziehenden Krisis eine dringende Gefahr für den Weltfrieden dar. Jedenfalls halten sich Magistrat und Stadtverordnetenversammlung für verpflichtet, zur Rettung der von ihnen vertretenen Bevölkerung die einzige noch gegebene Instanz, die Vereinten Nationen, anzurufen, die nach ihrer Charta verpflichtet und geeignet ist, eine Vermittlung zwischen den zu ihren Mitgliedern zählenden Besatzungsmächten herbeizuführen und damit das heraufziehende Unglück in letzter Stunde abzuwehren. Die städtischen Körperschaften glauben aber, ausdrücklich und mit größtem Ernst darauf hinweisen zu müssen, daß die Intervention der Vereinten Nationen innerhalb des nächsten Monats wirksam werden muß, wenn es nicht für jede Hilfe zu spät sein soll.

Magistrat von Groß-Berlin
(gez.) L. Schroeder
(gez.) Dr. Friedensburg

Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin
(gez.) Otto Suhr“

Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Juni 1948

„Die Vertreter der Berliner Bevölkerung sind der Ansicht, daß die Blockade Berlins ein grobes Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt, ein Verbrechen, das von allen Menschen, unbeschadet ihrer politischen Anschauung, zu verurteilen ist.

Die Aushungerung einer Großstadt, deren erste Opfer unschuldige Kinder, Schwache und Kranke sein müssen, darf nicht Mittel einer politischen Auseinandersetzung zwischen den Besatzungsmächten sein, um so mehr, als die schwergeprüfte Bevölkerung Berlins keinen Einfluß auf die Entwicklung dieser Auseinandersetzungen zu nehmen in der Lage ist.

Die Stadtverordneten appellieren deshalb an die Besatzungsmächte und darüber hinaus an die Weltöffentlichkeit, jetzt, drei Jahre nach Beendigung des Krieges, der Bevölkerung Berlins endlich das Recht auf die Freiheit zu politischer Aufbauarbeit zu geben und alles zu unterlassen, was eine solche friedliche Arbeit stören kann. Hierzu ist in erster Linie erforderlich, daß die Blockade aufgehoben wird, und daß durch Fortfall jeder Behinderung des Personen- und Frachtverkehrs der Stadt Berlin der Anschluß an die übrigen Gebiete Deutschlands, und zwar nach allen Richtungen hin, ermöglicht wird. Auf diese Weise wäre auch das Ziel, ein einheitliches Deutschland zu schaffen, am schnellsten verwirklicht.“

Über das weitere Schicksal des Berliner Appells an die UN referierte Bürgermeister Dr. Friedensburg, da Frau Schroeder wegen einer schweren Erkrankung am 24. August Berlin hatte verlassen müssen, in der 84. Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 27. September.

„... Die Frage, welcher Staat, welches Mitglied der Vereinten Nationen geeignet und bereit sein würde, das Anliegen Berlins zur Kenntnis der UN-Organe zu bringen, hat uns ernsthaft und gewissenhaft beschäftigt. Wir waren zu dem Schluß gekommen, daß es richtig und zweckmäßig sein würde, einen Mitgliedsstaat zu bitten, der selbst nicht an dem Konflikt hier beteiligt war, der ferner nach seiner geographischen und politischen Voraussetzung dem Konflikt auch selbst fernstand, und von dem endlich nach seiner eigenen geschichtlichen Vergangenheit erwartet werden konnte, daß er für die Notlage der Berliner Bevölkerung und für die schweren Sorgen, die uns belasteten, am meisten Verständnis haben würde.

Der Magistrat hat sich durch mich dann in Verfolg solcher Gedanken an den neuen Staat Indien gewandt, und ich habe unsere Wünsche dem hier in Berlin amtierenden Chef der indischen Militärmission vorgetragen. Ich freue mich, der Stadtverordnetenversammlung sagen zu können, daß das Anliegen als solches und die hinter diesem Anliegen ruhenden Gedanken und Wünsche und Hoffnungen auf volles Verständnis bei dem Herrn Vertreter des indischen Staates gestoßen sind. Der Herr Chef der indischen Militärmission hat sehr weitgehende Erklärungen abgegeben, nicht nur über sein persönliches Achtungs- und Freundschaftsverhältnis gegenüber Deutschland und gegenüber Berlin, sondern auch hinsichtlich der gleichen Gedanken, die seine Regierung in bezug auf Deutschland und Berlin hegte.

Trotzdem hat sich die indische Regierung, wie ich mit Bedauern feststellen muß, nicht in der Lage gesehen, unser Anliegen weiterzugeben, weil die indische Regierung selbst bei der UN mit verschiedenen eigenen Anliegen vorstellig geworden ist, die zur Enttäuschung der indischen Regierung noch nicht hatten erledigt werden können, und die es deshalb der indischen Regierung zweckmäßig erscheinen ließen, sich nicht noch ausdrücklich mit einem fremden Anliegen an die Organe der Vereinten Nationen zu wenden.

Nachdem diese Lösung nicht gelungen war, habe ich mich an den Chef der dänischen Militärmission in Berlin, Herrn Minister und General Biering, gewandt, der den Berliner Verhältnissen ein ganz besonders lebhaftes Interesse entgegenbringt und der auch nach der ganzen politischen und geographischen Voraussetzung wohl am ehesten in der Lage war, sich unseres Anliegens anzunehmen. Das Anliegen ist nach Kopenhagen übermittelt worden, und die dänische Regierung hat es dem auswärtigen Ausschuß des Reichstages vorgelegt. Alle Beteiligten in Dänemark waren sich einig darüber, daß man dem Anliegen Berlins mit größter Sympathie gegenüberstand, und daß die dänische Regierung sich glücklich geschätzt hätte, wenn sie in der Lage gewesen wäre, das Anliegen vor den Organen der Vereinten Nationen zu vertreten.

Trotzdem hat die dänische Regierung unser Anliegen aber nicht weiterzuleiten vermocht, weil sie entsprechend der geringen eigenen Macht dieses Staates angesichts seines Ausgesetztseins gegenüber Einflüssen von außen es für richtig gehalten hat, sich zunächst bei den beteiligten großen Mächten zu erkundigen, ob dort ein solcher Schritt im gegenwärtigen Augenblick tunlich und erwünscht sein würde.

Ich bin über den weiteren Verlauf nicht genau unterrichtet. Es hat mich nur der Herr dänische Außenminister wissen lassen, daß er zu seinem eigenen Bedauern nicht in der Lage sei, das Anliegen Berlins weiterzugeben, weil die beteiligten großen Mächte im Augenblick eine andere Verhandlungsweise vorzögen.

Unter diesen Umständen blieb nun nur noch ein dritter Weg übrig, sich nämlich an eine der beteiligten Mächte zu wenden. Ich kann hier zum erstenmal mitteilen, daß diese beteiligte Macht Frankreich gewesen ist. Die französische Regierung, deren großes Verständnis für die Berliner Dinge ich immer wieder nur mit Dank hervorheben darf, war von vornherein unseren Verhandlungen mit besonderer Aufmerksamkeit gefolgt, hatte uns mit ihren Ratschlägen unterstützt, war an sich im grundsätzlichen genau in der gleichen Linie tätig, wie wir es für richtig gehalten hatten, und schien deshalb grundsätzlich am geeignetsten. Die französische Regierung hat das Anliegen auch in der Tat angenommen und sich den Zeitpunkt der Weiterleitung vorbehalten.

Aus den gleichen Gründen, die zu der Absage der dänischen Regierung geführt haben, hat sich dann aber die französische Regierung nicht in der Lage gesehen, aktiv diese Angelegenheit weiterzutreiben, weil man damals — wir wissen das ja aus der allgemeinen politischen Entwicklung — bei den großen Mächten noch der Hoffnung war, durch unmittelbare Verhandlungen besser zu einem Ergebnis zu gelangen.

Ich möchte aber nicht unterlassen, den drei Mächten, die alle drei mit großem Verständnis und mit großer Achtung auch für unsere Berliner und deutschen Dinge sich unseres Anliegens grundsätzlich angenommen haben, meinen herzlichen Dank auszusprechen. Es war uns in diesen sehr kritischen und sorgenvollen ersten Wochen nach dem Beginn der Sperrmaßnahmen gegen Berlin ein nicht unerheblicher Trost zu wissen, daß man draußen in der Welt für unsere Lage Verständnis hatte, und wenn das Berliner Anliegen nicht unmittelbar zum Ergebnis geführt hat, so doch nur deshalb, weil andere Wege damals den Beteiligten noch eher Erfolg zu versprechen schienen.

Ich glaube, auch nicht unterlassen zu sollen, meine Damen und Herren, darauf hinzuweisen, daß dieser Schritt der Berliner Körperschaften vor der Welt einen starken Eindruck gemacht hat. Wir wissen aus den Zeitungen,

daß der Herr Generalsekretär der Vereinten Nationen, daß einzelne Nationen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen — ich denke besonders an den südamerikanischen Staat Columbien — gerade auf Grund dieses Vorbringens Berlins sich der großen internationalen Bedeutung der heimischen Vorgänge bewußt geworden sind, und vieles, was seitdem an moralischen und praktischen Dingen für uns in Erscheinung getreten ist, dürfen wir, glaube ich, zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Tatsache zurückführen, daß durch unseren Schritt die Berliner Krisis vor die Öffentlichkeit der Welt gebracht worden ist."

Dr. Friedensburg verlas dann eine „fast einstimmig“ beschlossene Erklärung des Magistrats:

„Der Berliner Magistrat bedauert, daß die unmittelbaren Verhandlungen zwischen den großen Mächten abgebrochen sind. Er sieht in dem Herantreten der drei Westmächte an die Vereinten Nationen noch eine Möglichkeit, die Sorgen Berlins zum Gegenstand einer Beratung durch die Organe der friedfertigen Völker zu machen. In Verwirklichung des schon im Juni 1948 von den städtischen Körperschaften ausgesprochenen Wunsches möchte der Magistrat alles dazu beitragen, daß die Beratung vor den Organen der Vereinten Nationen zu einer friedlichen und für alle Beteiligten heilsamen Beilegung des tief bedauerlichen Konfliktes führt. Die Körperschaften und die Bevölkerung von Berlin empfinden es außerordentlich schmerzlich, daß die Verwaltung unserer Stadt zum Gegenstand des Streites zwischen den vier Mächten geworden ist, auf deren Verständnis und einstweilen auch auf deren Unterstützung wir in unserer Not zwingend angewiesen sind. Wir brauchen dieses Verständnis und diese Unterstützung ausnahmslos von allen vier Besatzungsmächten, und dieses Verständnis und diese Unterstützung können auch nur dann voll wirksam werden, wenn alle vier, zum mindesten was die Berliner Angelegenheit betrifft, untereinander einig sind. Nichts ist deshalb mehr unser dringlicher Wunsch als eine solche friedliche Einigung zwischen den vier Besatzungsmächten.

Im einzelnen sind nach Ansicht des Magistrats vom Berliner Standpunkt aus folgende Wünsche vorzutragen:

1. Berlin benötigt dringend eine sofortige Beendigung der Schwierigkeiten, die der Konflikt für Berlins Wirtschaft, Verkehr und Versorgung mit sich gebracht hat. In erster Linie sollte deshalb durch die erhoffte Regelung unserer Stadt die volle Freiheit des Verkehrs mit allen Teilen Deutschlands und mit dem Ausland wiedergegeben werden.
2. Die überwiegende Mehrheit der Berliner Bevölkerung und die städtischen Körperschaften wünschen mit allem Nachdruck, daß, solange die Besetzung Deutschlands anhält, der Viermächte-Charakter Berlins nicht geändert wird, und daß keine der beteiligten Mächte irgendeine Vorrangstellung in bezug auf Berlin einnimmt. Dieser Viermächte-Charakter ist für die Dauer der Besetzung von Bedeutung nicht nur für die innere Unabhängigkeit und Freiheit Berlins, sondern auch dafür, daß Berlin seiner Überlieferung und seiner eigentlichen Mission getreu wieder zur Hauptstadt ganz Deutschlands wird und den Ausgangspunkt für eine Wiederherstellung der deutschen Einheit bilden kann.
3. Die von den städtischen Körperschaften verabschiedete neue Verfassung, die unsere demokratischen Rechte und Pflichten unmißverständlich und klar festlegt, sollte sofort in Kraft gesetzt werden. Wir erwarten davon in unseren Beziehungen zu den Besatzungsmächten eine bessere Regelung, als sie bisher bestanden hat, vor allem einen besseren Schutz gegen neue Meinungsverschiedenheiten und Konflikte.

4. Der Magistrat hält es im Interesse Berlins für dringend notwendig, daß in Berlin nur eine einheitliche Währung gilt, wenn irgend möglich unter gleichzeitiger Schaffung einer einheitlichen Währung für ganz Deutschland. Wir glauben nicht, daß alle Möglichkeiten zur Herstellung eines solchen Zustandes erschöpft sind. Durch stärkere Ausschaltung der rein politischen Gesichtspunkte könnte und sollte eine Regelung, die von deutschen Sachverständigen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgearbeitet wird, sehr wohl eine brauchbare Lösung bringen, die auch den Interessen der Besatzungsmächte entspräche. Bis dahin muß bei der Bedeutung der Währung Berlins für unser gesamtes öffentliches Leben und bei der Bedeutung, die wir dem Viermächtecharakter unserer Stadt beimessen, auch die Währung hinsichtlich aller grundsätzlichen Regelungen und hinsichtlich der praktischen Anwendung unter Viermächtekontrolle stehen.
5. Da eine dauerhafte und endgültige Regelung der Berliner Fragen auf internationaler Basis schwer zu verwirklichen ist, richten wir den dringenden Ruf an die Besatzungsmächte und an die Welt, im Rahmen einer allgemeinen Beendigung der Besetzung Deutschlands gerade auch Berlin von den Besatzungstruppen zu räumen. Nur die volle Übertragung der Verantwortung für das politische und wirtschaftliche Leben an die demokratischen Vertreter des deutschen Volkes selbst kann einen Zustand herbeiführen, der jede Wiederholung der jetzigen Krise ausschließt. Sollte eine volle militärische Räumung nicht alsbald erreichbar sein, so würde jedenfalls — das aber mit verstärktem Nachdruck — zu wünschen sein, daß sich die Besatzungstruppen auf die Wahrnehmung der unmittelbaren militärischen Aufgaben beschränken. Jede Einwirkung auf die Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaftsführung soll aufhören.“

Dr. Friedensburg schlug vor, alle Anregungen und Beschlüsse des Berliner Stadtparlaments zur Berliner Frage durch die französische Militärregierung nach Paris weiterzuleiten, um dort der UN als Unterlagen zu dienen.

Der eigentliche Ausgangspunkt des Berliner Appells an die UN, die Sorge, daß wenige Wochen nach den verschärften Blockademaßnahmen die notwendigsten Lebensmittel, Brennstoffe und Gebrauchsgüter für die Einwohner der Westsektoren nicht mehr vorhanden wären, war inzwischen durch die Leistungen der Luftbrücke hinfällig geworden. Ende Juni hatte die Luftversorgung mit täglich durchschnittlich 140 amerikanischen und englischen Flugzeugen begonnen. Die Kapazität der Luftbrücke war fortgesetzt gesteigert worden, und bis Ende September waren insgesamt 52 000 Flüge mit 260 000 t Fracht durchgeführt worden. Die Tagesleistung stieg von 500 t auf über 4000 t durchschnittlich. Bis Ende Oktober waren insgesamt 447 000 t Lebensmittel, Versorgungsgüter und Kohle auf dem Luftweg nach Berlin gebracht worden.

6. Die städtischen Behörden und der Polizeipräsident Markgraf

Die Berliner Krisis erfuhr durch einen Konflikt mit dem Leiter der Polizeiverwaltung eine besondere Verschärfung. Der Konflikt hatte folgende Vorgeschichte:

Befehl des Militärkommandanten der Stadt Berlin vom 25. Mai 1945:

„Im Interesse der schnellen Wiederherstellung des normalen Lebens der Bevölkerung der Stadt Berlin, im Interesse des Kampfes gegen Verbrechen und öffentliche Ruhestörung, der Regulierung des Straßenverkehrs und des

Schutzes der Selbstverwaltungsgebäude der Stadt Berlin ist der Selbstverwaltung der Stadt Berlin vom Kommando der Roten Armee erlaubt, die Stadtpolizei, das Gericht und die Staatsanwaltschaft zu organisieren. Diese Organe sind bereits am 20. Mai dieses Jahres gebildet und haben ihre normale Arbeit begonnen.

Ich befehle:

1. dem Polizeipräsidenten des Präsidiums der Stadt Berlin, Oberst Markgraf, vom 25. Mai bis zum 1. Juni d. J. den Schutzpolizeiapparat in die Uniform einzukleiden, die bis zum Jahre 1933 im Dienstgebrauch war, und eine notwendige Zahl von Polizeiposten in der Stadt aufzustellen,
2. der Zivilbevölkerung der Stadt Berlin, den Aufforderungen der Polizei, des Gerichts und der Staatsanwaltschaft als Vertreter der städtischen Macht Folge zu leisten und ihnen jegliche Hilfe zu erweisen.
3. den Angehörigen der Roten Armee des Standorts Berlin, der Polizei, dem Gericht und der Staatsanwaltschaft während der Durchführung der ihnen auferlegten Dienstpflichten keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Standortchef und Kommandant der Stadt Berlin
Generaloberst Bersarin.

Chef des Standortstabes der Stadt Berlin
Generalmajor Kuschtschow."

Am 12. Juni 1947 hatten die Stadtverordneten den Magistrat beauftragt, den Kontrollrat zu bitten:

1. „die Namen aller Zivilpersonen bekanntzugeben, die sich im Gewahrsam einer Besatzungsmacht befinden,
2. einen schriftlichen Verkehr derselben mit ihren Angehörigen zu genehmigen,
3. Im Falle des Todes die Angehörigen zu benachrichtigen.“

Am 13. November wurde, da inzwischen nichts erfolgt war, der Fall Friede aber neue Besorgnisse erregt hatte, der Magistrat wiederum durch die Stadtverordneten beauftragt, alles für die Erfüllung der drei Forderungen zu tun und die Alliierte Kommandantur von dem Verschwinden des im Hause sehr häufig tätigen Journalisten Friede zu verständigen. Da die Mehrheit der Parteien der Ansicht war, daß die Polizei in diesem und in ähnlichen Fällen ihre Pflicht nicht erfüllt hatte, wurde zugleich der Beschluß gefaßt:

„Der Polizeipräsident hat nicht das Vertrauen des Hauses; die Stadtverordnetenversammlung spricht ihm ihr Mißtrauen aus.“

Der Magistrat beschloß in seiner Sitzung vom 13. November, sich mit einem Schreiben an die Alliierte Kommandantur zu wenden und sie um Abhilfe für die in Berlin vorhandene Rechtsunsicherheit zu bitten. Die Frage des Polizeipräsidenten und der leitenden Beamten der Polizei sollte durch einen Ausschuß nachgeprüft werden. Nach langen Beratungen wurde am 28. Januar 1948 der Text eines Schreibens Dr. Friedensburgs an den Polizeipräsidenten festgelegt:

„... Das Magistratskollegium hält es für notwendig, daß Sie, Herr Polizeipräsident, aus eigener Verantwortung dem Magistrat Bericht erstatten, wenn nach Ihrer Kenntnis Mitglieder der Berliner Bevölkerung durch Dienststellen der Besatzungsmächte verhaftet worden sind. Obwohl die Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiete, insbesondere hinsichtlich der polizeilichen Exekutive, bestehen, von uns nicht verkannt werden, hätte Ihnen

die Zahl und Eigenart der Vermißtenfälle mit politischem Einschlag, die durch die Polizei nicht befriedigend behandelt werden konnten, Anlaß geben müssen, den die Dienstaufsicht über die Polizeiverwaltung führenden Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Bürgermeister Dr. Friedensburg, zu unterrichten. Dadurch wäre der Magistrat in die Lage versetzt worden, rechtzeitig die ihm geeignet erscheinenden Schritte bei den Besatzungsmächten in die Wege zu leiten. Dem Magistrat als der demokratischen Vertretung der Berliner Bevölkerung und als der politisch zuständigen Körperschaft muß die Möglichkeit gewährt werden, in solchen Fällen sich Kenntnis und Urteil nicht nur aus den Zeitungen zu verschaffen. Ich ersuche Sie, zukünftig alle Fälle dieser Art dem die Dienstaufsicht über die Polizeiverwaltung führenden Bürgermeister Dr. Friedensburg möglichst ohne Verzug zu berichten.“

Am 19. Februar gab Dr. Friedensburg der Presse folgendes bekannt:

„Die Berliner Öffentlichkeit hatte mit wachsender Lebhaftigkeit seit längerer Zeit den Wunsch gehabt, daß der verantwortliche Leiter des Polizeipräsidiums über eine Reihe von Fragen Auskunft gäbe, die die Berliner Bevölkerung erheblich beunruhigten. Insbesondere sollte das Schicksal der vermißten Personen, aber auch der Werdegang des Polizeipräsidenten selbst und vor allem die Auslese und Ausbildung der Polizeibeamten zum Gegenstand von Erörterungen gemacht werden. Zu diesem Zweck hatte der die Dienstaufsicht über die Polizei führende Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Dr. Friedensburg, zweimal Pressekonferenzen angesagt, die beide wegen Erkrankung von Polizeipräsident Markgraf abgesagt werden mußten. Eine dritte konnte nur in Abwesenheit von Polizeipräsident Markgraf abgehalten werden, da dieser in letzter Stunde von einer der Besatzungsmächte in Anspruch genommen wurde. Auf dieser Pressekonferenz hatte Bürgermeister Dr. Friedensburg zugesagt, möglichst rasch das Versäumte nachzuholen, und in der Presse waren immer wieder Wünsche laut geworden, nunmehr endlich eine solche Aussprache herbeizuführen. Bürgermeister Dr. Friedensburg setzte daher die nunmehr endgültige Pressekonferenz auf Montag, den 23. Februar, an und forderte Polizeipräsident Markgraf zunächst in freundschaftlicher, dann in dienstlicher Form auf, zu dieser Konferenz zu erscheinen. Er wies eindringlich darauf hin, daß ein weiteres Ausbleiben Markgrafs für das Ansehen nicht nur der Person des Polizeipräsidenten, sondern der ganzen Polizei wesentlich nachteiliger sein würde, als der von etwaigen ungeschickten Fragen zu befürchtende Nachteil namentlich hinsichtlich der Beziehungen zwischen der Polizei und Besatzungsmacht. Er versprach dem Polizeipräsidenten, daß der schwierigen Lage der Polizei zwischen Stadtverwaltung und Besatzungsmächten Rechnung getragen werden solle und insbesondere Fragen, die mit Rücksicht auf die Besatzungsmächte den Polizeipräsidenten in eine schwierige Lage bringen könnten, von ihm nicht zugelassen werden würden. Es handele sich nach Ansicht des aufsichtführenden Bürgermeisters keineswegs nur um den Komplex der verschwundenen Personen, sondern um den ganzen Umfang der polizeilichen Aufgaben und Verantwortung. Polizeipräsident Markgraf verblieb dabei, daß er sich an eine Weisung des aufsichtführenden Bürgermeisters in dieser Frage nicht gebunden fühle, und daß er sich von einer vorzeitigen Pressekonferenz mehr Nachteile als Vorteile zu versprechen habe. Da Bürgermeister Dr. Friedensburg ohnedies in zunehmendem Maße Sorge empfand, daß der Polizeipräsident für seine Verantwortung vor der Berliner Öffentlichkeit nicht das ausreichende Verständnis besitze, bestand er schließlich mit allem Nachdruck förmlich auf der Abhaltung der Pressekonferenz am Montag, dem 23. Februar, worauf der Polizeipräsident ausdrücklich und ebenso förmlich erklärte, daß er nicht erscheinen würde. Unter diesen Um-

ständen blieb Dr. Friedensburg nichts weiter übrig, als die Pressekonferenz abzusagen und die Angelegenheit dem Magistratskollegium zum weiteren Befinden vorzulegen."

In der Magistratssitzung am 3. März erklärte Markgraf, „daß er sich nicht für verpflichtet halte, irgendwelche Weisungen des Magistrats und des mit der Wahrnehmung der Dienstaufsicht über die Polizeiverwaltung beauftragten Bürgermeisters auszuführen."

Der Magistrat beschloß am 3. März:

„Bürgermeister Dr. Friedensburg wird beauftragt, an die Alliierte Kommandantur mit der Mitteilung heranzutreten, daß mit dem Polizeipräsidenten Markgraf nach dessen Erklärung, er werde keine Weisungen des Magistrats in polizeilichen Angelegenheiten entgegennehmen, ein gedeihliches Zusammenarbeiten nicht mehr möglich ist."

Aus dem Schreiben vom 6. März an die Alliierte Kommandantur:

„Unter diesen Umständen konnte der Magistrat nicht anders, als geschehen, entscheiden. Ein Polizeipräsident, der überhaupt keinerlei Verpflichtungen gegenüber der Stadtverwaltung anerkennt, vermag nicht diesen wichtigen Posten auszufüllen. Die Berliner Polizei ist auf Befehl des damaligen Standortchefs und Kommandanten der Stadt Berlin, Generaloberst Bersarin, vom 25. 5. 1945 durch die Selbstverwaltung der Stadt Berlin als „Stadtpolizei" organisiert worden. . . Wenn Polizeipräsident Markgraf den Standpunkt vertritt, daß er lediglich den Weisungen der Alliierten Kommandantur . . . Folge zu leisten hat, so bedeutet dies in der praktischen Auswirkung, daß in Berlin zwei deutsche Verwaltungen unabhängig nebeneinander bestehen. . . Wenn der Polizeipräsident für die Auffassung des Magistrats kein Verständnis hat, so beweist er damit, daß er offenbar aus übersteigertem Selbstgefühl heraus für den eigentlichen Sinn und das eigentliche Wesen der öffentlichen Verwaltung in Groß-Berlin nicht das genügende Verständnis besitzt."

Unter dem 18. Mai wandte sich Dr. Friedensburg erneut an die Kommandantur:

„Zu dem Problem des Dienstverhältnisses des Polizeipräsidenten zum Magistrat haben sich aus Anlaß eines Gesetzentwurfes des Magistrats neue Schwierigkeiten ergeben. Die Magistratsabteilung für Rechtswesen hat ein Überleitungsgesetz entworfen, das aus Anlaß der Auflösung des Landes Preußen die Zuständigkeiten der preußischen Behörden im Gebiet von Groß-Berlin regelt. Hierbei sind selbstverständlich auch die Aufgaben des Polizeipräsidenten einbezogen, die dieser großenteils nicht auf Grund der neuen, die Polizei betreffenden Bestimmungen ausübt, sondern auf Grund der alten Befugnisse des Polizeipräsidenten als einer preußischen Verwaltungsbehörde. Der Gesetzentwurf muß vor seiner Beratung in den städtischen Körperschaften zweckmäßig mit den in Frage kommenden Dienststellen durchberaten werden. Polizeipräsident Markgraf hat aber eine Stellungnahme zu dem Entwurf mit der Begründung abgelehnt, daß ihm von dem Sicherheitskomitee der Alliierten Kommandantur verboten sei, in derartige Verhandlungen mit dem Magistrat von Groß-Berlin ohne ausdrückliche Genehmigung der Kommandantur einzutreten."

Der Magistrat vermag sich nicht vorzustellen, daß eine solche Weisung wirklich ernsthaft ergangen ist. Die Berliner Polizeiverwaltung ist nach allen Vorgängen, insbesondere auch dem Befehl des damaligen Militärkommandanten der Stadt Berlin vom 25. Mai 1945 und nach der Vorläufigen

Verfassung von Groß-Berlin ein Organ der Stadtverwaltung. Es muß zu einer unerträglichen Erschwerung des Dienstverkehrs führen, wenn ein solches Organ der ausdrücklichen Genehmigung durch die Alliierte Kommandantur bedarf, auch nur unverbindliche Verhandlungen mit anderen städtischen Dienststellen zu führen. Da das etwa zu erlassende Gesetz selbstverständlich der Genehmigung durch die Alliierte Kommandantur bedarf, hat diese ausreichend Gelegenheit, materiell zu den etwa ergehenden Neuregelungen Stellung zu nehmen.“

Auf die wiederholten Einsprüche Dr. Friedensburgs gegen die selbständige Entlassung und Ernennung höherer Polizeibeamter durch Markgraf hatte dieser in einem Schreiben vom 22. Juli dem Magistrat das Recht bestritten, die im Polizeidienst tätigen Personen einzustellen und zu entlassen, die Beanstandung der von ihm getroffenen Maßnahmen als „gegenstandslos“ betrachtet und keine Veranlassung gesehen, „in dieser Angelegenheit weitere Verhandlungen mit dem Magistrat zu führen“. Daher schrieb Dr. Friedensburg am 26. Juli an Markgraf:

„Auf Grund meiner Befugnisse, die mir nach Artikel 11, Ziffer 4, der Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin zustehen, suspendiere ich Sie mit sofortiger Wirkung in der Ausübung der Befugnisse als Polizeipräsident von Groß-Berlin und ersuche Sie, Ihre Amtsgeschäfte Ihrem ständigen Stellvertreter zu übergeben. . . Diese Verfügung ergeht, weil Sie durch fortgesetzte verfassungswidrige und ungesetzliche Maßnahmen, durch Nichterfüllung Ihrer gesetzlichen Aufgaben und durch Ihre fortgesetzte Weigerung, Weisungen des Magistrats auszuführen, die notwendige Zusammenarbeit zwischen dem Magistrat und der städtischen Polizeiverwaltung völlig unmöglich gemacht haben. . . Insbesondere haben Sie trotz eindringlicher Warnung und Belehrung durch mich mehrere leitende Angestellte der Polizeiverwaltung, deren Anstellung und Entlassung nach § 11, Ziffer 4, in Verbindung mit Artikel 36 der Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin und in Verbindung mit dem Befehl der Alliierten Kommandantur BKO (47) 56 vom 28. Februar 1947 dem Magistrat zusteht und der Zustimmung der Alliierten Kommandantur bedarf, ohne irgendeine Entscheidung des Magistrats oder der Kommandantur einzuholen, in eigener Machtvollkommenheit entlassen bzw. angestellt. Ferner haben Sie mehrere hundert Polizeiangestellte unter völliger Mißachtung der Gesetze und der für die Polizei getroffenen Betriebsvereinbarung, vor allem aber unter rücksichtsloser Mißachtung aller gerade in der heutigen Zeit gebotenen menschlichen Rücksichten fristlos entlassen.

. . . Besonders schwerwiegend ist Ihr Versagen gegenüber den Vorgängen in und um das Stadthaus am 23. Juni 1948, als eine Menschenmenge in das Stadthaus eindrang, mehrere Stunden lang das Abhalten der Stadtverordnetenversammlung verhinderte und zahlreiche Magistratsmitglieder, Stadtverordnete und Angestellte beleidigte, bedrohte und tätlich angriff. . . Ihr Bericht über die Ereignisse an den Magistrat kann nur als eine Verhöhnung und Herausforderung angesehen werden.

Durch Ihr Verhalten haben Sie sich, im Sinne des noch heute geltenden und sinngemäß anzuwendenden Disziplinarrechts der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens unwürdig erwiesen, die Ihr Amt erfordert. . . Auf Grund Ihrer seit langer Zeit zu beobachtenden Disziplinlosigkeit und Ihrer undemokratischen, unsozialen und un deutschen Haltung hat die Stadtverordnetenversammlung Ihnen schon durch förmlichen Beschluß vom 8. November 1947 ihr Mißtrauen ausgesprochen, und der Magistrat hat, als Sie meine Vorstellungen und mein persönliches Eintreten für Sie unbeachtet ließen, auf meinen Antrag bereits am 3. März 1948 Ihre Entlassung beschlossen und

durch Schreiben an die Alliierte Kommandantur vom 9. März 1948 deren Zustimmung hierzu nachgesucht. Da auf absehbare Zeit die verfassungsmäßige Erledigung dieses Ersuchens nicht erwartet werden kann, Ihr weiteres Verbleiben im Dienst aber die öffentlichen Interessen dringend und ernst gefährdet, bleibt keine andere Entscheidung, als die getroffene möglich. Sie ergeht in ausdrücklichem Einvernehmen mit dem amtierenden Oberbürgermeister, Frau Bürgermeister Schroeder.“

Gleichzeitig wurde der Vizepräsident Dr. Stumm ersucht, „Markgrafs Amtsgeschäfte zu übernehmen und bis auf weiteres die Befugnisse des Polizeipräsidenten auszuüben“.

Der Magistrat billigte am 28. Juli die Suspension Markgrafs und stellte fest, „daß die Übernahme der Geschäfte des Polizeipräsidenten durch Dr. Stumm gesetzlich notwendig und richtig“, und daß „Dr. Stumm der alleinige geschäftsführende Leiter der Polizeiverwaltung für Groß-Berlin“ sei. Während die Militärregierungen der Westmächte dem Magistrat zustimmten, richtete General Kotikow am 26. Juli ein Schreiben an Frau Schroeder mit dem Befehl:

- „1. Herrn Stumm auf Grund seiner zersetzenden Tätigkeit fristlos aus dem Polizeidienst zu entlassen.
2. Den Polizeipräsidenten zu verpflichten, eine Untersuchung gegenüber allen Personen ohne Rücksichtnahme auf die von ihnen bekleideten Ämter und eingenommenen Positionen einzuleiten.
Über die Ergebnisse der Untersuchung ist zwecks Durchführung der notwendigen Maßnahmen gegenüber den in der Organisation zur Herbeiführung einer Spaltung der Polizei der Stadt Berlin Schuldigen zu berichten.
3. Informieren Sie die leitenden Beamten des Magistrats und insonderheit Herrn Friedensburg, daß ihre Teilnahme an der Vorbereitung zur Spaltung der Berliner Polizei unvereinbar mit ihrer hohen Stellung ist.“

Schreiben von Frau Schroeder an General Kotikow:

„Sehr geehrter Herr General!

Gestern Abend ist mir Ihr Schreiben vom 26. Juli 1948 übermittelt worden, durch welches Sie mir den Befehl erteilen, den Polizeipräsidenten von Groß-Berlin, Herrn Markgraf, mit verschiedenen Weisungen zu versehen. Ich bitte um Ihr Verständnis für meine folgenden Ausführungen zu diesem Auftrag:

1. Wie Sie wissen, ist der bisherige Polizeipräsident, Herr Markgraf, gestern von dem die Dienstaufsicht über die Polizei führenden Herrn Bürgermeister Dr. Friedensburg wegen fortgesetzter Amtsvergehen im Einvernehmen mit mir von seinem Amt suspendiert worden. Ich möchte deshalb nicht annehmen, daß Sie, Herr General, der Ansicht sind, daß ich Herrn Markgraf weiter als im Amt befindlich zu behandeln habe.
2. Die angeordnete, unverzügliche und fristlose Entlassung des Leiters der Präsidial-Abteilung im Polizeipräsidium, der bisher kommissarisch die Stelle des Polizeipräsidenten verwaltet hat und der nach der amtlichen Suspendierung des Herrn Markgraf automatisch die Amtsgeschäfte des Polizeipräsidenten übernehmen muß, kann nach der vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin lediglich durch den Magistrat erfolgen, und diese Entlassung bedarf der Zustimmung der Alliierten Kommandantura. Beide Voraussetzungen liegen meines Wissens nicht vor. Ich würde also verfassungswidrig handeln und gegen meinen Amtseid verstoßen,

wenn ich Herrn Dr. Stumm irgendwie als entlassen behandeln oder womöglich bei seiner Entlassung mitwirken wollte.

3. Ich bin selbstverständlich bereit, die leitenden Magistratsbeamten, insbesondere Herrn Bürgermeister Dr. Friedensburg, darauf hinzuweisen, daß ihre Teilnahme an der Vorbereitung zur Spaltung der Berliner Polizei mit ihrer hohen Stellung unvereinbar ist. Ich bin hierzu um so mehr bereit, als auch ich jede Vorbereitung einer Spaltung der Berliner Polizei auf das schärfste mißbilligen und im Dienstaufsichtswege dagegen auch schon von mir aus ohne Aufforderung durch einen der Herren Kommandanten einschreiten würde. Andererseits muß ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß alle Maßnahmen, die Herr Bürgermeister Dr. Friedensburg in bezug auf die Berliner Polizei getroffen hat, gerade dem Gegenteil der Spaltung dienen, nämlich dem Zusammenhalt der Berliner Polizei, der durch die einseitigen und rücksichtslosen Maßnahmen des bisherigen Polizeipräsidenten, Herrn Markgraf, bereits auf das schärfste erschüttert wurde. Wie stark Herr Bürgermeister Dr. Friedensburg sich um diesen Zusammenhalt bemüht hat, ist gerade aus seinem Verhalten zu dem bisherigen Polizeipräsidenten, Herrn Markgraf, zu erkennen, für den er auf das äußerste immer wieder eingetreten ist, um ihn von seinen einseitigen und die Spaltung vorbereitenden Maßnahmen abzubringen.
4. Darf ich bei dieser Gelegenheit die herzliche Bitte aussprechen, daß Sie, Herr General, vor dem Erlaß solcher und zukünftiger Anordnungen möglichst vorher eine Aussprache mit mir bzw. meinem Vertreter, Herrn Bürgermeister Dr. Friedensburg, herbeiführen. Ich bin überzeugt, daß die Ihrem Schreiben zugrundeliegenden Mißverständnisse gar nicht entstanden wären, wenn rechtzeitig eine solche Aussprache stattgefunden hätte. Ich wäre dafür um so dankbarer, als dadurch der Berliner Stadtverwaltung in ihrer gegenwärtig so besonders schweren und verantwortungsvollen Aufgabe gegenüber der Berliner Bevölkerung eine wertvolle Hilfe geleistet würde.

Genehmigen Sie, Herr General, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

gez. L. Schroeder
Stellvertr. Oberbürgermeister

Am 29. Juli beantwortete Dr. Friedensburg in der Stadtverordnetenversammlung eine an den Magistrat gerichtete Anfrage der Mehrheitsparteien wie folgt:

„... Der Magistrat hatte bereits am 3. März dieses Jahres beschlossen, den Polizeipräsidenten Markgraf zu entlassen. Er hatte aber zu einer solchen Entlassung die Zustimmung der Gesamtkommandantur notwendig und hat um eine solche Zustimmung durch ein Schreiben an die Kommandantur vom 6. März ausdrücklich gebeten. Der Magistrat hat damals bewußt und absichtlich auf meinen Antrag hin davon abgesehen, diesen Beschluß förmlich bekanntzugeben, weil es vor der Öffentlichkeit als eine eigenartige, um nicht zu sagen lächerliche Situation erscheinen mußte, daß der Polizeipräsident weiter auf unbegrenzte Zeit seines Amtes waltet, obwohl ihm von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich das Mißtrauen ausgesprochen worden war, und obwohl der Magistrat als Anstellungsbehörde formell seine Entlassung beschlossen hatte.

Ich habe damals Herrn Polizeipräsidenten Markgraf in sehr dringlichen und ausführlichen Unterredungen auf die Bedenken hingewiesen, die seine ganze Dienstauffassung bei uns allen, ich glaube, bei allen Mitgliedern des Ma-

gistrats ausgelöst hat. Von allen Teilen des Magistrats sind diese Bedenken in größter Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen. Ich mußte zu meinem Schmerz feststellen, daß der Herr Polizeipräsident Markgraf diese Ermahnungen und diese Warnungen nicht beachtet hat, daß er mein persönliches Eintreten für ihn, für das diese Tribüne ja wohl Zeuge ist, nicht gewürdigt hat, so daß die darin steckenden Bemühungen, zu einer vernünftigen und loyalen Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidenten zu gelangen, zu keinem Erfolg geführt haben. Ich muß deswegen mit Bedauern feststellen, daß der Polizeipräsident Markgraf in den letzten Wochen in zunehmendem Maße darauf verzichtet hat, noch weiter die ihm gesteckten gesetzlichen und verfassungsmäßigen Vorschriften zu beachten.

Ein Polizeipräsident, der sich bewußt und absichtlich über die Verfassung hinwegsetzt, ein Polizeipräsident, der auf die Aufforderung seiner Dienstaufsichtsbehörde, die Maßnahmen zu korrigieren, mit einer solchen herausfordernden Erwiderung antwortet, kann nicht mehr Chef einer Polizei sein. Ich kann mir auch nicht denken, daß es irgend jemand in diesem Hause gibt, der in meiner Lage anders hätte handeln können.

Ich kann mir insbesondere nicht denken, daß diejenigen politischen Kreise, die sich vorläufig für Herrn Polizeipräsidenten Markgraf einsetzten, anders gehandelt hätten, wenn etwa die Vorgänge vom 23. Juni sich vor der Stadtverordnetenversammlung von Halle oder von Leipzig abgespielt hätten . . . Ich glaube, daß, wenn überhaupt eine Kritik am Platze ist, es nur die ist, daß man viel zu lange und viel zu viel Nachsicht geübt hat.

Trotzdem möchte ich mich gerade an dieser Stelle mit allem Nachdruck dazu bekennen, daß diese Nachsicht und Geduld ihre rechte Begründung gehabt hat. Sie ist der beste Beweis dafür, daß der Magistrat und daß insbesondere ich selbst alles daran gesetzt haben, mit einer, ich kann nur sagen, gelegentlich mir herzlich schwerfallenden Selbstverleugnung zu einer vernünftigen Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidenten zu gelangen.

Diese Geduld, diese Nachsicht und diese Selbstverleugnung waren aber dann nicht mehr zu verantworten, als der Polizeipräsident zu offenen handgreiflichen Verfassungsverletzungen überging. Bei den früheren Gelegenheiten konnte man noch sagen: das sind Ermessungstreitigkeiten. Da konnte doch noch die eine oder andere mildere Deutung am Platze ein.

Nach dem 23. Juni, nach den Verfassungsverletzungen in bezug auf die leitenden Personen der Polizeiverwaltung und endlich nach den Massenentlassungen, die der Herr Polizeipräsident überall auch in Verletzung seines eigenen Statuts vorgenommen hat, war es nicht mehr möglich. Er hat in der Zeit vom 12.—25. Juli 590 ihm anvertraute höhere Polizeibeamte fristlos herausgeworfen . . .

Nachdem Herr Polizeipräsident Markgraf aus zwingenden, beinahe übermäßig zwingenden Gründen seines Amtes enthoben worden war, weil es für die Bevölkerung von Berlin, weil es für seine vorgesetzte Behörde, weil es vor allen Dingen auch für seine eigene Polizeibeamtenschaft unerträglich war, einen solchen Polizeipräsidenten künftig zu haben, nachdem das geschehen war, rückte automatisch und selbstverständlich, wie das immer im dienstlichen Leben üblich ist, der bestellte Vertreter in das Amt nach. Es bedurfte hierzu gar keiner Ernennung oder einer besonderen Beauftragung, sondern es war der natürliche Vorgang, gegen den es überhaupt kein Rechtsmittel gibt.

Unter diesen Umständen unterliegt es keinem Zweifel, daß heute für Berlin, und zwar für ganz Berlin, für alle vier Sektoren Herr Dr. Stumm der gesetzmäßige, der verfassungsmäßige Chef der Polizeiverwaltung ist.

Er mag in einem Bezirk aus Umständen, die wir nicht zu vertreten haben, und die auch er nicht zu vertreten hat, in der Ausübung seiner Amtsbefugnisse gehindert sein . . . , das ändert aber nichts an der grundsätzlichen Rechtslage, die ich mit allem Nachdruck im Einvernehmen mit der großen Mehrheit des Magistrats hier noch einmal ausspreche. Es ändert nichts an der grundsätzlichen Rechtslage, daß es für ganz Berlin, für unsere ganze Stadt nur eine Polizeiverwaltung gibt, die unter der Führung des Herrn Dr. Stumm steht."

Das Ergebnis der gegensätzlichen Auffassungen der Besatzungsmächte war eine Spaltung der Polizei Berlins. Während in den sowjetischen Bezirken Markgraf weiter die obersten Polizeifunktionen ausübte, bezog die Polizei der Westsektoren ein neues Dienstlokal in der Friesenstraße, das am 4. August durch den Magistrat förmlich dem Polizeipräsidium übergeben wurde.

7. Zunehmende Schwierigkeiten für die Einheit der Verwaltung Berlins

Weder die Bemühungen der Militärgouverneure um eine Regelung der Berliner Frage noch der Notenwechsel vom 6. bzw. 14. Juli zwischen den Regierungen führten zu einem Ergebnis. Daher wurden vom 31. Juli an in Moskau Besprechungen geführt, denen technische Erörterungen der vier Kommandanten in Berlin, der Austausch von Memoranden und ein erneuter Notenwechsel folgten. Da auch durch sie keine Einigung erzielt wurde, richteten die Westmächte am 28. September gleichlautende Noten an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, um durch ihn die Berliner Frage beraten zu lassen.

Am 1. September hatte der Magistrat beschlossen, die Besatzungsmächte zu bitten, „bei den Beratungen über die Berliner Probleme gehört zu werden“.

Der Bitte wurde nicht stattgegeben.

In den einzelnen Magistratsabteilungen häuften sich die Schwierigkeiten, die durch Eingriffe sowjetischer oder ostzonaler Behörden entstanden.

Für die Abteilung Post- und Fernmeldewesen hatte der Befehl der Alliierten Kommandantur vom 23. August 1945 folgendes bestimmt:

„Sämtlicher Post-, Telefon- und Telegraphenverkehr in der Stadt soll innerhalb des Rahmens eines einzigen Organismus bleiben, insbesondere stehen Telegraphen-, Telefon-, Leitungs- bzw. Kabelbauämter sowie auch die örtlichen Post- und Telegrapheneinrichtungen unter der Leitung der Abteilung für Post- und Fernmeldewesen im Oberbürgermeisteramt, welche die seitens der Militärregierung erteilten Anordnungen betreffs der Verwaltung des städtischen Verkehrs dieser Art ausführt.“

In Mißachtung dieser Rechtslage, die in einem Communiqué der Alliierten Kommandantur vom 26. November 1946 ausdrücklich bestätigt worden war, versuchte der Leiter der Hauptverwaltung Post- und Fernmeldewesen in der Deutschen Wirtschaftskommission der sowjetischen Besatzungszone, Dr. Schröder, die Postverwaltung der Stadt Berlin seiner Leitung zu unterstellen. Im Zusammenhang mit der Aufstauung von fast 500 000 Paketen, die für die Westzonen bestimmt waren, forderte er am 7. Mai 1948, ohne sich vorher mit dem Leiter der Abteilung Post- und Fernmeldewesen des Magistrats, Stadtrat Dr. Holtzner (LDP), ins Benehmen zu setzen, die Amtsvorsteher der ostsektoralen Postämter auf, an einer Besprechung mit Befehlsempfang bei ihm teilzunehmen, die der mit einem Einbruch in das Postgeheimnis verbundenen Regelung des Paketverkehrs von Berlin nach den westlichen Besatzungszonen gelten sollte.

Da sowjetische Behörden die Teilnahme an dieser Besprechung anordneten, wurde die Durchführung der von Stadtrat Dr. Holthöfer gegebenen gegen-
teiligen Anweisung unterbunden. Durch die Forderung regelmäßiger Bericht-
erstattung über den Paketverkehr von den Amtsvorstehern der ostsektoralen
Postämter, durch die Schaffung eines neuen Zeitungsvertriebsamtes bei der
Hauptverwaltung Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Wirtschaftskom-
mission, durch Maßnahmen auf dem Gebiete des Postscheckverkehrs, welche
die Einrichtung eines Postscheckamtes Berlin-West durch die West-Alliierten
nötig machten, durch die Einführung des in der sowjetischen Besatzungszone
geltenden Postspardienstes, durch Anordnungen über die Gültigkeit von Post-
wertzeichen der sowjetischen Besatzungszone in Berlin, durch die Abtrennung
von westlichen Postämtern aus ihrer Posteinheit mit Groß-Berlin und andere
sich ohne Unterbrechung fortsetzende Übergriffe, gegen die Stadtrat Dr. Holt-
höfer ständig zu kämpfen hatte, wurde planvoll darauf hingearbeitet, Post-
einrichtungen des Ostsektors aus dem Herrschaftsbereich des Berliner Ma-
gistrats abzuspalten und sie der Deutschen Wirtschaftskommission für die
sowjetische Besatzungszone zu unterstellen.

Ein weiterer folgenschwerer Schritt auf der Linie der Spaltung der Berliner
Posteinheit war der Befehl Nr. 247 der sowjetischen Sektorenmacht vom
23. Juni 1948. Durch diesen Befehl wurde die Überführung jedes Besitztums
und aller Werte der Berliner Magistratspost aus dem sowjetischen Sektor in
die westlichen Sektoren verboten. Einbezogen in dieses Verbot wurde durch
eine mündliche Auslegung desselben sogar die Rückbringung von in den
Westsektoren beheimateten Schreibmaschinen und Uhren, die sich zur Aus-
besserung in einer Werkstatt im Ostsektor befanden. Darüber hinaus verbot
der Befehl der sowjetischen Sektorenmacht Nr. 296 seit Anfang Juli 1948 der
Magistratsabteilung Post- und Fernmeldewesen, im Ostsektor angestelltes
Personal ohne Zustimmung der sowjetischen Besatzungsmacht in andere
Sektoren zu versetzen. Die sowjetische Besatzungsmacht hat sogar ihrerseits
Dienstposten des Ostsektors, insbesondere diejenigen des Amtsvorstehers des
Postamtes Berlin-Weißensee, besetzt. Sie hat diese Anordnungen aufrecht-
erhalten, obwohl sie vom Stadtrat Dr. Holthöfer persönlich und schriftlich
darauf hingewiesen wurde, daß das Recht der Einstellung und Versetzung
von Postangestellten durch Art. 11 Abs. 4 und Art. 31 der Vorläufigen Ver-
fassung (ausdrücklich bestätigt durch Anordnung der Alliierten Kommandan-
tur BK/O (47) 128 vom 28. Mai 1947) dem Magistrat bzw. dem Leiter seiner
Postabteilung zugestanden ist, ohne daß hierzu eine Genehmigung der Be-
satzungsbehörde erforderlich ist.

Die von der sowjetischen Besatzungsmacht durch ihre Befehle Nr. 247 und
Nr. 296 eingeleitete Spaltung der Betriebsmittel und des Personalbestandes
hat dazu geführt, daß die Berliner Postverwaltung nicht mehr in der Lage
ist, ihr Material und ihr Personal nach Menge und Güte im Rahmen eines
einheitlichen Organismus so einzusetzen, wie es die Betriebsbedürfnisse und
die dringend gebotene Sparsamkeit erfordern.

Mit der Bildung einer illegalen Abteilung Post- und Fernmeldewesen als
Folge der Ausrufung eines illegalen Magistrats am 30. November 1948 ist
die völlige Spaltung der Berliner Post zur Tatsache geworden. Der recht-
mäßigen Magistratsabteilung Post- und Fernmeldewesen wurde auf diese
Weise die ihr nach wie vor gemäß dem grundlegenden Viermächtebefehl
vom 25.8.1945 de jure zugesicherte Verfügungsgewalt über die Ämter im
Ostsektor Berlins de facto genommen.

Am 1. Dezember 1948 erklärte die sowjetische Zentralkommandantur fern-
mündlich die Funktionen der Magistratsabteilung Post- und Fernmeldewesen
als beendet. Am 2. Dezember 1948 lehnte sie auf fernmündliche Anfrage

die Entgegennahme weiterer amtlicher Schreiben der Magistratsabteilung Post- und Fernmeldewesen ab. Damit war die Verbindung zur sowjetischen Zentralkommandantur unterbrochen.

Nach der Spaltung verlangte die illegale Ostsektorenpost von den im Ostsektor beschäftigten Postangestellten Erklärungen, in denen diese den illegalen Magistrat anerkennen und eine loyale Zusammenarbeit mit ihm zusichern mußten. Mehr als 3000 Postangestellte haben die Abgabe einer solchen Erklärung abgelehnt und sich der verfassungsmäßigen Magistratsabteilung Post- und Fernmeldewesen zur Verfügung gestellt.

Am 13. Juli erklärte das Mitglied der Deutschen Wirtschafts-Kommission Jendretzky in einer Rede vor den Gewerkschaftsfunktionären:

„daß wir durchaus bereit sind, Berlin in jeder Hinsicht dabei zu unterstützen, normale Wirtschaftsbeziehungen zur sowjetischen Zone herzustellen. . . . Es sei nachdrücklich betont, daß die Lösung des Gesamtproblems Berlin nicht bei der DWK liegt, sondern vor allem beim Berliner Magistrat.“

Dr. Friedensburg nahm sofort im Einvernehmen mit dem Magistrat Verhandlungen mit dem Vizepräsidenten der Deutschen Wirtschafts-Kommission für die sowjetische Besatzungszone, Selbmann, auf, die einen Austausch von Ruhrkohle gegen elektrischen Strom aus dem Kraftwerk Klingenberg zum Ziele hatten. Infolge vorzeitiger Presseveröffentlichungen kamen die geplanten Vereinbarungen nicht zustande.

Schreiben von Dr. Friedensburg an den Vizepräsidenten Selbmann vom 26. Juli 1948:

„Sehr geehrter Herr Selbmann!

Mit verbindlichem Dank für Ihr ausführliches Schreiben vom 20. Juli bitte ich, versichert zu sein, daß ich auf die Fortsetzung der zwischen uns eingeleiteten Verhandlungen sowohl persönlich als auch namens des Magistrats Wert lege. Ich bedauere lebhaft, daß die zwischen uns in Aussicht genommene Möglichkeit eines Austausches Ruhrkohle gegen Klingenberg-Strom zur Zeit offenbar nicht verwirklicht werden kann, behalte aber diesen Komplex im Auge und hoffe, bald darauf zurückkommen zu können. Bei weiteren Verhandlungen müssen wir aber wohl die etwaige publizistische Behandlung solcher Erörterungen streng auf ein gegenseitiges Einvernehmen stellen, auch wenn, wie es neulich der Fall gewesen ist, durch eine Indiskretion von dritter Seite, für die keiner von uns beiden die Verantwortung zu übernehmen hat, irgendwelche vorzeitigen Mitteilungen herauskommen.

Einstweilen begrüße ich Sie mit aufrichtiger Hochachtung

als Ihr sehr ergebener
gez. Dr. Friedensburg“

Am 24. Juli erging der Befehl Nr. 80 der Sowjetischen Militärverwaltung über die Lebensmittelversorgung der Westsektoren durch die im Ostsektor gelegenen Geschäfte. Die Durchführung wurde auf Befehl der Besatzungsmacht einer Sonderabteilung unter dem gleichzeitig zum Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Ernährung, Stadtrat Fuellsack (SPD), ernannten Herrn Letsch (SED) übertragen. Stadtrat Fuellsack führte dazu in der Stadtverordneten-sitzung am 29. Juli aus:

„Es ist zum mindesten schon etwas nicht ganz Normales, daß man uns vorschreibt, wer eine zu gründende Abteilung des Magistrats führen soll. . . . Ich bin gezwungen, diese neue Abteilung einzurichten auf die Belange des Ostsektors. . . .

Es ergibt sich weiter daraus, daß für die Westsektoren die anderen Abteilungen ebenfalls selbständig arbeiten müssen. Es ergibt sich also — und das bedaure ich außerordentlich — das Bild einer Spaltung der Verwaltung.“

Obgleich zunächst Herr Letsch formell Herrn Fuellsack unterstellt war, beachtete er diese Anweisung nicht. Die Unterabteilung Ost nahm sämtliche Räume des Dienstgebäudes des Ernährungsamtes in der Wallstraße in Beschlag, behinderte die nicht in dieser Abteilung tätigen Angestellten am Betreten und Verlassen des Hauses, so daß, um einen geregelten Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten, die Abteilung Ernährung, ausgenommen die Unterabteilung Ost, am 10. August neue Räume im Deutschlandhaus beziehen mußte.

Am 20. August richtete der stellvertretende Oberbürgermeister ein Schreiben an den Präsidenten der Deutschen Wirtschafts-Kommission:

„Sehr geehrter Herr Präsident!

Wie ein Teil der heutigen Berliner Zeitungen mitteilt, soll die Deutsche Wirtschaftskommission unter dem 19. August Anordnungen über die Lebensmittelversorgung der Berliner Bevölkerung getroffen und hierbei u. a. bestimmt haben, daß die Kartenstellen in einem der Berliner Sektoren verpflichtet seien, Lebensmittelkarten der Bewohner anderer Sektoren einzutauschen. Zumal irgendwelche unmittelbaren Mitteilungen hierzu nicht vorliegen, halte ich es für ausgeschlossen, daß die Deutsche Wirtschaftskommission, deren Amtsbereich sich lediglich auf die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands erstreckt, ernsthaft glaubt, durch irgendwelche Bestimmungen in die geordnete Berliner Verwaltung eingreifen zu können und durch solche Willkürmaßnahmen der Berliner Bevölkerung zu dienen. Ich wäre daher dankbar, wenn die zweifellos falschen Nachrichten in der Presse auch von der Deutschen Wirtschaftskommission berichtigt würden. Selbstverständlich kann keine Dienststelle des Berliner Magistrats Anordnungen einer auswärtigen Behörde ausführen, ebenso wenig, wie es den Dienststellen der Deutschen Wirtschaftskommission zugemutet wird, Anordnungen des Berliner Magistrats zu befolgen. Wer der Berliner Bevölkerung helfen will, muß in erster Linie uns, die verfassungsmäßige und gesetzliche Obrigkeit von Groß-Berlin, unterstützen und jeden ungesetzlichen Eingriff vermeiden. Andernfalls kann es nicht ausbleiben, daß die Berliner Verwaltung allmählich in einen Zustand der Zerrüttung versetzt wird, wie ihn die gleichen Berliner Zeitungen als schon bestehend verkünden.

Selbstverständlich wird der Magistrat von Groß-Berlin gern alle Wünsche und Anregungen in Erwägung ziehen, die die Deutsche Wirtschaftskommission in dankenswerter Bemühung um die Versorgung der Berliner Bevölkerung etwa für zweckmäßig halten sollte. Ich bitte, mir etwaige Wünsche und Anregungen dieser Art beschleunigt zuzuleiten, damit ich sie im Einvernehmen mit den nach der Verfassung zuständigen Mitgliedern des Magistrats prüfen und zu einer den Interessen der Bevölkerung dienenden Erledigung bringen kann.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung:

gez. Dr. Friedensburg.“

Am 24. August antwortete Präsident Rau:

„Sehr geehrter Herr Dr. Friedensburg!

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 20. 8. 1948. Ich bin nicht in der Lage, Ihrem Wunsche entsprechend die Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über die Lebensmittelversorgung der Berliner Bevölkerung zu dementieren.

Die Deutsche Wirtschaftskommission hat diese Anordnung in dem vollen Bewußtsein ihrer Pflicht erlassen, der Berliner Bevölkerung einen Ausweg aus den chaotischen und gefährlichen Verhältnissen zu zeigen, in welche sie durch die Politik des gegenwärtigen Berliner Magistrats systematisch hineinmanövriert worden ist. Wenn Sie diese Maßnahmen, die den Interessen der Berliner Bevölkerung entsprechen, als einen Eingriff in die geordnete Verwaltung Berlins und sogar als Willkürmaßnahmen bezeichnen, so muß die Deutsche Wirtschaftskommission demgegenüber feststellen, daß eine geordnete Verwaltung Berlins nicht existiert, und daß die von der DWK angeordneten Maßnahmen einzig das Ziel haben, die Versorgung der Bevölkerung Berlins zu sichern und damit auch der Ordnung in Berlin zu dienen. Wenn der Berliner Magistrat gegen diese wirksamen Maßnahmen — wie Ihr Schreiben beweist — nur die Zuständigkeit der DWK anzuzweifeln vermag, so beweist er nur, wie wenig ihn das wirkliche Wohl der Berliner kümmert. Wir hätten gern den Berliner Magistrat mit der Durchführung dieser Maßnahmen betraut. Unter den vom Magistrat und seinen ausländischen Auftraggebern geschaffenen Umständen sind jedoch dafür die Voraussetzungen nicht gegeben.

Berlin hatte nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes in der Wiederherstellung einer geordneten Wirtschaft und gesunder demokratischer Verhältnisse gute Fortschritte gemacht. Man konnte die berechtigte Hoffnung hegen, daß Berlin, die Hauptstadt Deutschlands, ein Beispiel einer demokratischen Stadtverwaltung für ganz Deutschland werden würde. Diese Entwicklung wurde unterbrochen, als der gegenwärtige Magistrat begann, durch seine Amtsführung Zerrüttung und stetig wachsendes Chaos in die Lebensverhältnisse der Berliner zu tragen. Die demagogischen Versprechungen, mit denen sich die heute für die Berliner Verwaltung verantwortlichen Parteien und Personen in ihre Funktionen brachten, waren nur der Beginn einer ganzen Kette von Maßnahmen, welche aus Berlin einen Spielball imperialistischer Kriegshetzer machten. Die Zerreißung des Berliner Kulturlebens, die Spaltung der Berliner Gewerkschaften waren indes nur Vorstufen von all dem, was nach Einführung der Westmark in den Westsektoren Berlins folgte. Durch diese Maßnahmen wurde das Wirtschaftsleben Berlins in ein Chaos gestürzt und die Versorgung der Berliner Bevölkerung auf das Schwerste gefährdet. Der Berliner Magistrat kann sich hierbei unter keinen Umständen darauf berufen, es handle sich um Maßnahmen der Besatzungsmacht. Jede einzelne dieser Maßnahmen wurde von den führenden Männern des Magistrats begrüßt. Sie persönlich waren es, der zuletzt die Einheit der Berliner Polizei störte und damit die Zustände herbeiführte, die aus der Polizei der Berliner Westsektoren Schutztruppen für den Schwarzen Mark machten. Heute besteht die allergrößte Gefahr, daß bei Weiterführung dieser Politik die deutsche Hauptstadt in kurzer Zeit politisch, wirtschaftlich und moralisch in vollständigen Verfall gerät. Für die Bevölkerung steht ein Katastrophenwinter vor der Tür, wenn nicht dringende Maßnahmen getroffen werden, um ihn abzuwenden. Der Berliner Magistrat aber, der systematisch diese Lage herbeigeführt hat, ist weder willens noch fähig, dies zu tun.

Auf der anderen Seite wird die sowjetische Besatzungszone, welche Berlin umgibt, und zu welcher Berlin organisch und wirtschaftlich gehört, durch diese Entwicklung in Berlin geschädigt. Es ist eine Tatsache, daß die Schieber und Schwarzhändler des Berliner Westens, wohl geduldet vom Berliner Magistrat und den hinter ihm stehenden Kreisen, den Aufbau der Wirtschaft in der Ostzone dauernd zu stören versuchen. Die Waren, welche als Köder für die in den Berliner Westsektoren eingeführte Westmark angeboten werden, stammen zum großen Teil aus solchen Schiebergeschäften. Im Interesse sowohl der Bevölkerung Berlins als auch der Ostzone, sind dringende Maßnahmen notwendig geworden, welche diese unhaltbaren Zustände beenden.

Besonders gefährdet ist die unmittelbare Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln und Brennstoffen. Zwar behauptet der Berliner Magistrat, daß

durch die Luftbrücke die Versorgung gesichert und die Berliner Wirtschaft in Gang gehalten werden könne. Entgegen seinen Behauptungen ist dem Magistrat sehr wohl bekannt, daß eine geordnete Wirtschaft auf diesem Wege nicht möglich ist, und daß die Bevölkerung systematisch in eine Hunger- und Kältekatastrophe hineingeführt wird. Vom Standpunkt der Menschlichkeit aus ist es die Pflicht jeder verantwortlichen deutschen Stelle, insbesondere der Deutschen Wirtschaftskommission, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen und der Berliner Bevölkerung Hilfe zu leisten. Die Deutsche Wirtschaftskommission ist insbesondere durch die großzügige Hilfe der Sowjet-Union in den Stand gesetzt, unmittelbar wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die drohende Hunger- und Kältekatastrophe abzuwenden. Demgegenüber kann man nur mit Befremden feststellen, daß der Berliner Magistrat gegen Maßnahmen, welche das Leben der Kinder, Frauen und Männer Berlins sichern, Widerspruch erhebt und gegen das Hereinkommen von Lebensmitteln nach Berlin und deren Verteilung protestiert. U. E. wäre es nützlich, wenn der Berliner Magistrat diese Maßnahmen aktiv unterstützen und vor allen Dingen dagegen protestieren würde, daß über die Luftbrücke unzählige Güter, kostbare Maschinen und unersetzliche Rohstoffe aus Berlin abtransportiert werden. Der Berliner Arbeiter versteht es sehr gut, daß auf der Luftbrücke sein Arbeitsplatz davonfliegt, trotzdem der Magistrat dies nicht zugeben will.

Die Politik des Berliner Magistrats hat ferner wesentlich dazu beigetragen, die bestehenden Spannungen in der Welt zu verschärfen. Diese Politik gefährdet den Frieden. Insbesondere aber gefährdet diese Politik das gute Verhältnis unseres Volkes zu unseren östlichen Nachbarn, obwohl das deutsche Volk im Ringen um die Einheit Deutschlands nur seitens der Sowjet-Union und seitens der volkdemokratischen Länder eine staatliche Hilfe erhält. Die Handlungsweise des Berliner Magistrats und der ihn stützenden Parteifraktionen zielt darauf ab, das Berliner Chaos zu einem Weltbrand auszudehnen, die chauvinistischen Leidenenschaften zu entfesseln, die Berliner Bevölkerung für eine Aggressionspolitik im Interesse der imperialistischen Kriegstreiber und Scharfmacher reif zu machen. Auch aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Kräfte des Friedens und der Einheit Deutschlands ohne jeden Verzug alles nur mögliche tun, um den in Berlin am Werk befindlichen Hasardeuren die Möglichkeit zu nehmen, Chaos und Verzweiflungstimmung in Berlin auf die Spitze zu treiben und im Interesse ihrer verderblichen Absichten auszunutzen.

Aus diesen Erwägungen hat die Deutsche Wirtschaftskommission im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit für Frieden, Sicherheit und Existenz der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone und Berlins die von Ihnen beanstandeten Maßnahmen getroffen.“

Am 30. August erwiderte Dr. Friedensburg:

„Der Gegenstand Ihres Schreibens vom 24. August d. J. erscheint mir für die der Verantwortung des Magistrats anvertrauten Menschen zu bedeutungsvoll, als daß ich es einfach zu den Akten lege. Mag mich auch Ihr Verzicht auf jede sachliche Argumentation befremden, so muß doch der Versuch gemacht werden, das Problem der Berliner Krisis zwischen uns in seinen Ursachen und seinen Lösungsmöglichkeiten zu klären. Gewiß mag es für Sie, als den von einer ausländischen Besatzungsmacht autoritativ eingesetzten Behördenleiter nicht leicht sein, sich in meine Lage zu versetzen, in die Lage eines von der deutschen Bevölkerung demokratisch gewählten und ihr demokratisch verantwortlichen Volksvertreters. Da Sie aber in Ihrem Schreiben immer wieder ausdrücklich die Interessen und Wünsche der Bevölkerung als auch für Ihr Handeln bestimmend bezeichnen, scheint mir eine Verständigung nicht aussichtslos.

Ihrer Ansicht nach ist es „vom Standpunkt der Menschlichkeit“ die Pflicht der Deutschen Wirtschaftskommission, „der Berliner Bevölkerung Hilfe zu leisten“, die nach Ihren Worten „wirtschaftlich und moralisch in vollständigen Verfall

gerät“ und sich in „Chaos und Verzweiflungsstimmung“ befindet. Die von Ihnen beabsichtigte Hilfe durch den zuständigen Magistrat vermitteln zu lassen, wie ich gefordert habe, lehnen Sie ab, weil dieser Magistrat — ich zitiere wieder Ihre Worte — unter dem Einfluß seiner „ausländischen Auftraggeber weder willens noch fähig“ ist, die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Wenn Sie tatsächlich der Ansicht sein sollten, der Magistrat stütze sich nicht mehr auf das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit, so haben die üblichen demokratischen Regeln für eine solche Feststellung bessere Nachweismöglichkeiten als agitatorische Behauptungen, nämlich die Befragung des Volkes selbst. Die jetzigen städtischen Körperschaften haben schon für den 24. Oktober Neuwahlen ausgeschrieben; Sie, Herr Präsident Rau, können zur Geltendmachung der Wünsche der Bevölkerung nichts besseres tun, als uns zu helfen, die von einer radikalen Partei gegen die Neuwahl vorgebrachten Einwendungen zu zerstreuen und abzuwehren. Vielleicht wäre es noch besonders beweiskräftig, auch in einigen Berliner Randgemeinden, etwa in Klein-Machnow oder Stahnsdorf, die jetzt noch der Fürsorge der Deutschen Wirtschaftskommission überantwortet sind, eine Volksabstimmung darüber abzuhalten, ob sie nach Berlin eingemeindet werden und unter die Obhut unseres Magistrats gelangen wollen; ich glaube zu wissen, daß eine sehr große Mehrheit nur zu gern „Chaos und Verzweiflungsstimmung“ dem Wohlstand und Überfluß vorziehen würde, die in der Ostzone herrschen müssen, wenn die Maßnahmen zur Unterstützung Berlins ernst gemeint sein sollten. Endlich scheint Ihnen, Herr Präsident Rau, entgangen zu sein, daß dem von Ihnen so scharf verurteilten Berliner Magistrat auch drei Vertreter der SED angehören, die als ehrenwerte Menschen die volle Mitverantwortung doch schwerlich noch immer tragen würden, wenn Ihre Kennzeichnung der Magistratsarbeit auch nur annähernd richtig wäre. Ich gebe auch kein Amtsgeheimnis preis, wenn ich feststelle, daß, von seltenen Ausnahmen in der letzten Zeit abgesehen, das Magistratskollegium keinerlei Frontenbildung kennt, sondern in guter kameradschaftlicher Gemeinschaft arbeitet. Unter diesen Umständen müßte die SED, sofern die Gesetze der Logik und des Anstandes eine Geltung haben, entweder die herabsetzende Kritik an der Magistratsarbeit einstellen oder ihre Freunde sofort aus dem Magistrat zurückziehen . . .“

Im weiteren Verfolg seines Schreibens verglich Dr. Friedensburg an Hand von Zahlen die Lebensmittelversorgung, die allgemeinen Wirtschaftszustände, die Betriebssicherheit der öffentlichen Verkehrsmittel und das Verhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen in Berlin und in der Ostzone. Er fuhr fort:

„Wenn die Zustände in Berlin im Vergleich zu der der Deutschen Wirtschaftskommission anvertrauten Ostzone so ungünstig wären, sollte man annehmen, daß viele Berliner, namentlich auch klassenbewußte Arbeiter, den Wunsch hätten, sich in die Ostzone zu begeben. Tatsächlich findet eine solche Bewegung überhaupt nicht statt, während umgekehrt zahllose Bewohner der Ostzone bemüht sind, nach Berlin überzusiedeln. Den Fällen des Thüringischen Ministerpräsidenten Paul, des Jenaer Oberbürgermeisters Mertens, des Brandenburgischen Finanzministers Gärtner, um nur die prominentesten Fälle von Flucht aus der Ostzone während der letzten zwölf Monate zu nennen, läßt sich überhaupt kein Beispiel eines namhaften Berliners entgegenstellen, der unsere Stadt während der Herrschaft des jetzigen Magistrats fluchtartig verlassen hätte.

Es mag an erdrückenden Tatsachen genug angeführt sein, um die Zurückhaltung der Bevölkerung von Berlin gegenüber den Hilfsangeboten aus der Ostzone begreiflich zu machen. Angesichts der tatsächlichen Verhältnisse, die ja trotz aller Mühe nicht verheimlicht werden können, glauben die Berliner Menschen in jenen Hilfsangeboten mehr oder weniger nur politische

Propaganda sehen zu können. Wenn man sie aber ernst nähme, so will man nicht die Brüder und Schwestern jenseits der Grenze, deren Los man ja keineswegs beneidet, berauben, um damit die eigene ohnedies weit günstigere Versorgung zu verbessern. Selbstverständlich erlebt Berlin zur Zeit Sorgen und Bedrängnisse. Sie zu leugnen, wäre sinnlos. Aber ebenso sinnlos und zugleich ungerecht, ja verwerflich wäre es, die Schuld an diesen Sorgen und Bedrängnissen der Stadtverwaltung aufzuerlegen. Seit dem 15. Januar 1948, also weit mehr als fünf Monate vor Inkrafttreten der vielfach als Ursache angeführten westdeutschen Währungsreform, erleidet Berlin eine sich fortgesetzt steigernde Reihe von Verkehrserschwerungen, die unsere Stadt von etwa zwei Dritteln seines bisherigen Versorgungs- und Absatzgebietes zu Lande und zu Wasser vollständig abgeschnitten haben. Ein Verzeichnis der wichtigsten dieser Maßnahmen lege ich dem Schreiben bei. Der durch diese Entwicklung uns aufgenötigte Kampf wird einmal von der Geschichte angemessen gewürdigt werden! Er hat bei den Besatzungsmächten und bei der Stadtverwaltung zwangsläufig mancherlei Anordnungen erforderlich gemacht, die zu unserem Leidwesen auch den inneren Zusammenhalt unserer Stadt beeinträchtigt haben und auf die auch Sie in Ihrem Schreiben Bezug nehmen. Ich versichere Ihnen, daß der Magistrat und insbesondere ich selbst als sein derzeitiger Leiter alles daransetze, um die einheitliche Verwaltung und Versorgung trotzdem zu sichern. Wenn uns das nicht vollständig gelingt, so kann uns nur Unwissenheit oder schlechter Wille hieran die Schuld geben. Vor allem verbitten wir uns von einer Seite solche Vorwürfe, die ihrerseits alles getan hat und noch tut, um diese Schwierigkeiten zu schaffen und zu vergrößern. . .“

Von der Möglichkeit, im Ostsektor einzukaufen, machte nur ein Bruchteil der Bevölkerung der Westsektoren Gebrauch.

Auf Anordnung der Deutschen Wirtschafts-Kommission mußten vom 24. Juli an die bei der Währungsreform ausgegebenen Geldscheine mit aufgeklebten Spezial-Kupons gegen Banknoten der Deutschen Notenbank umgetauscht werden. Die höheren Beträge wurden auf Bankkonto gutgeschrieben und zunächst blockiert. Dadurch entstanden für die städtische Finanzverwaltung neue Erschwerungen. Nach eingehenden Beratungen beschloß der Magistrat am 18. August Maßnahmen zur Geldordnung:

„Groß-Berlin muß seit dem 24. Juni zwei von den Besatzungsmächten angeordnete Geldneuordnungen über sich ergehen lassen, die nicht nur in ihrer zeitlichen und räumlichen Geltung verschieden, sondern auch in den Umtausch-, Auszahlungs- und Umwertungsvorschriften zum Teil völlig entgegengesetzt sind. Die eine Reform wurde zudem innerhalb eines Monats wiederholt. Aus der Kuponmark wurde die D-Mark der Deutschen Notenbank.

Alle Maßnahmen sind ohne jede Mitwirkung der verfassungsmäßigen Vertretungskörper von Groß-Berlin (Magistrat und Stadtverordnetenversammlung) vorbereitet und angeordnet worden. Sie mußten von einem Tag zum anderen, oft nur durch Presse und Rundfunk bekanntgegeben, durchgeführt werden.

Wichtige Fragen, vor allem Umfang und Höhe der Umwertung und die Verfügbarkeit über das Buchgeld, sind zu einem großen Teil heute noch nicht geklärt.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr ist trotz der angeordneten Ausdehnung infolge der Beschränkung und Sperrung der Konten für große Teile der öffentlichen und privaten Wirtschaft zunehmend zurückgegangen. . . .

Der Magistrat hat im Interesse der gesamten Berliner Bevölkerung durch seine Beauftragten in ununterbrochenen Verhandlungen mit den Besatzungsmächten und deren Geld- und Währungskommissionen bis jetzt vergeblich versucht, einen Aus-

gleich zwischen den beiden Währungen zu finden und die ihm unterstellte öffentliche Wirtschaft auf Grund des Haushaltsplans und der Wirtschaftspläne, selbstverständlich unter Beschränkung auf das Notwendigste, einheitlich im gesamten Gebiet von Groß-Berlin zu führen. Die Geldneuordnung hat statt einer die Wirtschaft aufbauenden Ordnung nur eine zunehmende Unordnung gebracht. Angesichts dieser katastrophalen Lage sieht sich der Magistrat von Groß-Berlin zu folgenden Feststellungen und Maßnahmen gezwungen:

- I. Das Geldwesen muß im gesamten Gebiet von Groß-Berlin einheitlich und von wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet sein und dem Wohl aller Berliner dienen.

Das Geld muß, um wieder einen Wert zu haben, mengen- und wertmäßig den vorhandenen Waren angepaßt und daher knapp gehalten werden. Es muß sich wieder lohnen, Hand- und Geistesarbeit zu leisten.

Das Bargeld muß hinter das Buchgeld treten. Dazu ist notwendig, daß das Vertrauen zu den Geldinstituten (Stadtkontor, Sparkasse, Volksbank und Postscheck) wiederhergestellt wird. Dies wird nur dann der Fall sein, wenn jeder Inhaber eines Guthabens unbedingt damit rechnen kann, für gesetzlich nicht verbotene Zwecke im Rahmen der üblichen Bankbedingungen über sein Guthaben jederzeit frei verfügen zu können.

Es ist daher notwendig, daß unverzüglich alle umgewerteten Guthaben, gleichgültig in welchem Teil von Groß-Berlin das Konto sich befindet oder der Inhaber des Kontos wohnt, frei verfügbar sind.

- II. Haushaltswirtschaft von Groß-Berlin:

Ausgaben: Geldmittel dürfen zur Erfüllung der durch die Vorläufige Verfassung der Gebietskörperschaft obliegenden öffentlichen Aufgaben nur soweit verwendet werden, als es unerlässlich ist, die öffentliche Wirtschaft in lebensnotwendigem Umfange zu erhalten. . . .

Einnahmen: Die Abgaben, Steuern, Gebühren und sonstigen Einnahmen sind unverzüglich und restlos auf Grund der bestehenden Vorschriften zu erfassen und einzutreiben.

Alle Einnahmen einschließlich der Eigenbetriebe sind so zusammenzufassen, daß sie immer da verwendet werden können, wo der dringendste Bedarf vorliegt.

Bedarf: Werden die obigen Maßnahmen durchgeführt, ist nach den Erfahrungen vor der Geldreform mit Sicherheit damit zu rechnen, daß bei vorsichtiger Inanspruchnahme der umgewerteten Guthaben die Fehlbeträge für die gesamte öffentliche Wirtschaft Groß-Berlins in einigen Monaten beseitigt sind. . . .

- III. Unter der Voraussetzung, daß Groß-Berlin wie vor der Geldneuordnung seine öffentliche Wirtschaft gemäß der Vorläufigen Verfassung auf Grund und im Rahmen des Haushaltsplans und der Wirtschaftspläne führen und über seine vorschriftsmäßig umgewerteten Guthaben verfügen kann, gilt unter Aufrechterhaltung des Magistratsbeschlusses Nr. 866 vom 7. 7. 1948 folgende Regelung:

1. Die öffentliche Wirtschaft von Groß-Berlin einschließlich der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften wird im gesamten Gebiet von Groß-Berlin in Deutscher Mark der Deutschen Notenbank (Ostwährung) geführt. Soweit durch Anordnungen von Besatzungsmächten in Teilen von Groß-Berlin neben der Ostwährung auch eine andere Währung gilt, werden, wie bisher, die Geldzeichen dieser Währung durch eine besondere Ausgleichstelle in Ostwährung im Verhältnis 1 : 1 für die öffentliche Wirtschaft umgewandelt. Dies gilt für die Einnahmen wie für die Ausgaben.

2. Groß-Berlin verpflichtet sich, in seiner gesamten Wirtschaft den bargeldlosen Zahlungsverkehr so weit zu fördern, daß lediglich Gehälter in geringer Höhe, Löhne, Unterstützungen, Ruhegelder und kleinere Ausgaben in bar gezahlt werden.
3. Groß-Berlin gewährleistet den Rückfluß der eingenommenen Gelder über seine Kassen an das Stadtkontor. An Ort und Stelle dürfen nur so viel der Einnahmen zurückbehalten werden, als notwendig ist, den dringenden Bedarf der nächsten Tage zu decken. . . .“

Für den Fall, daß die Maßnahmen unter I und III nicht voll durchgeführt werden könnten, wurden besondere Bestimmungen getroffen.

Am 8. September führte Stadtkämmerer Dr. Haas dazu in der Stadtverordnetenversammlung aus:

„ . . . Ich habe manch einem der Alliierten gesagt: was nützen alle Beschlüsse, was haben wir von einem schönen Haushaltsplan, wenn ich nicht einmal über mein eigenes Geld, d. h. das Geld der Stadt, verfügen kann, und zwar nach den Grundsätzen, wie sie vom Parlament aufgestellt und gebilligt worden sind. Was nützt das alles? Wie will man von uns verlangen, daß wir sparen, auf Wochen und Monate hinaus planen sollen, wenn ich nicht weiß: habe ich morgen das Geld, um nur die allerwichtigsten Aufgaben zu erfüllen? So ist heute die Lage, und so schließt auch die Darstellung im damaligen Magistratsbeschluß. Wir stehen, mehr oder weniger vor leeren Kassen. Die Kassen sind insoweit leer, als eben Geldzeichen nicht darin sind; denn die Geldzeichen müssen wir ja vom Stadtkontor erhalten. Alles, was eingenommen wird, muß sofort abgeliefert werden. Was im Ostsektor eingeliefert wird, geht dorthin, und was in den Westsektoren eingeliefert wird, bleibt im Westen, muß auch dort verwandt werden. Stellen Sie sich einmal diesen schwierigen Körper in Berlin vor, die riesigen Eigenbetriebe mit den Verästelungen usw.! Hier handelt es sich um Eingriffe, die eine Verwaltung und vor allem eine Selbstverwaltung überhaupt nicht ertragen kann. Wir stehen also, glaube ich, vor einer Krisis, wie sie eine Gebietskörperschaft, ob Land oder Stadt, noch nie erlebte.

Trotzdem hoffen wir, daß wir über diese Schwierigkeiten hinwegkommen, wenn die hohen vier Mächte endlich ein Einsehen haben und uns eine Ordnung ermöglichen, in der wir in wirklicher Selbstverwaltung unsere Aufgaben erfüllen können.“

Am 24. August richtete General Kotlikow folgendes Schreiben an den Oberbürgermeister:

„Die leitenden Beamten des Berliner Magistrats haben in der letzten Zeit Handlungen begangen, die die in Berlin festgelegte Ordnung verletzen, entsprechend der sämtliche Anordnungen und Verfügungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats einer Bestätigung der Besatzungsbehörden bedürfen, ohne die Anordnungen und Verfügungen in Berlin ungesetzlich sind.

So haben zum Beispiel die leitenden Beamten des Magistrats entgegen der entsprechenden Verfügung der Sowjetischen Kontrollbehörden einen Beschluß gefaßt, durch den eine Desorganisation und Spaltung innerhalb der Berliner Polizei hervorgerufen worden ist. Dieser Beschluß des Magistrats zog die Bildung einer separaten Polizeiverwaltung nach sich, deren Kompetenz sich nur auf die westlichen Sektoren der Stadt erstreckt, und durch die die normale administrative Verwaltung der Stadt verletzt wird. Das trägt zur Steigerung der Aktivität der Schieber und der anderen verbrecherischen Elemente in der Stadt bei.

Die leitenden Beamten des Magistrats sowie auch die Mehrheit in der derzeitigen Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die Einführung einer zweiten Valuta, der sogenannten „B-Mark“, in Berlin unterstützt. Es wird jetzt allgemein anerkannt, daß diese Maßnahme der Wirtschaft Berlins und den Interessen der Berliner Bevölkerung einen ernsten Schaden zufügte und auch noch weiter zufügt, die Tätigkeit der Berliner Industrie- und Handelsbetriebe und Firmen untergräbt, in der Stadt eine Spekulation mit Valuta und Waren entfesselt und eine künstliche Arbeitslosigkeit schafft sowie auch die normale Versorgung der Bevölkerung und die rechtzeitige Auszahlung von Löhnen an die Arbeiter und Angestellten Berlins erschwert. Nichtsdestoweniger haben die leitenden Mitarbeiter des Magistrats sogar Lizenzen für die Gründung sogenannter „Wechselstuben“ in den westlichen Sektoren der Stadt erteilt, die sich offen mit der Valutaspekulation in Berlin zum Schaden der Interessen der Werktätigen in Berlin und auch in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands befassen. Darüber hinaus hat der Magistrat ohne Wissen und Einverständnis der Besatzungsmächte ungesetzlich einige Umbesetzungen in dem von den Besatzungsmächten bestätigten Personalbestand der leitenden Mitarbeiter der Berliner Stadtverwaltung vorgenommen.

Keiner der angeführten Beschlüsse, die offensichtlich die öffentliche Ordnung stören und den Interessen der Bevölkerung widersprechen, wurde von der Sowjetischen Militärkommandantur Berlins bestätigt. Infolgedessen werden alle diese Beschlüsse im Gebiet Berlins für ungültig und ungesetzlich erklärt. Im Zusammenhang mit dem oben ausgeführten muß ich Sie im Auftrage des Sowjetischen Militärkommandos in Deutschland daran erinnern, daß der Berliner Magistrat gemäß dem zur Zeit in der Stadt gültigen Besatzungsregime und entsprechend dem damit verbundenen Regime der Satzungen der Provisorischen Verfassung Berlins verpflichtet ist, sämtliche Anordnungen und Verfügungen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung der Sowjetischen Militärkommandantur Berlins zur Bestätigung vorzulegen. Die auf diese Art nicht bestätigten Verfügungen und Anordnungen werden für außer Kraft erklärt und die Verantwortung für die Störung der Funktionen der Organe der Stadtverwaltung und der öffentlichen Ordnung, die durch eine Verletzung des Besatzungsregimes hervorgerufen wurde, werden die schuldigen Beamten tragen.

Bestätigen Sie den Erhalt dieses Briefes, und bringen Sie seinen Inhalt zur Kenntnis der entsprechenden Organe und Personen.“

Die britische Militärregierung gab dazu folgende Stellungnahme bekannt:

„In einem Brief an den Bürgermeister Dr. Friedensburg behauptet Generalmajor Kotikow, daß Befehle und Instruktionen, die in letzter Zeit vom Magistrat erlassen wurden, nicht rechtsgültig seien, da sie nicht vorher von der Sowjetischen Kommandantur begutachtet wurden.

Die britischen Behörden können diese Behauptung nicht anerkennen. Berlin steht unter Viermächtekontrolle. Laut Übereinkommen zwischen den vier Alliierten und nach der Provisorischen Verfassung Berlins müssen alle bedeutenden Beschlüsse und Befehle des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung vorher der Alliierten Kommandantur zur Überprüfung und Bewilligung vorgelegt werden. Seitdem die Russen sich aus der Alliierten Kommandantur am 1. Juli zurückgezogen und dadurch die Fortsetzung der Arbeit verhindert haben, ist der Magistrat nicht in der Lage gewesen, die ihm nach der Verfassung vorgeschriebene Prozedur zu verfolgen. Er ist jedoch immer noch gegenüber der Berliner Bevölkerung für die Administration der

Stadt verantwortlich, und es ist die Meinung der britischen Behörden, daß der Magistrat sein Bestes getan hat, um seinen Verpflichtungen in der sehr schweren Situation mit großem Mut und Pflichtbewußtsein nachzukommen.

Die Maßnahmen, die der einheitlichen Verwaltung Berlins geschadet haben, können keineswegs dem Magistrat oder der Stadtverordnetenversammlung in die Schuhe geschoben werden. Diese Maßnahmen sind lediglich auf den Rückzug der Sowjets aus der Alliierten Kommandantur und auf die einseitigen Aktionen, die die Sowjetbehörden seitdem unternommen haben, zurückzuführen."

Nachdem der Magistrat in seiner Sitzung am 25. August festgestellt hatte, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht gerechtfertigt seien, und gleichzeitig die Bildung einer Kommission zur Überwindung der im Winter bevorstehenden Schwierigkeiten beschlossen hatte, richtete Dr. Friedensburg ein Schreiben an den General:

„Auf das an Frau Louise Schroeder gerichtete Schreiben vom 24. 8., dessen Eingang ich unter dem gleichen Datum bestätigt habe, bitte ich in Vertretung der erkrankten Frau Bürgermeister und zugleich im Namen des Berliner Magistrats folgendes erwidern zu dürfen:

Nach Artikel 36 der Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin bedürfen keineswegs sämtliche Anordnungen und Verfügungen der Berliner Körperschaften, wie in Ihrem Brief angenommen wird, einer Bestätigung durch die Besatzungsbehörden, sondern lediglich die Anordnungen und Verfügungen allgemeinen und grundsätzlichen Charakters. Das geht aus dem Wortlaut des genannten Verfassungsartikels hervor. Bisher ist auch ganz allgemein in diesem Sinne verfahren worden, zumal der Kommandanturbefehl vom 31. Januar 1947, Nr. BK/O (47) 34, die eigentlichen Verwaltungsanweisungen ausdrücklich von der Bestätigungspflicht ausnimmt. Hat diese Regel schon bis zu dem Zeitpunkt gegolten, in dem die Alliierte Kommandatura noch regelmäßige Entscheidungen zu treffen pflegte, so erscheint es nicht begreiflich, gerade jetzt, wo eine regelmäßige Arbeit der Alliierten Kommandatura nicht mehr erfolgt, plötzlich eine der bisherigen Rechtsauffassung und dem praktischen Bedürfnis völlig zuwiderlaufende Neuregelung einzuführen. Wer ernsthaft die Arbeit der Berliner Verwaltung fördern und damit dem Wohl der Berliner Bevölkerung dienen will, muß vielmehr eher darauf bedacht sein, der veränderten Lage entsprechend die Handlungsfähigkeit der städtischen Körperschaften zu verstärken, statt sie durch einschränkende Anordnungen zu behindern.

Geht man von der vorstehenden klaren Rechtsauffassung aus, über die unserer Ansicht nach ein Zweifel eigentlich gar nicht aufkommen könnte, so läßt sich erkennen, daß auch die von Ihnen, Herr General, angeführten Einzelfälle ohne weiteres korrekt und rechtlich einwandfrei behandelt worden sind. Der Unterzeichnete, als das mit der Polizeiaufsicht betraute Magistratsmitglied, hat den früheren Polizeipräsidenten Markgraf nicht entlassen, obwohl eine solche Entlassung nach Ansicht der überwältigenden Mehrheit der städtischen Körperschaften und der Berliner Bevölkerung durchaus notwendig wäre. Gerade weil größter Wert darauf gelegt wurde, die Verfassungsbestimmungen peinlichst zu beachten, ist die von den städtischen Körperschaften verlangte Entlassung nicht ausgesprochen worden; dagegen hat der Unterzeichnete Herrn Markgraf im Wege einer inneren Verwaltungsanweisung von seinen Amtsbefugnissen suspendiert. Das ist nach deutscher Verwaltungspraxis ein von der eigentlichen Entlassung durchaus verschiedener Verwaltungsakt, der regelmäßig von dem die Dienstaufsicht führenden Vorgesetzten vorgenommen werden kann und auch von

ihm vorgenommen werden muß, wenn es das Interesse der Verwaltung erfordert. Die Suspendierung erfolgte im übrigen gerade, weil Markgraf durch seine Handlungen die verfassungsmäßige Ordnung der Berliner Verwaltung systematisch störte . . .

Wir wären überaus dankbar, wenn durch eine einfache Verfügung der Sowjetischen Kommandantur, der die anderen Herren Kommandanten sicherlich sofort folgen würden, der Entlassungsverfügung des Magistrats gegen Herrn Markgraf vom 6. 3. 1948 Rechtskraft verliehen bzw. meiner Suspendierung Markgrafs auch für den Ostsektor Geltung verschafft würde. Durch eine einfache Wiederherstellung der Rechtsordnung für den Ostsektor haben Sie, Herr General, es in der Hand, alle Desorganisations- und Spaltungserscheinungen in der Berliner Polizei zu beseitigen.

Ihr Schreiben, Herr General, vom 24. 8. enthielt den weiteren Vorwurf, daß der Magistrat die Einführung einer zweiten Währung in Berlin unterstützt und damit Berlin einen ernsten Schaden zugefügt habe. Tatsächlich haben die städtischen Körperschaften der ohne ihr Zutun, ja ohne ihre Anhörung vorgenommenen Einführung von zwei Währungen durch die Besatzungsmächte lediglich als Objekte gegenüberstanden . . .

Es kann also doch unmöglich dem Berliner Magistrat zur Last gelegt werden, wenn es tatsächlich zur Einführung von zwei Währungen in Deutschland und damit auch in Berlin gekommen ist, und wenn die von uns damals mit großer Eindringlichkeit vorausgesagten unerwünschten Folgen für Berlin sich tatsächlich gezeigt haben. Wir dürfen von Ihrem Gerechtigkeitssinn, Herr General, erwarten, daß Sie den gegen uns erhobenen Vorwurf in dieser Hinsicht nicht aufrechterhalten. Daß die städtischen Körperschaften nachträglich, als von den Besatzungsmächten getrennte Währungen befohlen worden waren, sich nach besten Kräften bemüht haben, die nachteiligen Folgen abzuschwächen, sich also insofern mit den Befehlen abgefunden haben, kann man ihnen doch unmöglich zur Last legen.

Endlich wird dem Magistrat in Ihrem Schreiben vorgeworfen, daß seine leitenden Mitarbeiter Lizenzen für die Gründung von sogenannten Wechselstuben in den westlichen Sektoren in der Stadt erteilt haben. Tatsächlich sind diese Wechselstuben durch Befehle der zuständigen Sektorenkommandanten an die Bezirksbürgermeister geschaffen worden, und weder der Magistrat noch irgendeine Magistratsdienststelle hat sich damit befassen können. Auch wir sehen es als ein Unglück an, daß hierbei wie in zahlreichen anderen Fällen schwerwiegende Eingriffe in die demokratische Selbstverwaltung Groß-Berlins ohne Mitwirkung der städtischen Körperschaften vorgenommen worden sind.

Bei sofortiger Prüfung unseres Standpunktes werden Sie, Herr General, bestätigen müssen, daß in allen von Ihnen angeführten Punkten eine der Bestätigung der Kommandantur bedürftige Verordnung des Magistrats überhaupt nicht erfolgt ist, und daß deshalb irgendein Vorwurf gegen den Magistrat nicht aufrechterhalten werden kann. Im Gegenteil; es handelt sich in allen drei angeführten Punkten um Fälle, bei denen nachteilige Folgen lediglich dadurch entstanden sind, daß die Grundsätze der Demokratie und der Selbstverwaltung von den Besatzungsbehörden gegenüber den städtischen Körperschaften und gegenüber der Bevölkerung von Groß-Berlin nicht beachtet worden sind. Ich bitte Sie, Herr General, sich vorzustellen, welche schmerzliche Empfindung es bei den Magistratsmitgliedern

auslösen muß, wenn sie außer dem Unrecht, das ihnen durch diese Eingriffe in die demokratischen Rechte zugefügt worden ist, auch noch den Vorwurf ungesetzlichen Handelns zu erleiden haben.

Genehmigen Sie, Herr General, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung."

Nachdem in den Ostsektoren, beginnend ab Ende Juni, vereinzelte fristlose Entlassungen der Angestellten von Bezirksämtern auf Befehl der Sowjetischen Kommandantur, teils ohne Begründung, teils mit der Begründung sowjetfeindlicher Einstellung oder der Durchführung von Sparmaßnahmen, vorgenommen worden waren, steigerten sich im September diese Entlassungen aus politischen Gründen in sehr beträchtlichem Ausmaße. Am 30. September waren 19 Bezirksräte und 892 Angestellte und Arbeiter entlassen. Am 31. Oktober war die Zahl auf 22 Bezirksräte und 1046 Angestellte und Arbeiter gestiegen. Alle Versuche des Stadtrates für Personalfragen und Verwaltung, Theuner (SPD), die Wahrung von Rechtsgrundsätzen bei Entlassungen herbeizuführen, blieben erfolglos.

Die Stadtverordnetenversammlung vom 20. September in der Taberna beschloß auf Antrag der Mehrheitspartei zu dieser Frage einstimmig:

1. Die Sowjetische Militär-Administration hat im sowjetischen Sektor in letzter Zeit in so starkem Maße Eingriffe in die Selbstverwaltung vorgenommen, daß die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Selbstverwaltung nicht mehr bestehen. Auf Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht wurden alle maßgeblichen Stellen mit Angehörigen einer Minderheitspartei besetzt. Dadurch ist der Verwaltungs- und Regierungsapparat der Bezirke im Ostsektor lediglich zum Werkzeug der sowjetischen Besatzungsmacht geworden. Der größte Teil der von der Bevölkerung gewählten Vertreter ist durch Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht seines Amtes enthoben mit Ausnahme der SED-Angehörigen. Verdienstvolle Angestellte sind auf Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht unter Außerachtlassung aller verfassungsmäßigen Bestimmungen und aller gewerkschaftlichen Errungenschaften arbeitsrechtlicher Art fristlos entlassen worden . . .

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, daß der verfassungsgemäß gewählten Vertretungskörperschaft von Groß-Berlin die Verantwortung für die Verwaltung im Ostsektor entzogen ist. Die Stadtverordnetenversammlung macht alle Herren Kommandanten in Berlin darauf aufmerksam, daß damit die Übertragung der Machtbefugnisse in die Hand der vom Volk gewählten Vertreter gemäß der vorläufigen Verfassung im sowjetischen Sektor wieder aufgehoben worden ist.

Der Magistrat wird beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, um die verfassungsmäßigen Rechte der Vertretungskörperschaften im Gebiet von Groß-Berlin wiederherzustellen.

2. Im Ostsektor Berlins werden in immer größerer Zahl Angestellte und Arbeiter aus politischen Gründen entlassen und durch Mitglieder der SED ersetzt. Die davon Betroffenen haben einen moralischen Anspruch darauf, daß ihnen geholfen wird. Entsprechende Gegenmaßnahmen sind notwendig, wenn das Vertrauen in die Demokratie nicht erschüttert werden soll.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um die im Ostsektor aus politischen Gründen entlassenen Arbeitnehmer an Arbeitsplätzen in den westlichen Bezirken unterzubringen. Nötigenfalls sind Stellen durch Entlassung von Mitgliedern der SED freizumachen."

Am 20. September faßte die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg folgenden Beschluß:

„Das Bezirksamt wird angewiesen, die Beschäftigten der Charlottenburger Bezirksverwaltung, die der SED angehören oder deren politische Ziele unterstützen, in dem Maße zu entlassen, in dem im Ostsektor Berlins Demokraten ihrer Stellung enthoben werden, um diese anfallmäßig in der Charlottenburger Bezirksverwaltung unterzubringen.“

Diesen Beschluß und einen ähnlichen, in Tempelhof gefaßten, beanstandete der Magistrat in seinen Sitzungen vom 22. September und 13. Oktober

„gemäß Art. 22 der Vorläufigen Verfassung, weil eine schematische Entlassung von Angestellten, die der SED angehören oder deren politische Ziele unterstützen, mit den gesetzlichen und tarifvertraglichen Bestimmungen nicht zu vereinbaren ist“.

Für die Entlassenen wurden in möglichst großem Umfange Arbeitsplätze in den Westsektoren geschaffen. Der Magistrat verlangte aber von den Bezirksämtern der Westsektoren, daß keinesfalls zur Aufnahme der im Ostsektor Entlassenen schematisch Angehörige der SED von ihrem Arbeitsplatz entfernt würden. In vielen Fällen forderten jedoch die Betriebsräte und die Betriebsversammlungen die Entfernung von Angestellten, mit denen ihnen ein Zusammenarbeiten nicht mehr zugemutet werden könne. Aus diesem Grunde wurden in den Westsektoren bis zum 31. Oktober 305 fristlose Entlassungen und 380 Beurlaubungen ausgesprochen.

Die russischen Beschuldigungen gegen den Magistrat fanden ein Echo in mehreren Dringlichkeitsanträgen der SED-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung und am 26. August in einem Massenaufzug zum Neuen Stadthaus. Die für diesen Abend anberaumte Sitzung der Stadtverordneten wurde deshalb auf Beschluß des Ältestenrats auf den folgenden Vormittag vertagt. Dr. Suhr gab dazu folgende Erklärung ab:

„Ich eröffne die 80. Ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin. Niemand kann mehr als ich die Umstände, aber auch die Notwendigkeit bedauern, die gestern eine Vertagung der Sitzung notwendig gemacht haben. Was die Demonstranten, die hier im Stadthaus eingedrungen sind, wollten, geht aus den abgegebenen Petitionen hervor, die in einem vorgedruckten Formular meist denselben Wortlaut haben. Sie fordern im allgemeinen alle dasselbe, nämlich Einheit der Verwaltung, der Währung und der Versorgung, Sicherung des Arbeitsplatzes, Erhöhung des Reallohnes, Sicherung von Ernährung, Wohnung, Heizung und Kleidung und protestieren mit aller Energie gegen die „Bankrottwirtschaft des Berliner Magistrats“. Der Wille der Stadtverordneten als der alleinigen legalen Willensträgerin der Berliner Bevölkerung, die Arbeit unbedingt fortzusetzen, dokumentiert sich in der kurzfristigen Einberufung der Sitzung zum heutigen Vormittag. Ich betrachte es als meine Pflicht, alles daran zu setzen, die Stadtverordnetenversammlung immer wieder zu Sitzungen hier im Stadthause zusammenzurufen, wenn die Aufgaben und die Pflichten es erfordern. Aber ich kann die Tagung nur verantworten und leiten, wenn die Voraussetzungen zu einer ordnungsgemäßen Zusammenarbeit gegeben sind.

Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß die mir zustehende Polizeigewalt hier im Hause heute eine Fiktion ist, da mir keine Polizei zur Verfügung steht, von der ich sicher sagen könnte, daß sie gegebenenfalls meiner Anweisung folgen würde. Um so mehr bedaure ich, daß die Sowjetische

Zentralkommandantur meiner Bitte, die ich am 29. Juni bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Befriedung des Neuen Stadthauses aussprach, nicht entsprochen hat, nämlich dem Magistrat und mir die Möglichkeit zu geben, nach dem § 1 dieses Gesetzes zu handeln, der lautet:

Innerhalb des befriedeten Bannkreises des Neuen Stadthauses dürfen Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge nur mit Genehmigung des Magistrats, an Sitzungstagen der Stadtverordnetenversammlung nur mit Genehmigung des Stadtverordnetenvorstehers stattfinden.

Wenn auch das Bannmeilengesetz bisher keine formelle Sanktion erhalten hat, so sehe ich mich doch gezwungen, so zu handeln, als ob das Bannmeilengesetz in Kraft wäre. Ich werde mit anderen Worten wie am 23. Juni eine Stadtverordnetenversammlung nicht eröffnen, aber auch nicht weiter leiten, wenn sich Demonstranten ohne vorherige Verständigung mit mir während der Stadtverordnetenversammlung dem Stadthause nähern . . .“

Für den 6. September war wiederum eine Stadtverordnetensitzung im Neuen Stadthaus angesetzt. Um deren ruhigen Ablauf zu gewährleisten, hatte Bürgermeister Dr. Friedensburg in Ausübung seines Rechtes als Hausherr im Neuen Stadthaus eine Anzahl sich freiwillig zur Verfügung stellender Angestellten als Ordner eingesetzt. Die Durchführung der Sitzung wurde jedoch wieder durch gewaltsam eindringende Demonstranten verhindert, die den Sitzungssaal und die Besucher-Tribüne besetzten. Die Polizei des Ostsektors sah den Ausschreitungen untätig zu. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr fand sich angesichts dieser erneuten Störmaßnahmen genötigt, mit Zustimmung der Mehrheitsparteien, die Sitzung in das Studentenhaus in der Hardenbergstraße zu verlegen, um ein ordnungsmäßiges Arbeiten des Stadtparlaments zu gewährleisten. Die Fraktion der SED machte geltend, die im Stadthaus gefaßten Beschlüsse seien ungültig und blieb allen dort abgehaltenen Sitzungen fern.

Demgegenüber stellte Dr. Suhr in der Stadtverordnetenversammlung vom 8. September fest,

„daß es keinen in der Verfassung oder in der Geschäftsordnung vorgesehenen Ort der Stadtverordnetenversammlung gibt“,

und daß die Versammlung vom 8. September

„in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin und der Geschäftsordnung einberufen worden ist und daß ihre Beschlüsse Rechtskraft besitzen.“

Die Mehrheitsparteien nahmen einstimmig folgenden Antrag an:

„Vor zwei Jahren haben die Herren Kommandanten bei der Überreichung der Vorläufigen Verfassung der Berliner Bevölkerung versprochen, die politische Unabhängigkeit in Berlin herzustellen und der Berliner Bevölkerung in Angelegenheiten der Stadtverwaltung das Selbstbestimmungsrecht wiederzugeben. Am 20. Oktober 1946 sind in demokratischer Wahl die Stadtverordneten der Berliner Bevölkerung gewählt worden. In zahlreichen Gesetzen und Verordnungen sind lebenswichtige Fragen für die Berliner Bevölkerung beraten und beschlossen worden. Infolge der inneren Gegensätze in der Kommandantur sind viele dieser Maßnahmen leider nicht wirksam geworden. Im Gegensatz zu den feierlichen Zusagen sind durch die Kommandantur und insbesondere durch die Bezirkskommandanturen des Ostsektors in wachsendem Maße und immer schnellerem Tempo einschneidende Eingriffe in die verfassungsmäßig gewährleistete Selbstverwaltung erfolgt. Der Kulminationspunkt dieser Entwicklung findet seinen Ausdruck in der Blockade der arbeitswilligen und demokratisch gesinnten Be-

völkerung Berlins. Die SED hat diese schwierige Situation benutzt, um in den Sitzungen am 23. Juni, 26. August und 6. September eine sachgemäße parlamentarische Arbeit unmöglich zu machen. Sie führt damit die putschistische Tätigkeit der Jahre vor 1933 unter Duldung der sowjetischen Besatzungsmacht weiter fort. Die Stadtverordnetenversammlung protestiert gegen die Sabotage der parlamentarischen Arbeit . . . sie appelliert an die Kommandanten in dieser Stunde, das im Anschreiben zu der Vorläufigen Verfassung enthaltene Versprechen zu verwirklichen und der unter der gemeinsamen Kontrolle der Alliierten Kommandantur arbeitenden Regierung von Berlin die volle Verantwortung zu übertragen.“

Die Ordner, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Neuen Stadthaus am 6. 9. aus verschiedenen Magistratsdienststellen und aus den politischen Parteien zusammengezogen worden waren, hatten nach dem Abzug der Demonstranten das Stadthaus nicht verlassen, sondern sich zusammen mit einer Anzahl von Tribünenbesuchern in die Zimmer der französischen, englischen und amerikanischen Verbindungsoffiziere begeben. In den Abendstunden drangen deutsche und russische Polizisten in das Büro des amerikanischen Verbindungsoffiziers ein und verhafteten die dort befindlichen Deutschen. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Alliierten Stadtkommandanten wurden in den Morgenstunden des 8. 9. die noch im Stadthaus befindlichen übrigen Ordner unter französischem Schutz aus dem Hause gebracht, wurden aber unmittelbar nach Verlassen des Neuen Stadthauses erneut unter Bruch der getroffenen Vereinbarungen von sowjetischem Militär in Zusammenwirken mit Polizei des Ostsektors verhaftet. Insgesamt wurden im Zusammenhang mit den Vorfällen vom 6. 9. 48 Ordner und 10 Tribünenbesucher verhaftet, die trotz fortgesetzter Bemühungen von Dr. Friedensburg und Stadtrat Theuner in Haft gehalten wurden.

Beschluß der Mehrheitsparteien der Stadtverordnetenversammlung vom 8. 9. 1948:

„Die Stadtverordnetenversammlung protestiert aufs Schärfste gegen die allen Rechtsgrundsätzen widersprechenden Maßnahmen. Wie sollen künftig Angestellte der öffentlichen Verwaltung noch Anordnungen ihrer Vorgesetzten nachkommen können, wenn sie bei der Erfüllung ihrer Pflicht sogar der Gefahr der Freiheitsberaubung ausgesetzt sind. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von den Herren Kommandanten, daß sie entsprechend den Geboten der Menschlichkeit und des Rechts schnellstens alle Maßnahmen zur Freilassung der Verhafteten treffen.“

Auszug aus einem Schreiben Dr. Friedensburgs an General Kotikow vom 4. 10. 1948:

„. . . Jedenfalls geht aus dem Sachverhalt nach meiner Überzeugung völlig einwandfrei hervor, daß die 60 Inhaftierten keinerlei Schuld trifft. Sie sind in gutem Glauben nach dem Neuen Stadthaus gegangen und haben sich selbstverständlich der Überzeugung hingegeben, daß die Frage der Rechtmäßigkeit ihrer Tätigkeit hier von den Vorgesetzten geprüft worden sei. Ein selbständiges Urteil hierzu darf man ihnen nicht zumuten. Ebenso bitte ich aber, überzeugt zu sein, daß auch meinerseits und seitens meiner unmittelbaren Mitarbeiter keinerlei Verschulden für die unglücklichen Weiterungen vorliegt. Ich habe in dem Wunsch, das weitere Tagen der Stadtverordnetenversammlung hier im Neuen Stadthaus zu ermöglichen und damit die Einheitlichkeit der Berliner Verwaltung weiter zu sichern, das Äußerste getan, um Störungen von der Sitzung fernzuhalten. Hierzu

schien es mir das geeignete Mittel zu sein, die Zugänge zum Neuen Stadthaus gegen das Hereinkommen nichtbevollmächtigter Personen zu schützen. Es ist im Interesse der Stadtverwaltung auch außerordentlich bedauerlich, daß meine Bemühungen in dieser Hinsicht keinen Erfolg gehabt haben. Den guten Willen werden Sie mir gewiß nicht absprechen und ebenso wenig die Überzeugung, daß alles, was sich weiter ergeben hat, lediglich Auswirkung dieses guten Willens gewesen ist.“

Am 9. September fand eine von den Mehrheitsparteien veranstaltete Kundgebung vor dem Reichstag statt. Bei dem Zurückfluten der Teilnehmer durch das Brandenburger Tor kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei und zum Herunterreißen der auf dem Tor durch die sowjetische Besatzungsmacht angebrachten roten Fahne. Fünf Teilnehmer wurden durch das russische Militärgericht zu je 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Zu den Vorfällen nahm Dr. Suhr in der Sitzung vom 20. September Stellung.

„... Selten haben Beratungen eines Parlaments so lebendige Anteilnahme in der Bevölkerung gefunden wie die Berliner Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordneten würden dieser inneren Verbundenheit nicht Rechnung tragen, wenn sie nicht dieselbe Anteilnahme an den Vorgängen in der Berliner Bevölkerung zeigen würden. Die Stadtverordneten können daher meiner Ansicht nach auch an der Kundgebung vor dem Reichstag am 9. September und den damit verbundenen Vorgängen nicht vorbeigehen, wenn es sich dabei auch nicht um Veranstaltungen der Fraktionen dieses Hauses, sondern um eine Kundgebung der Parteien handelt. Ich halte es aber für eine selbstverständliche Pflicht dieses Hauses, der beklagenswerten Opfer zu gedenken, die im Gefolge dieser Kundgebung durch ein unverständliches und, wie mir scheint, einer demokratischen Auffassung widersprechendes Verhalten der Markgraf-Polizei, aber auch durch das Urteil des sowjetischen Gerichts auf der Strecke geblieben sind. Wir gedenken in Ehrfurcht des jungen hoffnungsvollen Menschen, der unverschuldet sein Leben für die Ideale der Freiheit hat lassen müssen. Ich danke Ihnen.

Wir gedenken aber auch in warmer Anteilnahme der unglücklichen Verurteilten, die Opfer eines unserem Rechtsempfinden in jeder Beziehung widersprechenden Urteils des sowjetischen Militärgerichts geworden sind... Ich für meine Person möchte die nach Meldung des sowjetischen Nachrichtenbüros von Herrn General Kotikow gegen mich erhobenen Vorwürfe faschistischer Reden und Aufforderung zu Pogromaktionen zurückweisen. Ebenso wie die Kundgebung vor dem Reichstag ein spontaner Ausdruck des unbeirrten Freiheitswillens der Berliner Bevölkerung war, so sind die nachfolgenden Vorgänge ein Ausdruck der hochgespannten, um nicht zu sagen, überspannten Lage in Berlin, von deren Lösung aber nicht nur Freiheit und Leben von Millionen Berlinern, sondern auch die zukünftige Gestaltung Deutschlands und vielleicht der Frieden Europas abhängen.

Daß diese schicksalhafte Verknüpfung der Berliner Vorgänge mit der deutschen Frage überall nachempfunden wird, dafür ist die Sympathiekundgebung des Parlamentarischen Rats in Bonn am 15. September kennzeichnend. Ich glaube daher in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich dem Parlamentarischen Rat für seine Unterstützung danke, die nicht nur in der einmaligen Willenskundgebung zum Ausdruck kam, sondern auch in der bereitwillig eingeräumten Beteiligung der Berliner an seinen Arbeiten ...“

In einem zweiten Verfahren vor dem russischen Militärgericht wurden die Strafen erheblich ermäßigt. Bei dieser Gelegenheit richtete Oberst Jelissarow an den stellvertretenden Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Walter Schreiber am 23. 10. folgendes Schreiben:

„Beiliegend übermittele ich Ihnen den Sonderbeschuß des Militärtribunals der Sowjetischen Militärverwaltung vom 22. September 1948 in Sachen der Teilnehmer an der faschistischen Provokation vom 9. September d. J. in Berlin.

Wie aus diesem Beschuß ersichtlich ist, halten einige offizielle Persönlichkeiten der Berliner Stadtverwaltung systematisch in der Öffentlichkeit friedensfeindliche Reden faschistischen und militaristischen Charakters.

Dies bezieht sich auf folgende im Gerichtsbeschuß angeführte Personen: den amtierenden Stadtrat für das Verkehrswesen Ernst Reuter, den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Otto Suhr, den amtierenden Oberbürgermeister von Berlin Ferdinand Friedensburg und die Abgeordneten der Berliner Stadtverordnetenversammlung Franz Neumann, Kurt Mattik und Rudolf Markewitz.

Militaristische und faschistische Propaganda sind in Deutschland durch Beschlüsse der Potsdamer Konferenz und des Kontrollrats verboten. Die Tätigkeit der Kriegshetzer wurde ebenfalls durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilt.

Indem ich es Ihrem Ermessen überlasse, Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus den erwähnten Umständen ergeben, setze ich Sie gleichzeitig davon in Kenntnis, daß der Sonderbeschuß des Militärtribunals der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland den entsprechenden Militärbehörden übergeben worden ist. Der beiliegende Sonderbeschuß des Militärtribunals der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland hat folgenden Inhalt:

„Am 22. September 1948 stellt das Militärtribunal der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, das sich aus dem Vorsitzenden Oberstleutnant der Justiz Orlov und den Mitgliedern Oberstleutnant der Justiz Bachlow zusammensetzt, nach Prüfung in Sachen der Teilnehmer an der faschistischen Provokation, die am 9. September 1948 in Berlin stattfand, fest, daß die leitenden Personen der Berliner Stadtverwaltung Reuter, Neumann, Suhr, Friedensburg, Mattik und Markewitz systematisch dem Frieden und der öffentlichen Sicherheit feindliche Reden halten und am 9. September 1948 offensichtliche Pogromansprachen faschistischen und militaristischen Charakters mit Aufrufen zu Gewalttätigkeiten wie auch zur Verletzung der Gesetze der Besatzungsbehörden gehalten haben. Dadurch wurden der Aufruf Nr. 112 des Kontrollrats vom 20. September 1945, die Direktive Nr. 40 des Kontrollrats vom 12. Oktober 1946 sowie die Prinzipien der Potsdamer Konferenz, die in Deutschland jegliche militaristische und faschistische Propaganda verbieten, gröblich verletzt.

Im Zusammenhang mit dem oben Ausgeführten hat das Militärtribunal der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland beschlossen, das Material, das sich auf die feindselige Tätigkeit der oben genannten Mitarbeiter der Organe der Berliner Stadtverwaltung bezieht, und besonders das Material über ihre Rolle bei der faschistischen Provokation vom 9. September 1948 in Berlin den entsprechenden Militärbehörden zu übergeben.“

Das Antwortschreiben Dr. Schreibers vom 25. Oktober 1948 lautet:

„Herr Oberst! Ich bestätige den Eingang des Briefes vom 23. d. M., durch den Sie mir den Sonderbeschluß des Militärtribunals der Sowjetischen Militäradministration vom 22. September d. J. übermitteln, in welchem schwere Vorwürfe gegen eine Reihe von Persönlichkeiten der Verwaltung und des öffentlichen Lebens der Stadt Berlin erhoben werden. Gleichzeitig teilen Sie mir mit, daß der erwähnte Sonderbeschluß des Militärtribunals der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland den entsprechenden Militärbehörden übergeben worden ist. Indem sich die vier für Groß-Berlin zuständigen alliierten Militärbehörden mit der Angelegenheit befaßt haben, ist die Gewähr dafür gegeben, daß die erhobenen Vorwürfe einer gerechten sachlichen Prüfung unterzogen werden.

Schon jetzt darf ich aber aus eigener Wahrnehmung feststellen, daß der Vorwurf, es seien am 9. September d. J. offensichtliche Pogromansprachen faschistischen und militaristischen Charakters mit Aufrufen zu Ausschreitungen wie auch zur Verletzung der Gesetze der Besatzungsbehörden gehalten worden, in keiner Weise der Wahrheit entspricht.

Wie wenig zuverlässig die Feststellungen des Militärtribunals sind, ergibt sich im übrigen schon daraus, daß in Verbindung mit der Kundgebung vom 9. September u. a. auch Vorwürfe gegen den Stadtverordneten Mattick erhoben werden, der bei dieser Kundgebung, wie ich selbst beobachtet habe, überhaupt nicht das Wort ergriffen hat.

Zu irgendwelchen Maßnahmen gegen die Beschuldigten sehe ich keine Veranlassung.“

Dieses Schreiben wurde den Stadtverordneten in der Sitzung vom 25. Oktober 1948 zur Kenntnis gebracht, in der zugleich die Redner der Mehrheitspartei die Vorwürfe des Obersten unter Betonung ihres Friedenswillens energisch abwiesen.

8. Die Abberufung des Stadtrats Waldemar Schmidt

Die einseitige, der SED ein Übergewicht sichernde Zusammensetzung der Vorstände des FDGB und seiner Gruppen war seit langem auf Widerstand gestoßen und hatte die Bildung der Unabhängigen Gewerkschafts-Opportunisten (UGO) ausgelöst. Am 21. Juli verbot die amerikanische Militärregierung die Tätigkeit der Wallstraßenzentrale des FDGB im amerikanischen Sektor und erkannte die UGO als die vorläufige Führung des FDGB Groß-Berlins an. Der Magistrat beschloß daher am 28. Juli:

„Die Abteilung für Arbeit wird angewiesen, folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Die Kommissarische Leitung des FDGB Groß-Berlin (UGO) und die ihr angeschlossenen Körperschaften sind für den Abschluß von Kollektivvereinbarungen, insbesondere Lohn- und Tarifverträgen, — sofern sie den amerikanischen und britischen Sektor betreffen — als zuständig erklärt.
2. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die Kommissarische Leitung des FDGB Groß-Berlin (UGO) und die ihr angeschlossenen Körperschaften im Ausschluß für Lohnfragen des Magistrats und in allen anderen Ausschüssen vertreten werden.“

Da Stadtrat Schmidt sich weigerte, den Beschluß durchzuführen, beschloß der Magistrat am 11. August unter Bestätigung seines Beschlusses vom 28. Juli, die Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten. Diese forderte am 20. September den Stadtrat auf,

„zur Berichterstattung über Fragen seiner Abteilung in der Stadtverordnetenversammlung zu erscheinen.“

Die ihm darüber durch Dr. Friedensburg gemachte Mitteilung beantwortete Stadtrat Schmidt am 25. September. Er sah

„keine Möglichkeit, dem Beschluß nachzukommen“,

da der Auszug der Mehrheitspartei nach der taberna academica

„nicht nur rechtlich unhaltbar, sondern auch ein weiterer verhängnisvoller Schritt auf dem Wege zur Spaltung Berlins“

sei. Er erklärte sich dagegen bereit, im Sitzungssaal der Stadtverordneten Rede und Antwort zu stehen.

Am 27. September beschloß die Versammlung, gegen Schmidt einen Untersuchungsausschuß nach Art. 9 Abs. 2 der Vorläufigen Verfassung einzusetzen. In dieser Sitzung hatte Dr. Friedensburg ausgeführt:

„... Die Einleitung eines Verfahrens nach Art. 9 der Verfassung gegen eines der Mitglieder unseres Kollegiums bedeutet einen ersten Schritt, den wir im Magistrat selbstverständlich tief bedauern ...

Ich fühle mich aber doch verpflichtet, gegenüber der Berliner Öffentlichkeit ausdrücklich festzustellen, daß von mir aus als dem derzeitigen Vorsitzenden des Magistrats alles getan worden ist, um diesen Konflikt zu vermeiden ...

Ich habe ... Herrn Stadtrat Schmidt heute noch einmal zu mir gebeten und habe ihn eindringlich auf die Folgen aufmerksam gemacht. Er selbst erklärt bei jeder Gelegenheit, daß er der energischste Vorkämpfer der Einheit der Berliner Verwaltung sei. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß er durch sein Verhalten doch zur Spaltung Berlins einen weiteren wesentlichen Beitrag leisten würde. Herr Stadtrat Schmidt hat mir dann gesagt: nein, er dachte gar nicht daran, im Gegenteil, durch sein Verlangen, in der Parochialstraße gehört zu werden, wolle er ja gerade die Einheit Berlins wieder herstellen. Ich habe ihm darauf gesagt, daß ich bereit sei, ein solches Verlangen zu befürworten, wenn er sich verpflichte und mir einen schriftlichen Bescheid seiner Partei brächte, daß sie den Störungen, denen die Stadtverordnetenversammlung bisher ausgesetzt gewesen sei, künftig mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln sich entgegenstellen werde. Eine solche Erklärung hat Herr Stadtrat Schmidt abgelehnt, worauf ich es meinerseits abgelehnt habe, ihm irgendeine Zusage zu diesen Dingen zu machen ... Es ist mir wichtig, hier ausdrücklich zu erklären, daß alle Mittel erschöpft sind, um Herrn Stadtrat Schmidt als Mitglied des Magistratskollegiums zu einem verfassungsmäßigen Handeln zu bewegen. Ich sehe mich deshalb nicht in der Lage, etwas anderes zu sagen, als daß ich den Fortgang des Verfahrens nach Art. 9 der Verfassung auch meinerseits befürworte.“

Der Magistrat beschloß am 29. September:

„1. Der Magistrat ist der Auffassung, daß Stadtrat Schmidt nach den Bestimmungen der Vorläufigen Verfassung verpflichtet ist, vor dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung auf Anfordern zu erscheinen,

2. Der Magistrat legt Stadtrat Schmidt nahe, dem Ersuchen des von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzten neunköpfigen Ausschusses zu folgen und vor diesem Ausschuß zu erscheinen."

Der Untersuchungsausschuß, an dessen Sitzungen sich die Mitglieder der SED nicht beteiligt hatten, kam zu dem Ergebnis, daß Schmidt

„entgegen seinem Eid sein Amt nicht unparteiisch und nicht zum Wohle der Gesamtheit und nicht getreu den Gesetzen“

geführt habe. Auf seine Empfehlung beschlossen die Stadtverordneten am 18. 10. mit 88 Stimmen, d. h. mit Zweidrittelmehrheit der Gesamtzahl,

„die sofortige Abberufung des Leiters der Abteilung für Arbeit beim Magistrat Waldemar Schmidt.“

In seiner Sitzung vom 19. Oktober beschloß der Magistrat:

- „1. Der Magistrat nimmt Kenntnis von dem Schreiben des Stadtverordnetenvorstehers vom 19. Oktober 1948, in dem der Stadtverordnetenvorsteher dem Magistrat die Abberufung des Stadtrats Waldemar Schmidt als Leiter der Abteilung für Arbeit gemäß Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 18. Oktober bekannt gibt.
2. Der Magistrat nimmt davon Kenntnis, daß Stadtrat Schmidt sich weigert, nach dem Verlesen des Schreibens zu 1 und der daraufhin ergangenen Aufforderung des Vorsitzenden, Dr. Friedensburg, den Magistratssitzungssaal zu verlassen.
3. Der Magistrat stimmt dem Entschluß des Vorsitzenden zu, die Magistratssitzung ohne Anwesenheit des Stadtrats Schmidt in den Räumen des Landesgesundheitsamtes im Hause Invalidenstraße 52 fortzusetzen.“ Zum Nachfolger Schmidts und damit zum Magistratsmitglied wurde Magistratsdirektor Fleischmann von den Stadtverordneten gewählt.

Am 25. Oktober richtete Oberst Jelisarow als Stellvertreter Generals Kotikow in dieser Angelegenheit ein Schreiben an den Magistrat:

„Die Sowjetische Militärkommandantur hat Kenntnis von den ihr vorgelegten Unterlagen über die Amtsenthebung des Stadtrates für Arbeit, Waldemar Schmidt, genommen.

Aus den Unterlagen ist ersichtlich, daß als formaler Vorwand zur Absetzung des Herrn W. Schmidt der Umstand gedient hat, daß er, in Verletzung der bestehenden Gesetze, es nicht für möglich gehalten hat, die Unterlagen der sogenannten „Unabhängigen Gewerkschaftlichen Opposition“, die von der Alliierten Kommandantur nicht anerkannt worden ist, zu registrieren. Tatsächlich ist mit der Angelegenheit des Herrn W. Schmidt die Liquidierung des Prinzips der Vertretung aller politischen Parteien in den Amtsstellen der Berliner Kommunalverwaltung und der Ausschluß von Vertretern der Arbeiterpartei — der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — aus diesen Amtsstellen bezweckt worden, obwohl diese Partei ein Fünftel der Stimmenzahl in der Stadtverordnetenversammlung innehat. Es ist bekannt, daß diese undemokratische Handlungsweise mit dem Ausschluß von Vertretern der Arbeiterparteien aus den Verwaltungsstellen übereinstimmt, der unter Drohungen und Druck seitens auswärtiger Kräfte in Westdeutschland und in einigen anderen europäischen Ländern durchgeführt wird. Jedoch kann dies die Durchführung einer gleichen undemokratischen Linie in Berlin nicht rechtfertigen, um so mehr als sie der Vor-

läufigen Konstitution Berlins nicht entspricht, in der in Punkt 2, Artikel 3 es heißt, daß an der Verwaltung Berlins alle anerkannten Parteien Berlins teilnehmen sollen.

In der Verordnung der Stadtverordnetenversammlung, die ebenfalls ohne Teilnahme der Fraktion der SED erlassen worden ist, ist die Rede davon, daß der Beschluß über die Absetzung des Herrn W. Schmidt angeblich der Bestätigung durch die Okkupationsmächte nicht bedarf. Dies widerspricht dem Artikel 36 der Vorläufigen Konstitution Groß-Berlins, in dem ausgeführt wird, daß Einberufungen und Entlassungen leitender Persönlichkeiten der Stadtverwaltung nur mit Genehmigung der Okkupationsmächte erfolgen dürfen.

In Anbetracht des Angeführten entspricht dieser Teil der Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung nicht der Verfassung und kann keine gesetzliche Kraft haben. Infolgedessen sieht sich die Sowjetische Kommandantur gezwungen ihn abzulehnen. Die Sowjetische Kommandantur hat aus der übereilten Einsetzung des Stadtrates Herrn Heinzelmann als Leiter des Arbeitsamtes, der auch schon irgendwo im britischen Sektor ein besonderes vom Magistrat getrenntes Büro eröffnet hat, ersehen, daß gewisse Beamte des Magistrats damit rechnen, den Berliner Magistrat in allernächster Zeit endgültig zu spalten und in den Westsektoren der Stadt einen separaten Magistrat zu bilden, was gänzlich unzulässig ist, da es die Interessen der Berliner Bevölkerung schädigen kann.

Es versteht sich von selbst, daß die in Verbindung mit allen dargelegten Umständen entstandene Lage mit den Interessen der Stadt in Widerspruch steht. Der Magistrat müßte alle Kräfte dafür aufwenden, um eine Lösung im Geiste der Erhaltung einer einheitlichen städtischen Verwaltung, unter Beachtung der Vorläufigen Verfassung, herbeizuführen, worin die sowjetischen Besatzungsbehörden bereit sind, ihre volle Unterstützung zuteil werden zu lassen."

Dr. Friedensburg antwortete darauf am 27. Oktober:

„Mit Ihrem Schreiben vom 25. Oktober 1948 — Nr. 2510/48 — haben Sie den Magistrat wissen lassen, daß die Sowjetische Kommandantur die Abberufung des früheren Stadtrats Waldemar Schmidt durch die Stadtverordnetenversammlung als ungesetzlich ansieht und ablehnt. Die Kommandantur fürchtet hierbei, daß gewisse Beamte des Magistrats die Berliner Stadtverwaltung spalten und in den Westsektoren einen separaten Magistrat bilden wollen. Gestatten Sie, daß ich demgegenüber mit allem Nachdruck versichere, daß mir von einer solchen Absicht nichts bekannt ist, und daß auch das bisherige Verhalten der Städtischen Körperschaften nicht den geringsten Anhaltspunkt für einen solchen Vorwurf gewährt. Das Verfahren, das zur Abberufung des bisherigen Stadtrats Waldemar Schmidt führte, hat drei Monate Zeit in Anspruch genommen, und während dieses Verfahrens habe ich als verantwortlicher Leiter des Magistrats den damaligen Stadtrat Schmidt immer wieder sowohl in unmittelbaren mündlichen Verhandlungen als auch durch andere Magistratsmitglieder und Angestellte, die Herrn Schmidt parteipolitisch nahestehen, auf das dringendste darauf hingewiesen, daß er durch sein verfassungswidriges Verhalten unvermeidlich eine Lage schaffe, in der es zu einer Spaltung der Magistratsabteilung für Arbeit kommen werde. Wenn der bisherige Stadtrat trotzdem bei seinem Standpunkt verblieben ist, so kann doch niemand, der Wert auf gerechtes Urteil legt, behaupten, nicht Schmidt, sondern der Magistrat trage die Schuld für die nunmehr eintretende Aufspaltung der Verwaltung.“

8. Wahlvorbereitungen

Im Hinblick auf den verfassungsmäßigen Ablauf der Wahlperiode der am 20. Oktober 1946 gewählten Stadt- und Bezirksverordneten nahm die Stadtverordnetenversammlung am 17. Juni einstimmig einen Antrag aller vier Parteien an:

„Der Magistrat wird beauftragt, auf der Grundlage der Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin vom 15. August 1946 eine Wahlordnung für die Wahl der Stadtverordneten von Groß-Berlin und der Bezirksverordneten in den Berliner Verwaltungsbezirken auszuarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung bis zum 15. Juli 1948 vorzulegen.“

Am 6. September wurde die Wahlordnung beschlossen und der Magistrat beauftragt, sie den Kommandanten vorzulegen. Da sich dies aus verschiedenen Gründen verzögerte, konnte Dr. Suhr erst am 4. Oktober die Kommandanten um Genehmigung der Wahlordnung bitten. Die drei westlichen Militärregierungen entsprachen der Bitte innerhalb von zwei Tagen.

Am 8. Oktober beschlossen die Stadtverordneten, den ursprünglich für den 14. November vorgesehenen Wahltermin auf den 5. Dezember zu verlegen. Sie beauftragten den Magistrat:

„unverzüglich die zur Durchführung der Wahlen notwendigen Vorbereitungen so zu treffen, daß diese durch Schwierigkeiten der einzelnen Bezirke nicht aufgehalten werden.“

Auf die Bitte Dr. Friedensburgs um Genehmigung der Wahlen und Bestätigung der Wahlordnung erwiderte General Kotikow am 20. Oktober:

„Die Sowjetische Kommandantur von Berlin hat Ihr Schreiben geprüft, in dem Sie um Genehmigung der Berliner Kommunalwahlen und um eine Bestätigung der zugleich mit dem Brief übersandten Wahlordnung nachsuchten.

Die Sowjetische Kommandantur ist der Meinung, daß die Kommunalwahlen in Berlin in nächster Zeit notwendig sind, da die den Wählern im Jahre 1946 vor den Wahlen gegebenen Versprechungen von den meisten Abgeordneten der derzeitigen Stadtverordnetenversammlung gröblich verletzt wurden. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens ist hintertrieben worden. In den westlichen Sektoren Berlins wird eine militaristische Propaganda der Kriegshetzer durchgeführt. Dort erheben faschistische Elemente erneut ihr Haupt. Der Berliner Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung haben sich in ein Werkzeug der britisch-amerikanischen Behörden verwandelt, die eine antidemokratische Politik der Spaltung Berlins betreiben. Für die Stadt ist es notwendig, daß in die Kommunalorgane Vertreter der Öffentlichkeit gewählt werden, die fähig sind, ihre Versprechen gegenüber dem Volk zu erfüllen, den Willen der Wähler zu verwirklichen und die Demokratisierung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der ganzen Stadt zu gewährleisten.

Unter diesen Umständen werden einheitliche, ungehinderte, demokratische Wahlen in Berlin der Berliner Bevölkerung Nutzen bringen und zur Verbesserung der Lage in der Stadt beitragen.

Derartige Wahlen sind durchaus möglich, wenn in den westlichen Sektoren der Stadt die elementaren demokratischen Freiheiten wiederhergestellt werden und wenn gewährleistet wird, daß die Kommunalorgane der Stadt einheitlich und ihre Wirtschaft ungeteilt sind. Im Hinblick darauf ist folgendes notwendig:

1. Die in den westlichen Sektoren Berlins unrechtmäßig verbotenen Freien Deutschen Gewerkschaften, die demokratische Organisation der Intelligenz, der Kulturbund, die Ausschüsse der deutschen Volksbewegung für die Einheit Deutschlands und gerechten Frieden sowie auch andere demokratische Organisationen sind wieder zu genehmigen.
2. Die Verfolgungen der deutschen demokratischen Organisationen und ihrer Mitglieder sind einzustellen, und es sind insbesondere diejenigen Personen aus der Haft zu entlassen, die wegen Propaganda für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden verhaftet wurden, wie auch die Aktivisten der Gewerkschaften, der Freien Deutschen Jugend und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die wegen ihrer politischen, im demokratischen Sinne gehaltenen Tätigkeit in die Gefängnisse geworfen wurden.
3. In Berlin sind die Organisationen und Formationen militaristischen und faschistischen Charakters aufzulösen, die militaristische und faschistische Propaganda in der Presse ist einzustellen und die Kriegshetzer sind von den Wahllisten zu streichen.
4. Die Einheit der städtischen Kommunalorgane Berlins und besonders die Einheit der Berliner Polizei ist nach Reinigung der letzteren von faschistischen und militaristischen Elementen wiederherzustellen sowie auch die Einheit des Budgets und der gesamten Kommunalwirtschaft.

Auf diese Weise werden tatsächlich freie demokratische Wahlen in ganz Berlin gesichert, deren Notwendigkeit so offensichtlich ist. Diese Forderungen entsprechen den Prinzipien der demokratischen Vorläufigen Verfassung Berlins.

Die Sowjetische Kommandantur Berlins rechnet damit, daß der Berliner Magistrat Maßnahmen ergreift, die geeignet sind, die erwähnten Voraussetzungen für die schnellste Durchführung der demokratischen Wahlen zu gewährleisten.

Was die Wahlordnung betrifft, so haben wir daran einiges hinsichtlich der weiteren Demokratisierung der Wahlprozedur, z. B. hinsichtlich der Herabsetzung der Altersgrenze der Wähler, auszusetzen. Dies ist jedoch eine untergeordnete Frage, deren Lösung unserer Ansicht nach keine größeren Schwierigkeiten bereiten wird.“

Am 25. Oktober gab Dr. Friedensburg zu diesem Schreiben in der Stadtverordnetenversammlung folgende Erklärung ab:

„Hierzu habe ich namens des Magistrats und zugleich persönlich folgendes zu erklären:

Wir nehmen mit besonderer Genugtuung von der Erklärung des Herrn Generals Kotikow Kenntnis, daß auch er die Notwendigkeit von Berliner Wahlen für die nächste Zeit bejaht, und daß er sich von der Durchführung einheitlicher ungehinderter demokratischer Wahlen eine Verbesserung der Lage der Berliner Bevölkerung verspricht. Leider lassen aber die weiteren Ausführungen im Schreiben des Herrn Generals Kotikow erkennen, daß seine grundsätzliche Anerkennung der Notwendigkeit von Neuwahlen nicht im Einklang steht mit seinen praktischen Handlungen. Herr Generalmajor Kotikow hält vielmehr den Zeitpunkt für die Durchführung solcher Wahlen noch nicht für gekommen, sondern macht seine Zustimmung zur Wahlausübung in dem von ihm kontrollierten Ostsektor Berlins von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig. Diese Bedingungen sind teilweise so allgemein formuliert und so stark subjektiv begründet, daß ihre

Erfüllung in einem dem Herrn Kommandanten befriedigendem Maße unmöglich erscheint, solange der Herr sowjetische Kommandant bei seiner jetzigen mißtrauischen und ablehnenden Haltung verbleibt. Teilweise sind die Bedingungen hinsichtlich Zulassung bestimmter politischer Organisationen in den Westsektoren dem Einfluß der demokratischen Körperschaften von Groß-Berlin völlig entzogen, so daß der vom Herrn General ausdrücklich zur Erfüllung dieser Bedingungen aufgerufene Magistrat gar nicht in der Lage ist, dem Ersuchen nachzukommen. Endlich geht das Schreiben in der Kennzeichnung der Zustände in den Westsektoren von ganz offensichtlich falschen Informationen aus. Wenn der Herr sowjetische Kommandant der Ansicht ist, daß in den drei Westsektoren im Gegensatz zu dem Ostsektor die elementaren demokratischen Freiheiten nicht gewährleistet seien, so widerspricht eine solche Annahme nicht nur der bei zahlreichen Gelegenheiten bekundeten Auffassung fast der gesamten Berliner Bevölkerung, sondern steht auch nicht im Einklang mit der an praktischen Beispielen nachweisbaren tatsächlichen Lage.

Wenn die Vorwürfe im Schreiben des Herrn Generalmajors Kotikow zuträfen, so wäre das in einem demokratischen Gemeinwesen geeignete und praktisch brauchbarste Mittel zur Beseitigung der behaupteten Zustände gerade die demokratische Willensbefragung der Berliner Bevölkerung.

Diese erhielte dann die beste Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern und durch Bildung neuer städtischer Körperschaften für eine Besserung zu sorgen. Eine Wahl nicht zulassen, weil in dem betreffenden Gebiet unerwünschte Zustände herrschen, bedeutet, daß man denjenigen Zweck, für den eine Wahl überhaupt stattfindet, zum Anlaß nimmt, eine solche Wahl zu verhindern.

Ich werde es als meine Aufgabe ansehen, in den nächsten Tagen mit einem ausführlichen Schreiben die Irrtümer und Mißverständnisse nachzuweisen und aufzuklären, von denen das Schreiben des Herrn Generals Kotikow offenkundig ausgeht. Heute kann nur mit tiefstem Bedauern festgestellt werden, daß durch die Aufstellung teils gegenstandsloser, teils unerfüllbarer Bedingungen die Sowjetische Zentralkommandantur die verfassungsmäßige Durchführung der Wahl am 5. Dezember in dem von ihr kontrollierten Stadtgebiet unmöglich macht. Diese von dem Herrn sowjetischen Kommandanten offenbar gewünschte Wahlbehinderung steht im Widerspruch mit der Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin, die von derselben Zentralkommandantur mit erlassen worden ist und die in Art. 4 die Dauer der am 20. Oktober 1946 gewählten Stadtverordnetenversammlung auf 2 Jahre beschränkt. Die städtischen Körperschaften haben alles daran gesetzt, um dieser verfassungsmäßigen Pflicht zu genügen, und der Magistrat wird auch weiterhin nach den von der Stadtverordnetenversammlung erlassenen Richtlinien bemüht sein, selbst unter den nunmehr so sehr erschwerten Umständen die Bildung einer neuen Stadtverordnetenversammlung zu ermöglichen. Der Magistrat tut das nicht zuletzt gerade auch aus seiner Verantwortung für die Einheit der Berliner Verwaltung, die nach dem Schreiben des Herrn sowjetischen Kommandanten den Gegenstand auch seiner besonderen Sorge bildet. Der Magistrat glaubt aber, daß nichts eine so ernste Gefährdung der Einheit Berlins bedeutet, wie die Behinderung der verfassungsmäßigen Wahlausübung in einem Sektor. Damit wird nicht nur den 1,1 Millionen Berlinern, die in diesem Sektor wohnen, die Ausübung ihres demokratischen Rechtes verweigert, sondern es besteht auch die dringende Sorge, daß nunmehr Berlin auch hinsichtlich der gewählten Körperschaften in zwei nunmehr gleichwertige Teile zerfällt. Es wird die vornehmste Pflicht des Magistrats sein, im Einvernehmen mit der Stadt-

verordnetenversammlung und, wie wir hoffen, mit Unterstützung aller vier Herren Kommandanten, einer solchen Gefahr zu begegnen und die verfassungsmäßig vorgeschriebene Neubildung der städtischen Körperschaften auch trotz der Wahlbehinderung im Ostsektor so zu sichern, daß die uns allen am Herzen liegende Einheit Berlins und die Einheitlichkeit der Berliner Verwaltung nicht gestört werden.“

Nach Aussprache über die Angelegenheit billigten die Stadtverordneten die Erklärung des Magistrats und nahmen einstimmig folgenden Antrag an:

„Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt nochmals ihren Beschluß, am 5. Dezember 1948 die nach der Verfassung fälligen Wahlen in ganz Berlin durchzuführen. Sollte in einzelnen Bezirken durch höhere Gewalt die Wahl nicht möglich sein, so treten bis zur Nachwahl für diese ausgefallenen Bezirke zunächst die auf Grund der Stimmenabgabe bei der Wahl am 20. Oktober 1946 in diesen Bezirken gewählten Stadtverordneten in die neue Stadtverordnetenversammlung ein.“

Am 3. November beschloß der Magistrat

„der nicht mehr aufschiebbaren Neuregelung der Währungsverhältnisse in den Westsektoren Berlins soll die Westwährung zu Grunde gelegt werden.“

Die Stadtverordneten nahmen dazu am 4. November folgenden kombinierten Antrag der SPD und der CDU an:

„Der Magistrat wird beauftragt, mit den zuständigen alliierten Stellen erneut Verhandlungen aufzunehmen, um die Währungsfrage im Sinne des den alliierten Kommandanten überreichten anliegenden Währungsmemorandums zu regeln und für die Durchführung einer gerechten, die Nöte aller Schichten der Berliner Bevölkerung Rechnung tragenden Lösung besorgt zu sein.“

Bei dem im Antrag erwähnten Memorandum handelte es sich um eine im Sommer verfaßte Denkschrift der Notgemeinschaft der Berliner Wirtschaft, die für die Einführung der Westwährung eintrat und von den drei demokratischen Parteien und von der kommissarischen Leitung des FDGB (UGO) unterzeichnet worden war.

Zu den für den 5. Dezember angesetzten Wahlen beschloß der Magistrat am 3. November:

„Der Magistrat nimmt von dem Stand der Wahlvorbereitungen in den Westsektoren Berlins Kenntnis. Während im Ostsektor inzwischen auch in den letzten Bezirken, bei denen noch Wahlvorbereitungen im Gange waren, die hierfür erforderlichen Arbeiten nunmehr eingestellt werden mußten, zeigt sich im gesamten Gebiete der Westsektoren ein außerordentlich großes Interesse der Bevölkerung an der Durchführung der Wahlen. Bereits am ersten Tage der Auslegung von Wählerlisten erschien eine ungewöhnlich große Zahl von Wahlberechtigten in den Auslagestellen, um sich von der Richtigkeit der Listen zu überzeugen.“

Für die infolge der Behinderung der Wahlen im Ostsektor erforderlich werden den Ergänzungswahlen nahmen die Stadtverordneten am 4. November eine Ergänzung zur Wahlordnung an.

Am 15. November erließ der sowjetische Militärkommandant den Befehl Nr. 115:

„Betrifft Zulassung zur zeitweiligen Übernahme der Verpflichtungen des Chefs der Abteilungen für Verkehr und städtische Versorgungsbetriebe der Stadt Berlin, Herrn Heinz Schlicke.“

Der zeitweilig zur Übernahme der Pflichten des Chefs der Abteilung für Verkehr und städtische Versorgungsbetriebe der Stadt Berlin zugelassene Herr Ernst Reuter hat seine vollkommene Unfähigkeit in der Leitung der ihm unterstellten Abteilung bekundet und ist in den letzten drei Monaten überhaupt nicht in seiner Abteilung erschienen. Herr Ernst Reuter ist auch schon früher seitens der Alliierten Kommandantur Berlin im Zusammenhang mit seiner Untätigkeit und mangelhaften Wahrnehmung seiner Pflichten in ernstester Weise verwarnt worden. Ungeachtet dessen hat er auch fernerhin seine Unfähigkeit zur Erfüllung seiner verantwortlichen Pflichten im Magistrat bewiesen und ist in den letzten Monaten zur direkten Sabotage der Magistratsarbeit auf dem Gebiete des Verkehrswesens und der städtischen Versorgungsbetriebe übergegangen, hat die städtische Wirtschaft und die Arbeit der Abteilungen nebst den ihnen unterstellten städtischen Betrieben wie BVG, Gasag und Bewag und andere geschädigt und desorganisiert. Um die normale Arbeit der Abteilung für Verkehr und städtische Versorgungsbetriebe zu gewährleisten, befehle ich, den Leiter des Amtes für Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung des Magistrats Berlin, Herrn Dipl.-Ing. Heinz Schlicke, zur zeitweiligen Wahrnehmung der Pflichten des Leiters der Abteilung Verkehr und städtische Versorgungsbetriebe des Magistrats zuzulassen."

Am 16. November erging ein ähnlicher Befehl, durch den die Leitung der Abteilung Wirtschaft, an Stelle des zuständigen Stadtrates Klingelhöfer, Herrn Dusiska übertragen wurde.

Am 18. November nahm der Magistrat von diesen Befehlen Kenntnis und billigte den Wortlaut eines Antwortschreibens und dessen Verlesung in der Stadtverordnetenversammlung des gleichen Tages. Das Schreiben, unterzeichnet vom stellvertretenden Oberbürgermeister Dr. Friedensburg, lautet:

"Gegen den Inhalt der Befehle Nr. 115 vom 15. November und Nr. 118 vom 16. November d. J., deren Empfang ich bereits bestätigt habe, bringe ich namens des Magistrats unser aufrichtiges Bedauern und unser ernstes Befremden zum Ausdruck. Uns ist nicht ersichtlich, auf welche Bestimmung der auch vom Herrn sowjetischen Militärkommandanten vollzogenen Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin diese Maßnahmen gestützt werden. Tatsächlich besorgt der Magistrat nach Artikel 12, Ziffer 4 dieser Verfassung als leitende und vollziehende Behörde seine Aufgabe in Abteilungen, und jede Abteilung wird von einem Magistratsmitglied geleitet. Die Mitglieder des Magistrats aber werden nach Artikel 5 von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Infolgedessen können die Abteilung für Verkehr und Versorgungsbetriebe und die Abteilung für Wirtschaft lediglich von Magistratsmitgliedern geleitet werden, die von der Stadtverordnetenversammlung gewählt sind.

Die Abberufung von Magistratsmitgliedern ist ebenfalls in der Verfassung geregelt und bedarf eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung nach Artikel 9 Ziffer 3 oder Artikel 11 Ziffer 1, Absatz 3. Der Eingriff einer einzelnen Kommandanturmacht ist im übrigen nicht nur nach dem Wortlaut, sondern auch nach dem Sinn der gleichen Verfassung ausgeschlossen. Die Selbstverwaltung Groß-Berlins untersteht nach Artikel 36 der Vorläufigen Verfassung der Alliierten Kommandantura und in den Sektoren der Militärregierung des betreffenden Sektors. Die Leitung der genannten Abteilungen ist aber ihrer Natur nach keine Sektorenangelegenheit, sondern eine Angelegenheit der ganzen Stadt und kann infolgedessen sowohl formell wie auch sinngemäß lediglich von der Alliierten Kommandantura beeinflusst werden. Auch wenn man also etwa annehmen wollte, daß die Besatzungsmächte

selbst nicht durch die Verfassung gebunden sind — ein Standpunkt, den die städtischen Körperschaften im Interesse der Wahrung der demokratischen Grundsätze niemals anzuerkennen vermögen —, so würde ein Eingriff in die Leitung der Magistratsabteilungen lediglich von der Gesamtheit der Kommandanturmächte, nicht aber von einer einzelnen Kommandanturmacht vorgenommen werden können.

Da vorauszusetzen ist, daß diese Tatsachen und Zusammenhänge dem Herrn sowjetischen Militärkommandanten bekannt sind, bleibt nichts anderes übrig, als festzustellen, daß der Herr sowjetische Militärkommandant in Ausübung der tatsächlichen militärischen Gewalt im sowjetischen Sektor von Groß-Berlin für diesen Sektor allein bestimmte Sonderregelungen einführen will. Sicherlich rechnet der Herr sowjetische Militärkommandant selbst nicht damit, daß die anderen Herren Kommandanten sich einer solchen Maßnahme anschließen werden. Infolgedessen bleibt leider keine andere Schlußfolgerung übrig als diejenige, daß der Herr sowjetische Militärkommandant auf dem Gebiet der Abteilung für Verkehr und Versorgungsbetriebe und der Abteilung für Wirtschaft eine Aufspaltung der Berliner Verwaltung vorzunehmen wünscht. Der Magistrat legt mit allem Nachdruck gegen diese Spaltungsmaßnahmen Verwahrung ein.“

Dr. Friedensburg führte dazu in der Stadtverordnetenversammlung aus:

„Wenn auch offenbar rein politische Erwägungen zu den Anordnungen des Herrn Sowjetischen Militärkommandanten geführt haben, so möchte ich doch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß jedenfalls die sachlichen Begründungen in den beiden Befehlen Nr. 115 und Nr. 118 für den Magistrat völlig unverständlich sind. Weder trifft es zu, daß Herr Stadtrat Reuter seine vollkommene Unfähigkeit in der Leitung der ihm anvertrauten Abteilung bekundet hat, noch daß er in den letzten drei Monaten überhaupt nicht in seiner Abteilung erschienen ist. Mit Ausnahme der Zeiten, in denen Herr Stadtrat Reuter in Ausübung eines demokratischen Auftrages der städtischen Körperschaften sich an den Beratungen des Parlamentarischen Rats in Westdeutschland beteiligt hat, und in denen er ordnungsgemäß und ohne irgendeinen Nachteil vertreten worden ist, hat er die Geschäfte seiner Abteilung ständig wahrgenommen und ständig die Anerkennung seiner Mitarbeiter und der Bevölkerung hierbei gefunden. Das gleiche ist für Herrn Stadtrat Klingelhöfer anzuführen. Wenn er am 13. November d. J. Teile der von ihm geleiteten Abteilung an einen anderen Ort verlegt hat, so ist dies geschehen, weil die ständigen verfassungswidrigen Eingriffe der sowjetischen Dienststellen in die geordnete Verwaltung von Berlin in der Tat einen Zustand der Unsicherheit erzeugt haben, der es manchen Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverwaltung unmöglich erscheinen läßt, noch ihre Tätigkeit im sowjetischen Sektor mit der unerläßlichen Ruhe und Unabhängigkeit weiterzuführen. Ich erinnere allein an den Herrn Stadtrat Klingelhöfer unterstellten Leiter der Berliner Zentralen Kohlenorganisation, Dr. Mückenberger, der am 20. August 1948 in seinem Dienstzimmer verhaftet worden ist, lediglich weil er sein Amt entsprechend den Weisungen des Magistrats weitergeführt hat. Trotz immer wiederholter Bemühungen ist Herr Dr. Mückenberger bisher nicht aus der Haft entlassen worden, und das gegen ihn eingeleitete militärgerichtliche Verfahren, von dem eine Klärung des Sachverhalts hätte erwartet werden können, ist in einer für unsere Rechtsauffassung unbegreiflichen Weise nicht fortgeführt worden. Ich habe gerade aus diesem Anlaß wiederholt die sowjetischen Dienststellen darauf hingewiesen, wie ernst und nachteilig eine solche Maßnahme die Haltung der Magistratsangestellten beeinflussen muß. Die gleiche höchst ungünstige Wirkung geht von den polizeilichen Kontrollen des Dienstver-

kehrs, der Aktentaschen, der Ausweise usw. hervor, wie sie im sowjetischen Sektor seit einigen Wochen in zunehmendem Umfange durchgeführt werden. Jedenfalls kann man es nicht beanstanden, wenn ein Magistratsmitglied sich für verpflichtet hält, seine Mitarbeiter einer derartigen Gefährdung und Beunruhigung zu entziehen.

Die tiefbedauerliche zunehmende Desorganisation der Magistratsverwaltung rührt lediglich davon her, daß der demokratischen Selbstverwaltung von Berlin im sowjetischen Sektor nicht die Möglichkeit gegeben wird, ihre Arbeit frei und selbständig nach den eigenen Verfassungsbestimmungen, Gesetzen und Geschäftsordnungen zu führen. Wenn als Auswirkung der vom Herrn Sowjetischen Militärkommandanten in immer neuer Folge vorgenommenen Eingriffe tatsächlich eine Aufspaltung der Berliner Verwaltung und damit eine regelrechte Zerstörung der geordneten Verwaltung von Groß-Berlin droht, so muß die Verantwortung für diese Entwicklung, die auch die Not der ohnedies genügend bedrängten Berliner Bevölkerung weiter steigern wird, nicht den städtischen Körperschaften oder einzelnen Mitgliedern unter ihnen, sondern derjenigen Besatzungsmacht zugeschrieben werden, die diese Anordnungen getroffen hat. Nach alledem geht es selbstverständlich für den Magistrat nicht an, die Herren Schlicke und Dusiska als auch nur vorläufige Leiter der betreffenden Magistratsabteilungen anzuerkennen, und ich sehe keine Möglichkeit, die Befehle 115 und 118 auszuführen. Da wir nach unserem Diensteid der Verfassung verpflichtet sind, bleiben für den Magistrat die Herren Stadträte Reuter und Klingelhöfer die verantwortlichen Leiter ihrer Abteilungen."

Stadtrat Reuter erklärte bei dieser Gelegenheit:

"Es besteht in der Öffentlichkeit eine gewisse Unruhe über die mögliche Entwicklung unserer öffentlichen Versorgung. Es ist bekannt, daß auf dem Gebiete unserer Elektrizität bereits technisch eine Trennung eingetreten ist. Es ist weiter bekannt, daß unsere Gaswerke technisch getrennt arbeiten, nicht durch unsere Schuld, sondern durch die Verhältnisse, die uns aufgezwungen worden sind. Unsere Wasserwerke arbeiten einheitlich. Unser Verkehrswesen arbeitet einheitlich. Niemand von uns wird irgendeinen Schritt unternehmen, der die vorhandene Einheitlichkeit auch nur im geringsten gefährden könnte. Wir sind uns vollkommen darüber im klaren, daß wir alles tun werden, um die Einheitlichkeit unserer Versorgungsbetriebe so lange aufrecht zu erhalten, bis wir von anderer Seite zum Aufgeben der Einheitlichkeit gezwungen werden. Aber ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß wir technisch in der Lage sind, den Verkehr auch in den Westsektoren zu bewältigen, wenn wir zur Trennung gezwungen werden sollten. Es besteht also keinerlei Grund, sich durch irgendwelche Drohungen in irgendeine Panikstimmung hineinbringen zu lassen. Da immer wieder dahingehende Anfragen von der Bevölkerung an uns gerichtet werden, halte ich es für notwendig, das in diesem Zusammenhang hier zu erwähnen. Wer den idiotischen Versuch machen will -- ich bitte um Entschuldigung für diesen unparlamentarischen Ausdruck; aber ein anderer Ausdruck ist nicht möglich --, den Verkehr zu spalten, möge es tun. Die Verantwortung wird ganz allein bei ihm liegen. Daß wir unsererseits technisch diejenigen Vorbereitungen treffen, die notwendig sind, um nicht eines Tages überrascht zu werden, versteht sich ganz von selbst. Auch das wird unsere Verwaltung tun. Die Bevölkerung kann sicher sein, daß in den Westsektoren Berlins, selbst wenn die sowjetische Besatzungsmacht so weit gehen sollte, wie man aus gewissen Andeutungen der russisch lizenzierten Presse vielleicht schließen kann, uns auch dort mit der Spaltung zu beglücken, wir in der Lage sein werden, unsere öffentlichen Versorgungs-

betriebe aufrechtzuerhalten. Wie weit der Ostsektor bei solchen Maßnahmen gut fahren würde, ist ein Problem, das zu beantworten ich in diesem Augenblick nicht für zweckmäßig halte. Das mögen diejenigen selbst überlegen, die es angeht."

Nach Schluß der Debatte wurde das Antwortschreiben des Magistrats einstimmig gebilligt.

Am 19. November erging ein Befehl der Sowjetischen Zentralkommandantur, der die Verbringung von Schriftstücken, Einrichtungsgegenständen und Möbeln aus den im sowjetischen Sektor gelegenen Verwaltungsgebäuden verbot.

Der Magistrat nahm in seiner Sitzung vom 24. November von diesem Befehl Kenntnis und ebenso von dem Befehl der Zentralkommandantur vom 9. November 1948 über die Einführung neuer Personalausweise. Er beschloß dazu:

"Der Magistrat stellt fest, daß die Einführung neuer Personalausweise in den Westsektoren ohne Zustimmung der drei zuständigen Militärregierungen oder aber ohne Vorliegen eines Befehls der Alliierten Kommandantur nicht möglich ist. Herr Dr. Treitschke wird beauftragt, der Sowjetischen Militärkommandantur die einzelnen Bedenken des Magistrats gegen die Einführung des Ausweises in nur einem Sektor vorzutragen, weil es sich nach Auffassung des Magistrats um eine Maßnahme handelt, die ihrer Natur nach im gesamten Berliner Stadtgebiet einheitlich durchgeführt werden müßte."

Trotzdem ergingen am 18. November Anweisungen der deutschen Verwaltung des Innern in der sowjetischen Besatzungszone über die Ausgabe dieser Ausweise auch an die Bevölkerung der Stadt Berlin.

In der letzten Sitzung vor den Wahlen gab Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr nach einem Rückblick auf die Tätigkeit der Stadtverordneten in den letzten zwei Jahren über die von der Ostpresse angefochtene Rechtmäßigkeit der auf den 5. Dezember angesetzten Wahl folgende Erklärung ab:

"Nicht nur nach den formellen Bestimmungen der Vorläufigen Verfassung, sondern auch nach den Regeln des politischen Lebens hat sich das Mandat dieser Stadtverordnetenversammlung erfüllt, muß eine neue Stadtverordnetenversammlung gewählt werden. Gerade wenn man Kritik an der Arbeit dieses Hauses geübt hat, wenn man mit den Handlungen des Magistrats in der Öffentlichkeit nicht immer zufrieden gewesen ist, dann sollte der Wille zur Neuwahl in allen Teilen der Stadt und in allen Kreisen der Bevölkerung lebendig sein. Geradeso wie der Novembernebel jetzt die Versorgung dieser blockierten Stadt erschwert, so scheint mir ein künstlich erzeugter politischer Nebel heute geschaffen worden zu sein, um Unklarheit und Verwirrung hervorzurufen. Deshalb muß, gerade weil politischer wie physischer Nebel herrscht, an dieser Stelle klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß nach den Bestimmungen der Verfassung, die von niemand bestritten werden können, an die auch die Herren Kommandanten, die seinerzeit diese Verfassung genehmigt haben, gebunden sind, neu gewählt werden muß. Man soll an dem Wortlaut einer Verfassung nicht drehen und deuteln, und diejenigen, die das Recht zur Wahl im Augenblick bezweifeln, stellen sich damit außerhalb des Lebens der Demokratie."

Die von ihrer Krankheit genesene stellvertretende Frau Oberbürgermeister Schroeder erwiderte auf die ihr durch Dr. Suhr dargebrachten Grüße:

"In diesen drei Monaten, in denen Sie hier Schwerstes durchgemacht haben, sind meine Gedanken und Sorgen ständig in Berlin gewesen. Aber zu meinem großen Bedauern konnte ich Ihnen nicht hilfreich zur Seite stehen."

So dankbar ich deshalb auch meiner norddeutschen Heimat und dem Westen Deutschlands bin, daß sie alles darangesetzt haben, um mich wieder der Genesung entgegenzuführen, so dankbar bin ich dem Schicksal, das es mir vergönnt hat, gerade in diesen Tagen nach Berlin zurückzukehren, um mit Ihnen zusammen die letzten Tage vor der Wahl des 5. Dezembers und den letzten Monat dieses Jahres und überhaupt die Monate dieses Winters durchzustehen.

Ich weiß, daß in diesen Tagen eine Flut von Kritik über uns hereinbricht. Kritik ist gut, wenn sie aufbauend und sachlich ist. Wogegen ich mich aber wehre und Sie sich wahrscheinlich alle wehren, das ist, wenn diese Kritik mit den Mitteln persönlicher Verunglimpfung und Unwahrheit geübt wird. Wenn z. B. gestern das „Neue Deutschland“ erklärt, ich hätte in Bonn weitgehende Verhandlungen mit der CDU geführt und wäre seit meinen Besprechungen mit hochgestellten amerikanischen Kreisen im Westen eine Vertrauensmännin erster Ordnung geworden und als solche zurückgeholt worden, so beneide ich den Verfasser dieser Ausführungen um seine lebhafteste Phantasie, oder eigentlich beneide ich ihn nicht darum. Ich möchte aber der Berliner Bevölkerung gegenüber doch ganz offen erklären, daß ich weder in Bonn gewesen bin, noch daß ich Verhandlungen mit der CDU gepflogen habe oder gar mit hochgestellten amerikanischen Kreisen im Westen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, abgesehen davon, daß ich infolge meines physischen Zustandes gar nicht anders hätte handeln können, mich in diesen drei Monaten von allem fernzuhalten, einmal, um so schnell wie möglich wieder gesund zu werden und für Berlin wieder arbeitsfähig zu werden, und zum zweiten, um den Herren, die hier in Berlin meine Aufgaben mit übernommen hatten, keinerlei Schwierigkeiten zu machen. Nun aber freue ich mich, meine Amtsgeschäfte wieder übernehmen zu können, wenn es auch auf ärztlichen Rat und im Hinblick auf meine noch etwas geschwächte Gesundheit zunächst in erster Linie von meiner Wohnung aus geschehen wird.

Gestatten Sie mir aber am heutigen Tage, wo ja gewissermaßen die Stadtverordnetenversammlung, wie wir soeben gehört haben, ein Jubiläum feiert, auch noch ein paar Worte über die Arbeit der letzten zwei Jahre seitens des Magistrats zu sagen. Ich weiß, daß wir nicht alles erfüllen konnten, was wir von ganzem Herzen so gern erfüllt hätten. Wo Menschen arbeiten, werden immer Fehler gemacht werden, und wo Menschen arbeiten, wird immer ein Rest ungetan bleiben müssen, und das ganz besonders, wenn es unter so ungeheuer schweren Umständen geschieht, wie wir sie in den letzten zwei Jahren hatten. Und doch dürfen wir sagen, daß in diesen Jahren, seitdem der Magistrat von Berlin gewählt wurde und zusammen mit der Stadtverordnetenversammlung gearbeitet hat, ein Maß von Arbeit geleistet worden ist, wie vielleicht in keiner anderen Stadt Deutschlands.

Der Beginn unserer Arbeit fiel in den unerhört schweren Winter 1946/47, den wir durchstehen mußten, ohne daß der alte Magistrat dafür irgendwelche Vorbereitungen getroffen hatte. Dazu kamen von vornherein die Schwierigkeiten, daß Berlin vier Besatzungsmächten gerecht werden sollte. Sie alle kennen die politischen Schwierigkeiten — und der Herr Stadtverordnetenvorsteher hat sie soeben noch einmal erwähnt —, die dazu geführt haben, daß ich überhaupt als stellvertretender Oberbürgermeister an die Spitze der Stadt gestellt wurde. Trotzdem darf ich für den Magistrat in allen seinen Abteilungen in Anspruch nehmen, daß sie nicht nur ihr Bestes gegeben haben, sondern auch eine ganze Anzahl von Erfolgen zu verzeichnen haben.

Wenn heute der Berliner Verkehr in Ordnung ist, wenn Wohnungen wiederhergestellt wurden, wenn für unsere Alten, unsere Kranken, unsere Arbeitsunfähigen, für unsere Kinder und unsere Jugend eine neue Fürsorge aufgebaut wurde, wenn die Ernährung trotz all der Schwierigkeiten — auch der Blockadeschwierigkeiten — in Berlin ihren geregelten Gang erhalten hat und wenn ein Kulturleben in Berlin aufgebaut wurde — angefangen von der Schule bis zur Universität, vom Kino bis zum Theater und Konzert und bis zu belehrenden Vorträgen —, auf die ganz Deutschland blickt, dann können und dürfen wir darauf stolz sein. All das war aber in diesen zwei Jahren nur möglich, weil Berlin von vornherein erklärt hat: wir können nicht isoliert dastehen, wir müssen mit dem übrigen Deutschland aufs engste zusammenarbeiten.

Ich persönlich bin stolz darauf, daß wir den Kontakt mit dem Westen bereits im vorigen Sommer 1947 auf der ersten Ministerpräsidentenkonferenz in München hergestellt haben. Ich bin stolz darauf, daß der Kontakt, der damals geschlossen wurde von dem Oberbürgermeister Berlins, weitergegangen ist zu den verschiedensten Konferenzen und Tagungen in Frankfurt, bis zum Parlamentarischen Rat in Bonn und auch bis zu der Tatsache, daß Berlins stellvertretender Oberbürgermeister zum Präsidenten des Deutschen Städtetages ernannt wurde.

Wenn derselbe Kontakt nicht mit dem Osten geschlossen werden konnte, so ist das nicht unsere Schuld. Ich brauche Ihnen hier die Ursachen nicht näher zu nennen.

Nun aber hat Berlins Bevölkerung und Wählerschaft die Aufgabe, am 5. Dezember ihr Urteil über unsere Arbeit abzugeben. Ich glaube, wir brauchen dieses Urteil nicht zu fürchten. Mit Ihnen allen bedauere ich, daß nicht alle Sektoren Berlins sich an der Wahl beteiligen können. Ich bedauere, daß die Partei, die immer wieder die schärfste Kritik geübt hat, sich selber von der Wahl ausschließt. Aber wenn wir nunmehr auch nicht mit dem Ostsektor zusammen wählen können, sondern wenn der Fall eintritt, wie er auch im übrigen Deutschland früher mehrmals eingetreten ist, daß ein Teil Berlins von der Wahlurne noch fernbleiben muß, so ist es doch so, daß wir in der Wahl im Westsektor ganz Berlin vertreten. Das Wohl des Ostsektors hängt mit dem Ausfall der Wahl genau so zusammen wie das Wohl der Westsektoren. Ich will in diesem Augenblick nur die aufrichtige Hoffnung aussprechen, daß alle Wähler und Wählerinnen sich der Tatsache bewußt sind, daß sie sich ihrer Verpflichtung bewußt sind, und daß das Wahlergebnis des 5. Dezember die Grundlage bildet, daß Berlin einer besseren Zeit entgegengeführt wird, es wieder als Reichshauptstadt Deutschlands zum Wohle ganz Deutschlands arbeiten kann."

Folgender Aufruf an die Bevölkerung wurde beschlossen:

„Am 20. Oktober 1946 wurde Berlins Bevölkerung zum ersten Male nach den langen Jahren der Diktatur an die Wahlurne gerufen, um auf demokratischem Weg eine Stadtverordnetenversammlung und durch diese eine Regierung, den Magistrat, zu wählen. Der Artikel 4 der Vorläufigen Verfassung, der von allen vier Kommandanten unterschrieben worden ist, sah eine zweijährige Dauer dieser Stadtverordnetenversammlung vor. Die Neuwahl der Stadtverordneten von Groß-Berlin ist daher durch Beschluß der verfassungsmäßig dazu berufenen Körperschaft auf den 5. Dezember 1948 festgelegt worden.

Mit Bedauern stellt die Stadtverordnetenversammlung fest, daß für den sowjetischen Sektor diese Wahl nicht möglich ist, da Herr Generalmajor Kotikow entgegen den klaren Bestimmungen der Vorläufigen Verfassung

keine Vorbereitungen dazu im sowjetischen Sektor gestattet hat. Damit werden die Stadtverordnetenwahlen am 5. Dezember zu einer besonderen Verpflichtung des Teiles der Bevölkerung, der die Möglichkeit der eigenen freien, also demokratischen Entscheidung hat.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert deshalb an alle Wähler und Wählerinnen der Westsektoren, unbedingt von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wahlrecht ist Wahlpflicht. Das politische Bekenntnis der Bevölkerung am 5. Dezember wird zu einer Wertung des Willens der Bevölkerung von ganz Berlin.“

Während dieser ganzen Zeit hatten die Bemühungen der Vereinten Nationen um eine Lösung der Berliner Frage ihren Fortgang genommen, ein Erfolg aber war immer zweifelhafter geworden. Daher wagten sich offenkundige Bestrebungen nach Beseitigung des rechtmäßigen Berliner Magistrats im Ostsektor hervor. Am 26. November versammelten sich auf Einladung der SED-Stadtverordnetenfraktion über 200 Frauen „aus dem Berliner öffentlichen Leben“ im Stadtverordnetensitzungssaal und forderten „die sofortige Einberufung einer Stadtverordnetenversammlung durch den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher“. Die gleiche Forderung erhoben zahlreiche Betriebsabteilungen bei dem stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Geschke (SED) an diesem und am folgenden Tage.

Am 27. November übergab der Stellvertreter des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Generalleutnant Dratwin, der Presse eine Erklärung gegen die Stadtverordnetenwahlen am 5. 12., die die „einheitlichen Organe der Stadtverwaltung beseitigen und die Stadt spalten sollten“.

Am 29. November richtete der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, Marschall Sokolowskij, folgendes Schreiben an den Oberbefehlshaber der britischen Besatzungstruppen, General Robertson:

„Geehrter General Robertson!

Das sowjetische Kommando kann nicht umhin, Ihre Aufmerksamkeit auf die gefährlichen Handlungen zu lenken, die in den Westsektoren Berlins vorgenommen werden, um die deutschen städtischen Verwaltungsorgane zu desorganisieren und zu spalten, was seitens der Militärkommandanten der Westsektoren Unterstützung findet.

Wie Ihnen bekannt ist, haben die sowjetischen Militärbehörden in Berlin wiederholt auf die Notwendigkeit, die Einheit Berlins — der Hauptstadt Deutschlands — zu erhalten, hingewiesen und auf die Durchführung einheitlicher demokratischer Wahlen in ganz Berlin bestanden. Man hat aber diese Vorschläge unberücksichtigt gelassen. An Stelle einheitlicher demokratischer Wahlen in ganz Berlin sind für den 5. Dezember in den Westsektoren Berlins separate Kommunalwahlen angesetzt worden, die keinesfalls unter Wahrung demokratischer Freiheiten, sondern unter Bedingungen von Zwangsmaßnahmen und polizeilicher Verfolgung demokratischer Organisationen durchgeführt werden.

Die Separatwahlen in den Westsektoren am 5. Dezember haben das Ziel, die einheitlichen städtischen Verwaltungsorgane zu beseitigen und einen separaten Magistrat in den Westsektoren zu schaffen, damit dort die westlichen Militärbehörden unkontrolliert schalten und walten können, sowie die Aktivität der antidemokratischen und unverhüllten reaktionären Elemente in der Stadt zu fördern.

Gleichzeitig streben die spalterischen Elemente im Berliner Magistrat, die die Unterstützung gewisser Besatzungsbehörden genießen, schon seit längerer Zeit danach, die Arbeit des Magistrats als eines einheitlichen städtischen

Organs zu desorganisieren und zugleich demokratische, mit breiten Massen der Berliner Bevölkerung verbundene Vertreter aus diesem auszuschließen, womit sich das sowjetische Kommando nicht einverstanden erklären kann.

Das sowjetische Kommando hat nicht die Absicht, den antidemokratischen Elementen des Berliner Magistrats gegenüber bei ihren Handlungen zur Spaltung deutscher Verwaltungsorgane Berlins Nachsicht zu üben, und wird nach wie vor zur Erhaltung der Einheit Berlins und zur Schaffung von Bedingungen beitragen, die allen demokratischen Vertretern eine normale Tätigkeit in den Organen der Berliner Selbstverwaltung sichern.

Den 29. November 1948.

Mit Hochachtung
W. Sokolowski
Marschall der Sowjetunion“

Schreiben gleichen Inhalts wurden auch an General Clay und an General Koenig gerichtet.

Am 30. November versammelten sich in der Berliner Staatsoper nach Presse- nachrichten 236 Mitglieder der im sogenannten Demokratischen Block zu- sammengeschlossenen Parteien, 229 Abgeordnete der demokratischen Massen- organisationen sowie 1151 Delegierte aus Berliner Betrieben zu einer außer- ordentlichen Stadtverordnetenversammlung unter dem Vorsitz von Ottomar Geschke. Auf Antrag des sogenannten Demokratischen Blocks wurde der gesetzmäßige Magistrat für abgesetzt erklärt und ein neuer Magistrat gewählt, an dessen Spitze als Oberbürgermeister der bisherige Landtagspräsident von Brandenburg, Friedrich Ebert, trat. Ebert setzte sich darauf in einer programmatischen Erklärung für die Einheit Berlins, für gleichmäßige Ver- sorgung der Berliner in sämtlichen Sektoren und für sofortige Verwirklichung des Winternotprogramms ein.

Am 1. Dezember nahm Dr. Suhr in einer von ihm einberufenen außerordent- lichen Sitzung der Stadtverordneten dazu Stellung:

„... Es war und ist uns eine Verpflichtung, der Berliner Bevölkerung durch die nach der Vorläufigen Verfassung vorgeschriebenen Wahlen die Möglich- keit zu einer freien Willensentscheidung zu geben. Um diese Wahlen zu hindern und zu hintertreiben, hat der sogenannte Demokratische Block gestern einen Anschlag auf die Berliner Verfassung und Selbstverwaltung unternommen. Diesem Putsch in Berlin würde kein Erfolg beschieden sein, wenn er nicht von einer Besatzungsmacht gestützt würde.

Während die amerikanische, britische und französische Militärregierung bereits eindeutig und klar ihre Stellung gegenüber diesem Putschversuch bezogen haben, fehlt noch die Erklärung derjenigen Militärmacht, in deren Bereich sich dieser Putsch ereignet hat. Berlin und, angesichts der Pariser Verhandlungen, die ganze Welt erwarten von der sowjetischen Militär- regierung eine Erklärung, ob sie noch zu der auch von ihr mit genehmigten Vorläufigen Verfassung und ihren verfassungsmäßigen Organen in Berlin steht. Die Stadtverordneten aber, die sich an diesem Putschversuch mit- beteiligt haben, haben sich außerhalb unserer Reihe gestellt. Herr Ottomar Geschke hat sich zu Unrecht eine Amtsgewalt angemäht, als er als stell- vertretender Stadtverordnetenvorsteher zu fungieren vorgab. Weder die Ver- fassung noch die Stadtverordnetenversammlung geben Herrn Geschke dazu ein Recht, solange der Stadtverordnetenvorsteher und sein erster Stell- vertreter Herr Dr. Schreiber in Freiheit handeln können.

Wir würden aber unserer Aufgabe nicht gerecht werden, wenn wir nicht zu diesen Dingen Stellung nehmen würden. Die Versammlung im Admiralspalast hat sich als Außerordentliche Stadtverordnetenversammlung bezeichnet. Es kennzeichnet den Geist der Putschisten, daß sie sich doch dieses demokratische Mäntelchen umzuhängen genötigt sahen. Es ist selbstverständlich, daß diese Versammlung im Admiralspalast keinerlei Beschlüsse fassen konnte, die irgendwelche Rechtskraft für irgendwelche Verwaltungsstellen oder für die Bevölkerung von Berlin haben. Es handelt sich um eine Parteiveranstaltung, die bestenfalls parteiinterne Beschlüsse fassen könnte. Sofern aber eine Besatzungsmacht dafür Sorge tragen sollte, daß diese Beschlüsse in ihrem Bereich Rechtskraft erlangen, so würde damit das Werk der Spaltung Berlins vollendet werden. Die Stadtverordnetenversammlung würde ihre Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie nicht in diesem Augenblicke zusammentreten würde, um die Konsequenzen aus der Lage zu ziehen, um der Bevölkerung zu zeigen, daß hier gehandelt und gearbeitet wird zum Wohle der Gesamtheit Berlin, um insbesondere aber auch der allein rechtmäßigen Regierung von Berlin, dem von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Magistrat unter Führung der amtierenden Oberbürgermeisterin Frau Louise Schroeder die Plattform zu verschaffen, die notwendig ist, um in diesen Tagen die Autorität und Würde der Regierung von Berlin zu sichern. Die Stadtverordnetenversammlung hat aber auch die Verpflichtung, in diesen Tagen immer und immer wieder zu der Bevölkerung zu sprechen, um ihr zu zeigen, welche Aufgaben zu bewältigen sind."

Im Namen dem Magistrats gab Frau Schroeder folgende Erklärung ab:

"... Der Magistrat von Groß-Berlin ist sich mit dem weitaus größten Teil der Berliner Bevölkerung einig in der tiefen Empörung über die Vorgänge des gestrigen Tages, die nicht anders als ein Staatsstreich zu bezeichnen und zu bewerten sind. In einer Zeit, in der die Bevölkerung Berlins einem außerordentlich schweren Winter entgegengeht, hat es die SED zusammen mit einer Reihe von verantwortungslosen Gruppen für richtig gehalten, durch die Bildung eines sogenannten provisorischen Magistrats neue Unruhe in diese schwergeprüfte Stadt zu bringen. Anstatt am kommenden Sonntag auf Grund demokratischen Rechts und der Vorläufigen Verfassung eine dem Recht und dem demokratischen Willen der Bevölkerung entsprechende Wahl vorzunehmen, hat der sogenannte Demokratische Block sich ohne Recht und ohne den demokratischen Willen der Berliner angemaßt, in die Berliner Verwaltung einzugreifen. Er hat damit vor Berlin und der Weltöffentlichkeit gezeigt, was von dem in den letzten Wochen und Monaten immer wiederholt erhobenen Vorwurf, die demokratischen Parteien Berlins wollten die Berliner Stadtverwaltung spalten, zu halten ist. Er hat das Gegenteil bewiesen. Weil sie die demokratischen Wahlen des kommenden Sonntags und damit das Urteil der Berliner Bevölkerung zu fürchten hatte, hat die SED nun von sich aus die Spaltung vorgenommen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß in keiner Weise die gefaßten Beschlüsse maßgebend sein können, weder für die städtischen Körperschaften noch für die Berliner Bevölkerung. Ich halte es für meine Pflicht, auch von dieser Stelle aus vor den gewählten Stadtverordneten und der Berliner Bevölkerung im Namen des Magistrats festzustellen, daß lediglich die aus den demokratischen Wahlen vom 20. Oktober 1946 hervorgegangenen städtischen Körperschaften berechtigt und verpflichtet sind, namens der Stadt Berlin zu sprechen und zu handeln. Alle anderen Personen, die sich ein derartiges Recht anmaßen, werden sich vor den Gerichten zu verantworten haben.

Hierzu gehört auch die dem Magistrat laut Artikel 11 Abs. 3 der Vorläufigen Verfassung übertragene Überwachung der Bezirksämter. Auch für sie können selbstverständlich keinerlei Anordnungen des am gestrigen Tage gewählten sogenannten provisorischen Magistrats maßgebend sein. Das gleiche gilt für die städtischen Angestellten und Arbeiter, die ich hierdurch auffordere, wie bisher in Treue zur Berliner Bevölkerung zu stehen und lediglich den Anweisungen des gewählten Magistrats zu folgen.

In dieser Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern sowie allen Angestellten und Arbeitern wird der Magistrat wie bisher im Interesse der Berliner Bevölkerung das letzte für das Wohl Berlins einsetzen, bis der von der am kommenden Sonntag zu wählenden Stadtverordnetenversammlung neu-gewählte Magistrat seine Arbeit aufnehmen kann.

Wenn Herr Ebert es sich angelegen sein läßt, das Stadthaus umzuräumen, Zimmer zu verschließen usw., so gehört dies zu den ungesetzlichen Handlungen, für die er und seine Mitschuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Die Tage des 23. Juni sowie des 26., 27. August und 6. September haben uns aber gezeigt, daß der Magistrat im Ostsektor auf Schutz für seine Arbeit nicht rechnen kann. Wir haben deshalb, wie bereits bekannt gemacht, unsere Dienststellen in die Westsektoren verlegt. Der Magistrat selbst wird in Kürze ein Gebäude beziehen, das seiner Bedeutung und der Bedeutung seiner Arbeit für die Stadt Berlin entspricht.

Wenn nun die SED und ihre Verbündeten ausgerechnet vor Beendigung der Pariser Verhandlungen Berlin diese neuen unerhörten Schwierigkeiten bereitet haben, so gibt es darauf nur eine Antwort: Seitens der gewählten Körperschaften Berlins unermüdlichste Arbeit für die Wohlfahrt und die Freiheit Berlins, seitens der Berliner Bevölkerung einmütige Wahl am kommenden Sonntag.

Alle Wähler und Wählerinnen dürfen überzeugt sein, daß alles geschehen wird, damit sie in Ruhe und Ordnung ihrer Wahlpflicht entsprechen können.

Unser aller Ringen, meine Herren und Damen, und unser aller Sorgen gilt zusammen mit den demokratischen Parteien Berlins nach wie vor einem freiheitlichen Berlin in allen seinen Sektoren und einem einigen Deutschland.“

Einstimmig wurden zwei Dringlichkeitsanträge angenommen:

1. „Nach dem Putsch am 30. November 1948 hat sich unter dem Schutze einer Besatzungsmacht eine Interessentengruppe unter Führung des Kommunisten Fritz Ebert im Ostsektor Amtshandlungen im Widerspruch zur Verfassung angemaßt. Diese Interessentengruppe hat nicht das Recht, die allein dem verfassungsmäßig gewählten Magistrat zustehenden Aufgaben zu übernehmen, die Bezirksämter zu überwachen und die Dienstaufsicht über die Bezirksämter zu führen. Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher, daß die gewählten Mitglieder der Bezirksämter im Ostsektor ihr Mandat niederlegen und die Bezirksverordneten im Ostsektor ihr Mandat ruhen lassen, um sich nicht als Werkzeug der Putschisten mißbrauchen zu lassen. Solange die verfassungsmäßigen Zustände im Ostsektor nicht wieder hergestellt sind, darf kein nach der Verfassung demokratisch gewähltes Mitglied der Bezirksämter und der Stadtverordnetenversammlungen seine Tätigkeit ausüben.“

2. Der Putsch der Kommunisten am 30. November 1948 hat einen politischen Notstand geschaffen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt daher bis auf weiteres, täglich um 11 Uhr im Studentenhaus zusammenzutreten. Die Vor-

aussetzungen nach Art 6 Abs. 3 der Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin dazu sind gegeben. Der Stadtverordnetenvorsteher wird daher ermächtigt, die Einladungen öffentlich durch Rundfunk und Presse ergehen zu lassen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, daß nur diejenigen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung alle Drucksachen zugestellt erhalten, die auch an den Verhandlungen teilnehmen."

In der Nacht vom 2. zum 3. Dezember richtete die Sowjetische Kommandantur an den Stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Geschenke ein Schreiben, in dem es hieß:

„Die Sowjetische Kommandantur wird den von der Außerordentlichen Versammlung gewählten provisorischen demokratischen Magistrat Groß-Berlins als das einzige rechtmäßige Stadtverwaltungsorgan anerkennen. Die Sowjetische Kommandantur erklärt, daß sie den provisorischen demokratischen Magistrat jede für die Ausübung seiner Funktionen im Interesse der Bevölkerung benötigte Hilfe und Unterstützung erweisen wird.“

Am 3. Dezember führte Dr. Suhr in einer Außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten dazu aus:

„... Wir würden, glaube ich, unsere Aufgabe nicht erfüllen, wenn wir bei allem schuldigen Respekt, den wir den Besatzungsmächten entgegenbringen, nicht zu dieser Erklärung der Sowjetischen Kommandantur Stellung nehmen würden. Denn mit dieser Erklärung ist der letzte Schleier über die Absichten der sowjetischen Politik in Berlin gefallen. Ich stelle fest, daß die Sowjetische Kommandantur mit dieser Erklärung einer Gruppe von nur 26 Stadtverordneten, einer Partei allein zugehörig, das Recht erkennt, für Berlin zu sprechen, während wir hier 104 Stadtverordnete, aus allen Parteien zusammengetreten, das eigentliche Parlament Berlins darstellen. Wir können nicht verstehen, wie man es mit der demokratischen Überzeugung in Übereinstimmung bringen kann, daß einer solchen Splitter- und Spaltergruppe einer Partei diese Bedeutung beigemessen wird, und wir rufen die Welt auf, zu dieser Auffassung von Demokratie, wie sie hier von der Sowjetischen Militärkommandantur vertreten wird, Stellung zu nehmen. Ich stelle aber auch ferner fest, daß die Sowjetische Kommandantur mit diesem Schreiben die Vorläufige Verfassung von Groß-Berlin, die auch den Namen des Sowjetischen Kommandanten trägt, preisgegeben hat. Wir haben es immer als eine höchste Pflicht und Verantwortung aufgefaßt, zu der Verfassung zu stehen, allerdings in dem Glauben, daß sich auch die Kommandanten an ihr Wort gebunden halten würden. Wir stellen mit Bedauern fest, daß der Sowjetische Kommandant mit der Erklärung von heute nacht von diesem Worte, das er einmal mit dem Schreiben bei der Überreichung der Vorläufigen Verfassung gegeben hat, zurückgetreten ist.

Ich darf aber auch folgendes sagen: Die Sowjetische Kommandantur hat mit diesem Schreiben die formelle Spaltung von Groß-Berlin vollzogen. Auf den Schultern der Sowjetischen Kommandantur liegt die Verantwortung nunmehr für die Vorgänge, die sich am letzten Novembertag im Admiralspalast vollzogen haben, und ich glaube insbesondere darauf hinweisen zu sollen, daß es uns alle in unserem Bemühen um eine friedliche Entwicklung der Verhältnisse erschüttert hat, daß diese Maßnahme der Sowjetischen Kommandantur gerade in einem Augenblick erfolgt, in dem in Paris offenbar von den Großmächten ein Weg gefunden wurde, der geeignet erschien, die Berliner Frage einer Lösung entgegenzuführen. Durch diesen Schritt der Sowjetischen Kommandantur wird diese friedliche Lösung der Berliner Frage erschwert. Um so mehr richten sich unsere Hoffnungen auf die übrigen

Alliierten Mächte in Paris, daß es dennoch gelingen möge, einen Weg zu finden, der dieser schwer ringenden, aus allen Wunden blutenden Stadt noch eine Hoffnung auf friedliche Gesundung gibt.

Wir werden uns auf keinen Fall durch diese Maßnahme des Sowjetischen Kommandanten in unserer Arbeit erschüttern lassen. Wir werden, von der Bevölkerung auf diesen Platz gerufen, unsere Arbeit unserem Gewissen allein verantwortlich tun und uns keine Vorschriften in diesem Falle von dem Sowjetischen Kommandanten machen lassen."

Am 5. Dezember 1948 fand die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in den drei Westsektoren statt. Sie hatte folgendes Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	1 367 976	= 86,6 Prozent der Stimmberechtigten
Ungültige	37 156	
SPD	858 100	= 64,5 "
CDU	258 496	= 19,4 "
LDP	214 224	= 16,1 "

Die Wahlen vom 20. Oktober 1946 hatten dagegen in dem gleichen Stadtgebiet folgendes Resultat:

Abgegebene Stimmen	1 327 585	
Ungültige	50 929	
SPD	674 209	= 50,8 Prozent
CDU	316 205	= 23,8 "
LDP	133 433	= 10,1 "

Am 7. Dezember 1948 wählte die Stadtverordnetenversammlung einstimmig Professor Reuter zum Oberbürgermeister. Diese Wahl fand ihre Bestätigung durch die neue Stadtverordnetenversammlung in ihrer ersten Sitzung vom 14. Januar 1949.

Approved For Release 2002/01/16 : CIA-RDP83-00415R003300090007-8

Approved For Release 2002/01/16 : CIA-RDP83-00415R003300090007-8